



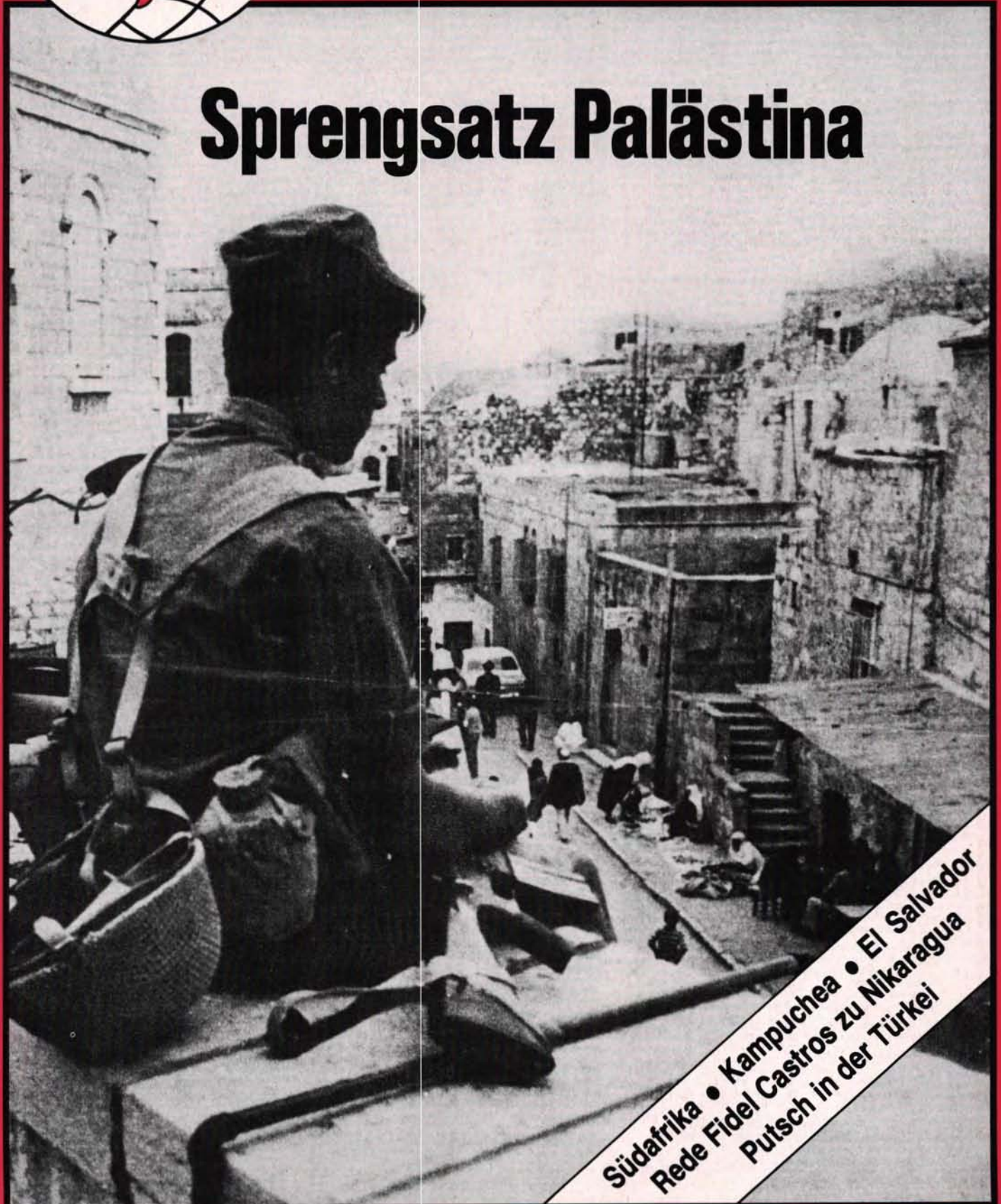
AIB

2V 7426 E
2,- DM

Oktober
Nr. 10 / 1980
11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Sprengsatz Palästina



Südafrika • Kampuchea • El Salvador
Rede Fidel Castros zu Nikaragua
Putsch in der Türkei

Inhalt:

AIB-Aktuell: Pinochets „Verfassung der Angst“	3
Palästina/Israel	
Wolfram Bränner: Die Palästinafrage nach der Jerusalem-Annexion	4 – 6
Resolution der UN-Vollversammlung vom 29. 7. 1980	5
Politische Resolution des 4. Kongresses der Fatah	7 – 8
Nayef Hawatmeh: Eine Nationale Einheitsfront schaffen	9
George Habbash: Wir glauben an alle Kampfformen	10
Libanon	
Jutta von Freyberg: Neue Frontlinien im Libanon	11 – 13
Erklärung der Pariser Libanon-Konferenz	13 – 14
Türkei	
Paul Maaskola: Putsch der türkischen Generäle	16 – 17
Kampuchea	
John Pilger: Angriffe aus dem Hinterhalt – der neue Indochinakrieg	18 – 20
AIB-Leserumfrage	21 – 22
Südafrika	
Gespräch mit Oliver Tambo: Den Weißen steht ein Schock bevor	25 – 26
Bothas 12-Punkte-„Reform“plan	25
Alfred Nzo: Aktionseinheit ist der Schlüssel	26
Kolumbien	
Roland Feicht: „Stabile Demokratie“ unter Druck	27 – 30
Kolumbien-Daten	28
Plattform der Demokratischen Front Kolumbiens	29
El Salvador	
Doris Mies: Der Volksaufstand – „nicht mehr zu bändigen“	31 – 32
Interview mit Joaquín Villalobos: Die Aufstandslinie der ERP (2. Teil)	33
Nikaragua – Kuba	
Tomas Borge: Die sandinistische Revolution – eine wahre Volksrevolution	34 – 35
Rede Fidel Castros (1. Teil): Vertrauen in das revolutionäre Nicaragua	36 – 39
Rückblick: Vor 15 Jahren: Die Ermordung Mehdi Ben Barkas	40
Rezensionen/Filme: Beispiel Nicaragua	41
Kurzinformationen: Bolivien, Guatemala, Kuba, Dominika, Argentinien – BRD – Schweiz, USA – Mittlerer Osten, Libyen, Botswana, China, Kampuchea – Thailand	42 – 43
Kommentar: XI. UN-Sondertagung zur Entwicklungsstrategie	44



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 53390000, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bränner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Bränner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 12.9.1980

Es arbeiten ferner mit: A.J. Arndt, N. Biver, U. Eymann, R. Feicht, R. Hegewald, M. Hellmann, W. Kindermann, M. Kolter, D. Mies, E. Rudolf jun., U. Rupp, B. Sommer, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Sozialpolitischer Verlag, Pahl Rugenstein Verlag, Weltkreis Verlag, Verlag Marxistische Blätter, Röderberg Verlag, pläne.

AIB-Seminar Frieden und Befreiungskampf

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin veranstalten wir am Samstag, den 29. November 1980 in Marburg ein Seminar Frieden und Befreiungskampf.

Diskussionspunkte u.a.: Aktuelle weltpolitische Zuspitzung und Konsequenzen für die Dritte Welt; Verhältnis von Entspannung und Befreiungsrevolution; Legitimität des bewaffneten Befreiungskampfes? ; Interessen der Dritten Welt an Abrüstung und friedlicher Koexistenz.

Alle interessierten AIB-Leser und Freunde haben dazu Gelegenheit am Samstag, den 29. November 1980 in der Marburger Stadthalle von 10.30 bis 18.00. Tagungsbeitrag: 8,- DM. Letzter Anmeldetermin: 7. November 1980. Als angemeldet gilt, wer bis zu diesem Termin den Tagungsbeitrag entrichtet hat, entweder in Form von Briefmarken (dem Anmeldebrief beilegen) oder als Überweisung auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag, Kto. Nr. 966; Volksbank (BLZ 533 900 00) Marburg, Rudolphsplatz, 3550 Marburg.

Bitte nachstehenden Anmeldezettel ausschneiden oder kopieren und einsenden an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1.

..... **Anmeldeabschnitt**

Ich/Wir
 (Name und Adresse)

.....
 nehme(n) am AIB-Seminar Frieden und Befreiungskampf am 29. November 1980 in Marburg teil.

Der Tagungsbeitrag
 (Zutreffendes bitte ankreuzen)

liegt in Briefmarken-Form bei O
 wurde auf das AIB-Konto überwiesen O

.....
 (Ort)

.....
 (Datum)

.....
 (Unterschrift)

AIB-Aktuell: Pinochets „Verfassung der Angst“



Santiago 27. 8. 1980: Nach einer Großkundgebung mit dem Christdemokraten E. Frei demonstrierten 50 000 gegen Pinochets Verfassungsfarce

Anfang August d.J. führten mehrere Ereignisse Pinochets Diktatur in eine ernste Krise: Isolierung im Inland; schwere Kontroverse mit der katholischen Kirche; Empörung breiter Kreise der Bevölkerung angesichts der Verschleppungen – sowie Folterungen und Ermordung von zwei Personen –, die ein sog. Kommando Rächer oder Märtyrer begang, von dem sich der Tyrann aufgrund deutlicher Beweise gezwungen sah, zuzugeben, daß es aus Mitgliedern der Zivilpolizei bestand. Hinzu kam die Aufdeckung einer Steuerhinterziehung von über 100 Mio Dollar, in die der ehemalige Chef und weitere Mitglieder der Geheimpolizei verwickelt sind. Auch die Auseinandersetzungen zwischen „Harten“ und „Weichen“ innerhalb des faschistischen Lagers erreichten gefährliche Ausmaße.

Pinochet griff zu einem seiner bekannten Ablenkungsmanöver und rief am 10. August d.J. zu einer Volksbefragung für den 11. September 1980 auf, d.h. zum 7. Jahrestag des blutigen Putsches, durch den der Weg der chilenischen Revolution vorübergehend unterbrochen wurde.

Durch diese Plebiszitankündigung gelang es ihm, andere Themen aus den Massenmedien zu verdrängen. Andererseits konnte er damit auch die Auseinandersetzung zwischen „Harten“ und „Weichen“ beschwichtigen und beide Gruppen zufriedenstellen; die „Weichen“, die für eine „Demokratisierung“ des faschistischen Regimes sind, weil einigen ihrer Forderungen entsprochen wurde; und die „Harten“ empfanden Genugtuung, da das Plebiszit sicherzustellen verspricht, daß Pinochet weitere 16 Jahre lang – in der sog. Übergangsperiode – mit absolutistischer Macht herrschen kann.

Die sog. Volksbefragung war nichts weiter als eine Farce. Sie fand unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur statt: Ausnahmezustand, Verbot aller politischen Parteien, keine wirklich freie Presse, keine Wahlregister, kein Zugang der Opposition zu den Massenmedien; es gibt immer noch politische Gefangene, Verschwundene, Verbannte und

1 Mio Chilenen, die im Exil leben müssen und nicht abstimmen durften. Der gesamte Abstimmungsablauf stand unter der Kontrolle Pinochets.

Die Volksbefragung fand statt, um einer neuen Verfassung zuzustimmen. Und so geschah es auch, mit 67,9% der Stimmen, denn es konnte gar nicht anders sein.

Aber sogar der Vorwand der Verfassung ist eine Farce. Die katholische Zeitschrift Mensaje schrieb dazu: „Der Aufruf zur Volksbefragung enthält eine Falle: unter dem Anschein, die Ratifizierung der neuen Verfassung zu verlangen, wird eine Stellungnahme zur Macht während einer langen Übergangsperiode gefordert, die bis 1997, gegen Ende des 20. Jahrhunderts, reicht. Es ist diese Übergangsperiode, was heute wirklich wichtig ist. Denn die neue Verfassung würde erst 1989 voll in Kraft treten, sie könnte in der Zwischenzeit auf illegitime Weise geändert werden und ihre tatsächliche Anwendung wird von der Kraft abhängen, die diejenigen, die sie ausgearbeitet und eingeführt haben, dann noch haben. Die Tatsache, daß man ein Plebiszit zu einer Verfassung macht, die erst 8 Jahre später in Kraft treten soll, ist ein einmaliger Fall auf der Welt.“ (Mensaje, Santiago, Nr. 292, September 1980, S. 455)

Alle demokratischen politischen Kräfte des Landes, die Gewerkschaften, die katholische Kirche und sogar viele, die Mitglieder des Regimes waren – wie z.B. General Leigh, ehemaliges Juntamitglied – verurteilten die Farce und sprachen der sog. „Volksabstimmung“ jeden rechtlichen und moralischen Wert ab. General Leigh erklärte, es würde eine Wiederholung von Pinochets Farce vom 4. Januar 1978 sein, als er selber Zeuge der Manipulierung der Ergebnisse wurde.

Gegen Pinochets Manöver fanden machtvolle Aktionen statt, die von allen demokratischen Kräften organisiert wurden. Eine davon war die Massendemonstration von mindestens 50.000 Menschen am 27. August d.J. in Santiago, wo Losungen wie „Das geeinte Volk wird niemals besiegt“, „Raus mit Pinochet“ und „Demokratie jetzt“ von allen Teilnehmern gemeinsam gerufen wurden.

Volksrecht auf Rebellion

Der Kampf gegen Pinochets Farce ermöglichte bedeutende Fortschritte im Einheitsprozeß aller antifaschistischen und nichtfaschistischen Chilenen sowie bezüglich der Kampfbereitschaft der Massen. Wer in den Nachrichtensendungen des bundesdeutschen Fernsehens die Bilder der Massendemonstrationen am 27. August in Santiago gesehen hat, dem wird kein Zweifel über den Mut und die Entschlossenheit Tausender und Abertausender Chilenen bleiben. Das rechtfertigt auch die Feststellung, daß diese Kämpfe einen wichtigen Schritt vorwärts im antifaschistischen Widerstand in Chile bedeuteten.

In den Tagen, in denen der Farce Pinochets entgegengetreten wurde, erklärten die chilenischen Volksparteien, daß das Recht des Volkes auf Rebellion immer unbestreitbarer ist, und daß dieses einen Weg finden wird, um die Diktatur hinwegzufegen. Die Massen lassen sich nicht mehr aufhalten und sie werden auf die eine oder andere Weise den Tyrannen stürzen.

Die Volksparteien schließen keinen Weg von vornherein aus. Sie bemühen sich, die Demokratie auf gewaltlose Weise wieder herzustellen. Aber wenn ihnen dieser Weg verschlossen wird, werden sie, dem Beispiel Nikaraguas folgend, zu den Waffen greifen.

I. Ljubetic

Wolfram Brönner

Die Palästinafrage nach der Jerusalem-Annexion



Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen in den USA ist es Jimmy Carter zwar gelungen, die Zustimmung der Regierungen Israels und Ägyptens zur Wiederaufnahme der Separatverhandlungen nach dem 4. November 1980 einzuholen. Doch hinter der „Friedensstifter“-Show J. Carters verbirgt sich eine neuerliche explosive Zuspitzung der Nahost-Szenerie und eine Verhärtung der Fronten zwischen den Separathandelsparteien Ägypten und Israel.

Menachim Begin, der diese Verhärtung im Sommer 1980 mit der Annexion Ostjerusalems, der Eskalation der Unterdrückungspraktiken in den okkupierten arabischen Gebieten und einer Forcierung der Siedlungspolitik nach Kräften vorangetrieben hat, bekräftigte jedenfalls Anfang September d.J., er werde gerade an der von Anwar al-Sadat reklamierten Jerusalempolitik „kein Jota“ ändern und habe der Carter-Administration „keinerlei Konzessionen“ versprochen.¹ Offenkundig in eine Sackgasse geraten waren die Separatgespräche, als die Frist verstrich, die im Washingtoner Abkommen vom März 1979 (siehe detailliert in: AIB 5/1979, S. 20ff.) für den Abschluß der Dreierverhandlungen über eine sog. Autonomie des okkupierten Westjordan- und Gazagebietes festgelegt worden war. Der palästinensische Volkswiderstand gegen das Autonomieprojekt hatte sich als derart vehement erwiesen, daß sich weder eine kollaborationswillige „Dritte Kraft“ gegen die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) formieren ließ, noch Jordaniens König Hussein sich in den Verhandlungsprozeß einschalten mochte.

Unterdessen sorgte das Begin-Regime ungeniert mit der Forcierung der zionistischen Siedlungsexpansion für immer neue vollendete Tatsachen. Auf die Spitze getrieben wurde diese israelische Unnachgiebigkeit mit dem Entscheid der israelischen Knesset (Parlament) vom 30. Juli 1980, ganz

Jerusalem zur unteilbaren Hauptstadt Israels zu erklären sowie mit M. Begins Ankündigung, er wolle in Kürze seinen Amtssitz in den arabischen Ostteil Jerusalems verlagern und die jüdischen Neusiedlungen in den besetzten Gebieten würden „niemals beseitigt“.²

Diese Schritte mußten umso provokatorischer anmuten, weil die UN-Vollversammlung am 29. Juli d.J. mit 112:7 Stimmen Israel ultimativ aufgefordert hatte, bis zum 15. November 1980 mit dem Abzug der Besatzungstruppen aus allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten einschließlich Ostjerusalems zu beginnen (Wortlaut der Resolution siehe Kasten). Zuvor hatte der UN-Sicherheitsrat einstimmig in der Resolution 465 vom 1. März 1980 Israels Siedlungs- und Annexionspraktiken angeklagt und es aufgefordert, „die bestehenden Siedlungen völlig aufzulösen und insbesondere die Errichtung, den Bau und die Planung von Siedlungen in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems schnellstens einzustellen“. Er hatte festgestellt, daß jedwede Maßnahmen der Regierung Begin, die auf die Veränderung der demographisch-institutionellen Struktur oder des Status irgendeines Teils der besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems zielten, „keine Rechtsgültigkeit besitzen“ und die Neusiedlungen „eine flagrante Verletzung des Vierten Genfer Abkommens zum Schutze von Personen in Kriegszeiten“ darstellten.³

In einer Entschliebung des UN-Sicherheitsrates vom 20. August d.J. (angenommen ohne Gegenstimme bei Enthaltung der USA) wurde das Jerusalem-Gesetz der Knesset als Verstoß gegen das internationale Recht und als „schweres Hindernis“ für einen umfassenden und gerechten Nahostfrieden klassifiziert; alle damit verbundenen Maßnahmen der israelischen Besatzer gälten als „null und nichtig“. Alle Staaten, die in Jerusalem diplomatische Vertretungen unterhielten, sollten diese unverzüglich abziehen.⁴

US-Veto gegen Palästinenserstaat

US-Außenminister Edmund Muskie war bei diesem Entscheid persönlich im UN-Sicherheitsrat erschienen, um weitgehende praktische Maßnahmen gegen Israel abzublocken. So kam es, daß Israel keine Sanktionen angedroht wurden, falls es das Jerusalem-Gesetz nicht rückgängig mache – eine Forderung, welche die arabisch-islamische Seite ursprünglich im Sicherheitsrat angemeldet hatten.

Die Carter-Administration deckt damit den „Großisrael“-Kurs der Regierung Begin, der nach der dreisten Mißachtung des von den Vereinten Nationen 1947 festgeschriebenen internationalen Status Jerusalems nun als nächstes gleich die Annexion der okkupierten syrischen Golan-Höhen in Angriff nehmen will.

Leistete Washington dem israelischen Verbündeten 1980 rund 2 Mrd Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe, so soll diese nach M. Beginns Vorstellungen 1981 gar auf 3 Mrd Dollar aufgestockt werden. Die USA bleiben damit die eigentliche materielle Stütze für Israels Unnachgiebigkeit, obgleich diese das Separatgeschäft mit Ägypten bzw. weiteren „gemäßigten“ arabischen Kräften, also das vorrangige US-Ziel eines proimperialistischen israelisch-arabischen „Ausgleichs“, ernstlich gefährden. Die Carter-Administration nimmt die des öfteren störenden Eigenmächtigkeiten der Regierung Begin um der Wahrung essentieller gemeinsamer strategischer bzw. Öl-Interessen gegen die arabische Befreiungsbewegung in Kauf. Hinsichtlich des Nahostkonflikts lauten diese gemeinsamen Prioritäten gegenwärtig: Ausspernung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von Nahostverhandlungen und unbedingte Vereitelung eines unabhängigen Palästinenserstaates.

Genau darauf ist im Kern das Nein zur Nahost-Resolution der UN-Vollversammlung vom Juli 1980 und das Veto gemünzt, das die Carter-Administration am 30. April 1980 im UN-Sicherheitsrat gegen einen Resolutionsantrag zur Palästinafrage einlegte. In letzterem wurde betont, daß das palästinensische Volk ein „unveräußerliches nationales Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina“ besitzt.⁵

Es versteht sich, daß das von den USA, Israel und Ägypten nach Camp David separat verhandelte sog. Autonomieprojekt und die israelische Jerusalem-Annexion auf eine Liquidierung eben dieser nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas hinauslaufen. Um welchen Preis dies relevante Teile der herrschenden Kreise Israels zu realisieren gedenken, enthüllte im Mai d.J. Exminister Aharon Yariv, als er berichtete vom „Vorhandensein von Sichtweisen, daß der Kriegszustand ausgeschlachtet werden müßte, um 700.000 - 800.000 Araber zu vertreiben. Diese Sichtweisen existieren. Über diese Dinge ist gesprochen worden und die Instrumente dafür sind vorbereitet worden“.⁶

Ganz offensichtlich scheint es dem Begin-Regime nicht genug, daß seit der Proklamation Israels (1948) rund 2/3 des arabischen Volkes Palästinas, also rund 2 Mio Menschen außer Landes getrieben wurden. Die seit April/Mai 1980 von der Regierung des konservativen Likud-Parteienblocks vorangetriebene „Politik der eisernen Hand“ läßt daran keinen Zweifel.

„Eiserne Hand“ gegen Palästinenserführer

Eine Seite dieser Politik ist die drakonisch verschärfte Unterdrückung des palästinensischen Volkswiderstandes in den okkupierten Gebieten. Nach dem vereitelten Versuch vom November 1979, den Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa zu deportieren,⁷ inszenierten die Besatzer am 1. Mai 1980 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Abschiebung seiner Amtskollegen von Hebron und Halhul, Fahd Kawasmeh und Mohammed Hassan Milhem, und des religiösen Richters R.B. al-Tamimi in den Libanon.

Mit Duldung der Besatzungsmacht führten Ende April d.J. die Siedlertrupps der faschistischen Gush Emunim und des Rabbi Kahane bewaffnete Überfälle auf palästinensische Einrichtungen im Westjordangebiet durch. Massenproteste und einen Generalstreik vom 25. - 27. April 1980 beantwortete man mit israelischen Militäreinsätzen, bei denen zwei Demonstranten erschossen, 800 inhaftiert und Kollektivstrafen (wie die Einebnung von Häusern in Hebron) angewandt wurden. Die Mordanschläge vom 2. Juli d.J. auf Bassam Shakaa (er verlor beide Beine) sowie die Bürgermeister von Ramallah, Karim Khalaf (ihm mußte ein Fuß amputiert werden), und von al-Bireh, Ibrahim al-Tawil, sowie vom 12.

Resolution der UN-Vollversammlung vom 29.7.1980

Die Vollversammlung, nach Behandlung der Palästinafrage auf einer Notstandssondertagung,

in der Überzeugung, daß es eine schwere Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, wenn es nicht gelingt, diese Frage zu lösen,

mit Bedauern und Besorgnis feststellend, daß der Sicherheitsrat am 30. April 1980 aufgrund der Gegenstimme der Vereinigten Staaten von Amerika keinen Beschluß zu den Empfehlungen des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes fassen konnte, die von der Vollversammlung in ihren Resolutionen 31/20 vom 24. November 1976, 32/40 A vom 2. Dezember 1977, 33/28 A vom 7. Dezember 1978 und 34/65 A vom 29. November 1979 gebilligt worden waren, (...)

2. bekräftigt insbesondere, daß es gemäß der Charta und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen ohne den Rückzug Israels aus allen besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems und ohne die Herbeiführung einer gerechten Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina zu keinem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten kommen kann;

3. bekräftigt das unveräußerliche Recht der aus ihren Heimstätten und von ihrem Grund und Boden in Palästina vertriebenen, entwurzelten Palästinenser auf Rückkehr und fordert diese Rückkehr;

4. bekräftigt ferner die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter:

a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen sowie auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität;

b) das Recht auf Errichtung seines eigenen unabhängigen, souveränen Staates;

5. bekräftigt das Recht der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der Vertretung des palästinensischen Volkes, gleichberechtigt an allen im Rahmen der Vereinten Nationen stattfindenden Bemühungen, Beratungen und Konferenzen über die Palästinafrage und die Lage im Nahen Osten teilzunehmen;

6. bekräftigt das Grundprinzip der Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Gebieten;

7. fordert Israel dazu auf, sich unter Intakthaltung allen Eigentums und aller Versorgungseinrichtungen vollständig und bedingungslos aus allen seit Juni 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems zurückzuziehen und dringt darauf, daß ein derartiger Rückzug aus allen besetzten Gebieten vor dem 15. November 1980 beginnen sollte;

8. verlangt, daß Israel der vom Sicherheitsrat am 1. März 1980 einstimmig verabschiedeten Resolution 465 (1980) voll und ganz nachkommt;

9. verlangt weiter, daß Israel sich voll und ganz an alle Resolutionen der Vereinten Nationen halten soll, die für den historischen Charakter der Heiligen Stadt Jerusalem relevant sind, vor allem die Resolution des Sicherheitsrates 475 vom 30. Juni 1980;

10. bringt ihren Widerstand gegen alle politischen Schritte und Pläne zum Ausdruck, die auf eine Neuansiedlung der Palästinenser außerhalb ihres Heimatlandes abzielen; (...)

12. ersucht den Generalsekretär, der Vollversammlung auf ihrer XXXV. Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten;

13. ersucht den Sicherheitsrat, im Falle der Nichtbefolgung dieser Resolution durch Israel zusammenzutreten und über die Lage und die Verabschiedung wirksamer Maßnahmen gemäß Kapitel VII der Charta zu beraten;

14. beschließt, die 7. Notstandssondertagung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der jeweils letzten ordentlichen Tagung der Vollversammlung zu ermächtigen, auf Antrag von Mitgliedsstaaten ihre Wiederaufnahme zu verfügen.

(Quelle: dpa, 30.7.1980)

Juni d.J. auf den Bürgermeister von Sourif, Ahmad Mustafa Subha, machten die Absicht der herrschenden Kreise Israels deutlich, die Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten zu enthaupen.

Die Protestaktionen aber dauerten an. Dem Generalstreik im Westjordan- und Gazagebiet vom 3. Juni 1980 folgten Demonstrationen gegen neue Landenteignungsmaßnahmen (bei Hebron und Ramallah) und gegen den Ausschluß von neun palästinensischen Studenten von der Universität in Bir Sabe. Die Studentin Taghrid al-Batma erlag am 23. Juni d.J. ihren Schußverletzungen, nachdem israelische Truppen in Bethlehem das Feuer auf Demonstranten eröffnet hatten.⁸ Drei Todesopfer forderten schließlich im Juli und September d.J. die Zwangsernährungsmethoden, mit denen die israelischen Behörden einem Hungerstreik von hunderten palästinensischen politischen Gefangenen begegneten. Mit ihrer Aktion wollten die eingekerkerten Palästinenser (insgesamt 5000) auf die unmenschlichen Haftbedingungen und alltäglichen Folterpraktiken aufmerksam machen.⁹

„Konfrontations-Siedlungen“ für Großisrael

Wie Israels Generalstabschef Rafael Eytan im Juni d.J. unterstrich, sollen die Siedlungsprojekte im Westjordangebiet künftig als „Konfrontations-Siedlungen“ installiert werden. D.h. die bewaffneten Gush-Emunim-Trupps erhalten den Anstrich offizieller „lokaler Verteidigungseinheiten“ und werden mit Maschinengewehren, Mörsern u.a. ausgerüstet. Und Israels Landwirtschaftsminister, General Ariel Sharon gab Anfang September d.J. bekannt, die Regierung werde vier weitere jüdische Siedlungen im Westjordangebiet errichten und damit diese auf insgesamt rund 80 erhöhen.¹⁰ Analog startete die israelische Armee die schwersten Überfälle auf libanesisches Territorium seit dem Südlibanonkrieg vom März 1978. Einheiten aller Teilstreitkräfte drangen Mitte August d.J. über die Linien der UN-Truppen (UNIFIL) hinaus vor. Sie griffen Ziele jenseits des Litani-flusses („Rote Linie“) an, was die Gefahr einer offenen Konfrontation mit den syrischen Friedenstruppen im Libanon und damit eines 5. Nahostkrieges heraufbeschwört. Von einer neuerlichen Eskalation im Libanon (siehe Beitrag von J. v. Freyberg) erhofft sich die Regierung Begin die Zerschlagung des dort konzentrierten militärischen Potentials der PLO und die Einverleibung weiteren arabischen Territoriums in das zionistische „Großisrael“.

Der Separatdeal mit Ägypten hat so gesehen dem Begin-Regime im Süden freie Hand verschafft, um seine nördlichen Annexionsziele in Angriff zu nehmen und zum großen Schlag gegen die palästinensische Befreiungsbewegung im Westjordan-, Gazagebiet und im Libanon zu rüsten.

M. Beginns Kriegskurs hat den Anteil der Rüstung (einschließlich der diesbezüglichen Schuldenrückzahlung) am Staatsbudget auf 63,6% hochgetrieben, was angesichts einer Inflationsrate von über 100% nur ein weiteres Absinken des Lebensniveaus der arbeitenden Massen und einen allgemeinen Sozialabbau mit sich bringen kann.¹¹ Um den 1979/80 verstärkten Prozeß des sozialen Protestes und Eintretens für einen gerechten Frieden¹² in Israel abzuwürgen, forciert der regierende Likud-Block derzeit die Demontage demokratischer Rechte.

Ende Juli d.J. ermächtigte die Knesset den israelischen Innenminister mit einer Gesetzesänderung, allen Personen, die sich nicht „loyal“ gegenüber dem Staat Israel erweisen, die Staatsbürgerschaft zu entziehen (ohne Gerichtsverhandlung oder Einspruchsrecht). In einem neuen Gesetz zur „Terrorismus-Vorbeugung“ kriminalisierte die Knesset jede Form der Unterstützung mit dem palästinensischen Widerstand („terroristische Organisationen“), das Singen feindlicher Lieder eingeschlossen. Selbst das Wort „Palästina“ bzw.

„palästinensisch“ wird damit künftig unter Strafe gestellt. Und schon hat Justizminister Tamir ein „Parteiengesetz“ in Vorbereitung, das allen Parteien untersagen soll, Sympathie oder Solidarität gegenüber „Terrororganisationen und deren Zielen“ an den Tag zu legen.¹³ Unter Strafe gestellt würden damit die von der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (CHADASH) artikulierten Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates neben Israel. Kriminalisiert würden damit die Forderungen der Vereinten Nationen.

Reale Gefahren: Faschismus und Krieg

Die CHADASH-Vertreter warnten daher eindringlich davor, daß die Beginsche „Politik der eisernen Hand“ die Gefahr sowohl eines neuen Krieges als auch des Faschismus in Israel eskaliert. Darauf deuten nicht zuletzt die staatliche Protegierung der faschistischen Gruppierungen wie Gush Emunim oder Äußerungen wie die des Ministers Eric Sharon hin, die „Sicherheit“ stehe „über der Verfassung“. Mehr noch, Vize-ministerpräsident Simha Ehrlich gab kürzlich bekannt, daß E. Sharon mit der Errichtung von Konzentrationslagern für seine politischen Gegner und der Liquidierung der Knesset liebäugle.¹⁴ Und: Haben nicht Ultrarecht im Militär des heutigen Israel ein Übergewicht?

Die CHADASH hat daher die rechtssozialdemokratische Arbeiterpartei (MAI), die linkssozialdemokratische MAPAM, die linksliberale SHELLI und alle anderen demokratischen Kräfte zur antifaschistischen Frontbildung, zum gemeinsamen Kampf gegen die Likud-Politik aufgerufen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (siehe nachstehend die Orientierungen ihrer Führungsorganisationen Al Fatah, Demokratische Front und Volksfront) aber muß, auf einen antipalästinensischen Vernichtungsfeldzug des Likud-Regimes gefaßt sein.

„Wir sehen uns einem Zermürbungskrieg gegenüber... Und wir treffen Vorbereitungen für größere Operationen (als die israelische Südlibanon-Invasion vom März 1978) der Israelis.“ Das konstatierte PLO-Vorsitzender Yassir Arafat Anfang September d.J. gegenüber der Newsweek. Und: „Wir werden alle unsere Waffen gegen diese Aggression, Unterdrückung und Okkupation einsetzen.“¹⁵ Ob die durch das ägyptische Ausscheren und proimperialistische Rücksichtnahmen der Feudalregimes (Saudi Arabien, Jordanien u.a.) geschwächte arabische Gegenfront in diesem Fall auch die ihrigen, nämlich die Ölwanne, Wirtschaftssanktionen gegen die USA bzw. andere Westmächte und vollen militärischen Beistand für die PLO, einsetzen wird, bleibt die große Unbekannte im Nahostkonflikt. So oder so aber trifft das Wort vom Sprengsatz Palästina.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 5.9.1980; International Herald Tribune (IHT), Zürich, 10.9.1980; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.9.1980
- 2) So M. Begin in einem Brief an Anwar al-Sadat, zit. nach: Afrique Asie, Paris, 1.9.1980
- 3) Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 2/1980, S. 71
- 4) AFP, New York, 21.8.1980
- 5) Vereinte Nationen, Nr. 3/1980, S. 102
- 6) Haaretz, Tel Aviv, 23.5.1980
- 7) Vgl. AIB 1/1980, S. 10
- 8) Palestine, Beirut, Nr. 8/ 1.-15.5.1980 und Nr. 11/ 16. - 30.6.1980
- 9) Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 31, 1.8.1980 und Nr. 33-36, 5.9.1980
- 10) Palestine, Nr. 11/16.-30.6.1980 und IHT, 10.9. 1980
- 11) Information Bulletin, Tel Aviv, Nr. 4/1980, S. 22 ff.
- 12) Siehe ausführlich: AIB 7-8/1980, S. 33-39
- 13) Nach: Haaretz, 31.7. und 1.8.1980; Unsere Zeit, 16.7. 1980
- 14) Vgl. Information Bulletin, Nr. 6/1980, S. 7-8
- 15) Newsweek, New York, 8.9.1980



Politische Resolution des 4. Kongresses der Fatah

Die Nationale Befreiungsbewegung Palästinas – Al Fatah (gegr. 1956; d. Red.), die mitgliedsstärkste Organisation innerhalb der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation, gegr. 1964; d. Red.), hielt vom 22. Mai bis zum 2. Juni 1980 ihren 4. Kongreß in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus ab. Der Kongreß stimmte einmütig der Wiederwahl des Vorsitzenden Arafat als Oberkommandeur der Streitkräfte der palästinensischen Revolution und der al-Assifa (Wirbelsturm, militärischer Zweig der Fatah; d. Red.)-Streitkräfte zu. Er wählte Abu Iyad zum stellvertretenden Kommandeur und Farouk Kaddoumi zum Sekretär des Fatah-Zentralkomitees. Der Kongreß bekräftigte weiterhin sein Vertrauen in das bisherige Zentralkomitee und wählte in geheimer Wahl fünf zusätzliche neue Mitglieder.

In dem zum Schluß des Kongresses verabschiedeten politischen Programm drückte die Fatah ihren Willen aus, die nationale Einheit der Palästinenser zu stärken und unterstrich die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes neben allen anderen Mitteln im Kampf für die nationale Befreiung. Das Programm bekräftigte die vom Palästinensischen Nationalkongreß 1974 verabschiedete Entschliebung, eine palästinensische nationale Autorität in jedem Teil Palästinas zu errichten mit dem Ziel der Befreiung ganz Palästinas. Es stellte bloß, daß der US-Imperialismus die Speerspitze der Feinde der palästinensischen Revolution und der arabischen Nationist, und es ruft zur Verstärkung des Bündnisses mit den sozialistischen Staaten, angeführt von der UdSSR, mit den nationalen Befreiungsbewegungen, der iranischen Revolution und allen progressiven und demokratischen Kräften in aller Welt auf.

Es folgen Auszüge aus den politischen Beschlüssen:

Politische Resolution

Palästina betreffend

1. Bewerkestellung einer dauerhaften Konsolidierung der palästinensischen nationalen Einheit auf allen Ebenen, sowohl innerhalb wie außerhalb der besetzten Gebiete unter Führung unserer Bewegung und im Rahmen der PLO, so daß die kontinuierliche Ausweitung aller Formen des palästinensischen Kampfes gewährleistet wird.
2. Wichtig ist es, die Mitarbeit unserer Bewegung – mit ganzer Kraft – in der PLO zu entwickeln, um deren Effektivität, die Weiterentwicklung ihrer Programmatik und Instrumentarien in einer Weise zu garantieren, daß die Unabhängigkeit aller ihrer Institutionen erhalten bleibt.
3. Ausweitung des bewaffneten Kampfes innerhalb der besetzten Territorien und an allen Abschnitten der Konfrontation mit dem zionistischen Feind.
4. Verstärktes Interesse an der Organisation unseres Volkes, wo immer es sich niedergelassen hat; Erweiterung des Rahmens der Aktivitäten aller seiner Volksorganisationen und Gewerkschaften; und Schutz der zeitweiligen Anwesenheit unseres Volkes in diesen Gebieten und Abwendung ihrer Unterdrückung, Ausbeutung oder Absorbierung.
5. Unterstützung der Standhaftigkeit unseres Volkes in den besetzten Territorien in jeder Hinsicht und Gewährung der notwendigen materiellen Hilfe, um die Fortdauer seiner Standhaftigkeit, die Ausweitung seines Kampfes und die Entwicklung seiner nationalen Institutionen zu sichern, insbesondere Streben nach Festigung der Kontakte und Beziehungen mit den palästinensischen Massen in den 1948 besetzten Gebieten, um diese zu befähigen, dem Versuch

entgegentreten, ihre Einheit zu zerbrechen und ihre arabische Identität zu unterdrücken.

6. Bekräftigung der Wichtigkeit einer Entscheidung für ein unabhängiges Palästina und des Strebens nach Befähigung aller Teile der palästinensischen Revolution, an diesem Ziel festzuhalten.

7. Entsprechend der führenden Position unserer Bewegung innerhalb der PLO und den diesbezüglichen Inhalten des politischen Programms und angesichts der Anerkennung der PLO in der arabischen und internationalen Arena betrachtet die Konferenz die gültigen Resolutionen des Palästinensischen Nationalkongresses (Resolution des letzten PLO-Kongresses vom Januar 1979 in: AIB, Nr. 3/1979, S. 25-26; d. Red.) als Ergänzung zum politischen Programm der Bewegung, da sie den Prinzipien, Zielen und politischen Programmen unserer Bewegung nicht widersprechen.

8. Festigung der kämpferischen Rolle der palästinensischen Frau auf allen Ebenen des Kampfes, und Bestreben, ihre wirkungsvolle Teilnahme in jeder Hinsicht und auf jedem Niveau zu steigern.

Auf internationalem Gebiet

Unsere Bewegung ist Teil der internationalen Befreiungsbewegung im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Zionismus, Rassismus und ihre Agenten. Dazu tragen unsere Bündnisse mit allen internationalen Parteien auf der Basis unserer Prinzipien und der Palästinensischen Nationalcharta (aus dem Jahr 1968; d. Red.) bei.

• Internationale Organisationen:

1. Arbeit, über die PLO, für die Verankerung fortgeschrittener Resolutionen, die die Rechte des palästinensischen arabischen Volkes zum Inhalt haben, in allen Foren und internationalen Organisationen, insbesondere der UNO, und konsequente Vertiefung der Isolierung der Zionisten und der USA in diesen Organisationen und der internationalen Arena.

2. Arbeit für eine Überführung der Resolution der UN-Vollversammlung, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung verurteilt, in Sanktionen und andere Maßregeln gegen den imperialistischen, zionistischen und kolonialistischen Stützpunkt in Palästina, wie sie in der UN-Charta angelegt wurden.

3. Verstärkte Arbeit für den Erhalt der UN-Stellungnahmen, die die Übereinkünfte von Camp David ablehnen und für die Fortentwicklung dieser Stellungnahmen auf eine Weise, daß sie die Verweigerung aller Formen der Besiedlung auf Kosten unseres Volkes und unserer Sache garantieren.

• Die befreundeten Kräfte:

1. Konsolidierung des Bündnisses mit den sozialistischen Ländern, angeführt von der UdSSR, da diese Allianz angesichts der ersten und effektiven Konfrontation der US- und zionistischen Verschwörungen gegen die palästinensische Sache und alle Befreiungsbewegungen in der Welt eine Notwendigkeit darstellt.

2. Konsolidierung unserer kämpferischen Beziehungen zu Befreiungsbewegungen, die mit uns in einer Reihe gegen US-Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Faschismus und Reaktion stehen. Die Fatah unterstützt den Kampf aller Befreiungsbewegungen in der Welt und aller Kämpfer, die gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfen.

3. Stärkung der auswärtigen Beziehungen unserer Bewegung und Intensivierung ihrer politischen Tätigkeit in Übereinstimmung mit ihren Prinzipien und ihrem Programm, zusätzlich zur Herstellung von Bündnissen mit den progressiven und demokratischen politischen Kräften, die in unserem gerechten Kampf um unsere legitimen Rechte an unserer Seite stehen.

4. Konsolidierung der kämpferischen Beziehungen mit der islamischen Revolution im Iran, welche die stärkste Bastion des US-Imperialismus in der Region gestürzt hat und an

unserer Seite im Kampf um die Befreiung Palästinas steht.

5. Konsolidierung der Beziehungen zu den Völkern und Regierungen der islamischen, afrikanischen und nichtpaktgebundenen Länder, um ihre Unterstützung der palästinensischen Sache dahingehend weiterzuentwickeln, daß sie unseren Kampf unterstützen und um die Anerkennung der PLO als alleinige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes zu erweitern.

• Der US-Standort:

Die USA sind die Speerspitze der Feinde unseres Volkes und unserer Nation, da sie eine unserem Volk, der Revolution und der arabischen Nation, sowie allen arabischen und internationalen Befreiungskräften feindliche Politik verfolgen; da sie das zionistische Gebilde und seine Agenten in der Region unterstützen und Militärpakte mit dem Ziel formieren, die Region dem militärischen Einfluß der USA zu unterwerfen, um die fortwährende Ausbeutung der Reichtümer unserer Nation zu garantieren. Darum ist es unabdingbar notwendig, die der US-Politik entgegengerichtete internationale Front zu stärken, diese Politik zu bekämpfen und sie zum Scheitern zu bringen und den amerikanischen Interessen in diesem Gebiet Schläge zu versetzen.

Zusammenfassend betont der Allgemeine Kongreß unserer Bewegung die Notwendigkeit, die auf internationaler Ebene erreichten politischen Ziele und Leistungen zu verteidigen und zu festigen, die die palästinensische Sache am Leben erhalten haben und ihr zu breiterer internationaler Unterstützung verholfen haben, und die sie zur Vorhut und zum Bannerträger der Befreiungsbewegungen der Welt gemacht haben.

(Quelle: Palestine. P.L.O. information bulletin, Beirut, Nr. 10/1.-15.6.1980, S. 6-7)



Ich bestelle AIB / Ich abonniere das AIB für mindestens 1 Jahr ab Nr. . . . (Zutreffendes unterstreichen!)

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1 (Telefon 06421/24672).



Nayef Hawatmeh

Eine Nationale Einheitsfront schaffen



Die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) ging 1969 aus der von G. Habbash geführten Volksfront zur Befreiung Palästinas hervor. Die marxistisch orientierte DFLP gehörte zu jenen Kräften, die eine stärkere Orientierung auf den politischen Massenkampf in den besetzten Gebieten und auf einen Palästinenserstaat auf jedem Stück befreiten Bodens verfochten. Sie gehörte zu den Fürsprechern einer Zusammenarbeit des palästinensischen Widerstandes auch mit den demokratischen Kräften Israels wie eines konsequenten Antiimperialismus (zum DFLP-Programm siehe AIB 6/1976) in den PLO-Führungsorganen Exekutivkomitee, Zentralrat und Nationalrat. Ihr Generalsekretär Nayef Hawatmeh setzte bei einem Pressegespräch Mitte Juli d.J. folgende Akzente.

Zur Generallinie der PLO:

„Sie wissen, daß wir uns in der Etappe der nationalen Befreiung befinden. Dabei ist das zentrale Problem unseres Kampfes, daß die palästinensischen Flüchtlinge aus den Ländern, in die sie vertrieben wurden, wieder in ihre Heimat zurückkehren können; dabei muß das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung gesichert werden; es muß sein Recht durchsetzen, einen eigenen, unabhängigen Staat auf seinem Boden zu schaffen. Es geht darum, daß sich alle Klassen und Schichten Palästinas in einer vereinten nationalen Front zusammenschließen. Zweitrangige Fragen und Widersprüche müssen zurückgestellt werden und die Haupttrichtung des Kampfes ist gegen den Imperialismus zu führen, insbesondere gegen den US-Imperialismus, gegen Israel mit seiner zionistischen und expansionistischen Politik, aber auch gegen die Reaktion in einigen arabischen Ländern. Wir wollen das Gemeinsame, das politische Programm der PLO, voll durchsetzen. Denn die PLO stellt ja einen großen Schritt in der Richtung auf die Schaffung dieser Einheitsfront aller Kräfte des palästinensischen Volkes dar, sie ist eine breite nationale Koalition.“

Zur bevorstehenden 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrates:

Gegenwärtig bereitet sich die Demokratische Front auf die nächste Tagung des Palästinensischen Nationalrates (PNC) vor, des höchsten Organs der PLO (der Nationalrat umfaßt seit Januar 1979 301 Mitglieder und kann mit einem Parlament verglichen werden; d. Red.). Und genau in diesem Punkt komme der neuen Nationalratstagung eben auch besondere Bedeutung zu. „Denn dort müssen wir Antwort geben auf alle brennenden Fragen unserer Zeit. Es geht vor allem auch darum, den 1979 vom PNC angenommenen Beschluß (Wortlaut der Abschlusserklärung in: AIB 3/1979, S. 25-26; d. Red.) durchzusetzen, eine nationale Befreiungsfront in den von Israel okkupierten Gebieten zu schaffen, die alle Kräfte im Kampf gegen Reaktion vereint, und die eine politische und organisatorische Fortsetzung der PLO in den besetzten Gebieten darstellt.“

Zu den westlichen Nahost-Verstößen:

Außenpolitisch müsse diese Tagung auch zur Stärkung der

Arabischen Front der Standhaftigkeit beitragen und alle arabischen Kräfte mobilisieren, die gegen die Abmachungen von Camp David kämpfen, gegen die „Autonomie“-Verhandlungen und auch gegen den verräterischen Vertrag, den Sadat schloß. Auch müsse gegen verschiedene Initiativen eindeutig Stellung genommen werden, die z.Z. von westeuropäischen Staaten ausgehen und darauf gerichtet sind, eine Art Ergänzung zu den Abmachungen von Camp David zu schaffen in der Hoffnung, diese Abmachungen doch noch aus der Sackgasse zu führen, in die sie geraten sind.

Der PNC, so betont der Generalsekretär Nayef Hawatmeh, müsse sich auch eindeutig gegen bestimmte Versuche von EG-Staaten wenden, Jordanien, reaktionäre palästinensische Kreise und Saudi Arabien an den Verhandlungstisch zu bringen, um auf diese Art und Weise das Ziel des Imperialismus, nämlich eine Kapitulationslösung im Nahen Osten zu erzwingen, doch noch zu erreichen. „Die Imperialisten möchten die Politik von Camp David fortsetzen, möchten diese Abmachungen in ein neues Gewand stecken – also praktisch ein Camp David ohne Nennung des Namens Camp David.“

Zu den Beziehungen zum sozialistischen Lager:

Und der Generalsekretär äußert die Überzeugung, daß die nächste Nationalratstagung „auch einen Beschluß fassen wird, in dem die Entwicklung der Beziehungen der PLO zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten enthalten ist, weil dies strategische Bündnisbeziehungen sind, die eine Bedingung für einen erfolgreichen Kampf im Nahen Osten darstellen“.

Zu Israels aktuellem Kurs:

Dergleichen Schritte und Beschlüsse erwartet die Demokratische Front um so mehr, als gegenwärtig die Aggressionsakte in den von Israel okkupierten arabischen Gebieten wie auch im Libanon äußerst gefährliche Ausmaße angenommen haben. „Israel als Staat hat offensichtlich die Nerven verloren“, erklärt der Generalsekretär. „Ein breiter Terror grassiert in den besetzten Gebieten, und er richtet sich besonders gegen nationalgesinnte Persönlichkeiten, vor allem gegen die Bürgermeister der arabischen Gemeinden und Städte. Man nennt es 'Politik der eisernen Hand' und bedient sich dabei sogar der Ausnahmegesetze, die der britische Kolonialismus vor 1948 anwandte, als er unser Land noch besetzt hielt!“

Alarmierend seien auch Pläne, die Begins sog. Oppositionspartei, die Arbeiterpartei unter Führung von Shimon Peres, ausgearbeitet hat, nämlich Westjordanien und den Gazastreifen aufzuteilen, einen Teil Israel zuzuschlagen, den anderen Teil Jordanien anzuschließen und dort eine sog. jordanisch-palästinensische Föderation zu bilden, die unter Führung von König Hussein stehen soll. „Das aber würde bedeuten, den Palästinensern das Recht auf einen eigenen unabhängigen Staat vorzuenthalten.“

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 31/1980, Ausschnitte)



George Habbash

Wir glauben an alle Kampfformen

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP, gegründet 1969) und ihr Generalsekretär Dr. George Habbash wurden in den westlichen Massenmedien früher meist nur im Zusammenhang mit den – auch in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) nicht unumstrittenen – Flugzeugentführungen genannt. Es ist auch bekannt, daß zwischen der PFLP und anderen Kräften der PLO heftige ideologische Differenzen ausgetragen wurden. Eine Journalistengruppe, darunter AIB-Autorin Jutta von Freyberg, hatte am 22.7.1980 in Beirut Gelegenheit, G. Habbash zu diesen Themen sowie zu Camp David zu befragen. Hier die Antworten in Auszügen:

Zu Flugzeugentführungen:

Was die Flugzeugentführungen betrifft – so war dies niemals unsere Strategie, um Palästina zu befreien. Diese Kampfmethodik hat die PFLP in einer bestimmten, begrenzten Zeit und gegen bestimmte Feinde angewandt...

Die Angriffe gegen imperialistische, zionistische Ziele außerhalb von Palästina sind eine taktische Frage, die sich aus der Besonderheit des palästinensischen Kampfes ergeben. Lebte das palästinensische Volk in Palästina, so würde diese Taktik ganz anders aussehen. Aber wenn uns der Feind in den Libanon und andere Teile der Welt vertreibt, muß er auch die Folgen in Rechnung stellen.

Zu den Kampfformen:

Wir glauben an alle Kampfformen, den diplomatischen, den politischen, den Massenkampf. Aber unsere Hauptkampfform ist der bewaffnete Kampf. Nur so können wir unsere Ziele erreichen: das zionistische Joch zu zerschlagen. Der bewaffnete Kampf wird hauptsächlich in den besetzten Gebieten geführt. Aber da wir gezwungen sind, außerhalb Palästinas zu leben, müssen wir auch außerhalb kämpfen.

Zur PFLP-Haltung gegenüber der PLO:

Wir sind ein untrennbarer Teil der PLO. Die PLO ist eine breite Front, die verschiedene progressive, kämpferische Abteilungen der palästinensischen Befreiungsbewegung umfaßt, die den Kampf gegen den Zionismus führen. Es ist natürlich, daß es in dieser Front verschiedene Fragen gibt, in denen wir uns nicht einig sind...

Die PFLP ist in der PLO und vertritt dort eine bestimmte politische und organisatorische Linie, für die wir kämpfen. So sagen zum Beispiel die PLO-Dokumente, daß der Kampf gegen den Zionismus, gegen Israel geführt werden muß. Wir kämpfen innerhalb der PLO dafür, daß nicht nur der Zio-

nismus, sondern auch der Imperialismus und die Reaktion bekämpft werden müssen. Was die organisatorische Frage angeht: Wir kämpfen für demokratische Prinzipien, daß alle Abteilungen der Befreiungsbewegung in den Führungsorganen der PLO vertreten sein und dort zusammenarbeiten sollen.

Zu Camp David und der EG-Initiative:

Das Camp-David-Abkommen gibt dem palästinensischen Volk nicht ein einziges Recht zurück. Das Camp-David-Abkommen ist der zionistische Plan, unser Volk zu vernichten. Das ist nicht nur unsere Position, sondern die aller arabischer Staaten...

Wir sind stolz auf den Kampf der Massen in den von Israel besetzten Gebieten, der das Camp-David-Abkommen zum Scheitern gebracht hat und den Charakter der 'Autonomie' vor aller Welt entlarvt hat...

Wir lehnen die Erklärung von Venedig (EG-Erklärung zum Nahostkonflikt vom 13. Juni 1980, siehe AIB 7-8/1980, S. 5/6; d. Red.) völlig ab und verlangen von der PLO eine klare Ablehnung. Es gibt Prinzipien, die für alle Völker gelten. Kein progressiver Mensch wird gestatten, daß solche Prinzipien – wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker – angefasst wird. Wir sind kein Volk zweiter oder dritter Klasse. Wir haben ein Recht auf Selbstbestimmung, und unter Führung der PLO bekämpfen wir jeden Versuch, dieses Recht anzutasten. Die Erklärung von Venedig anerkennt nicht einmal die minimalsten Rechte, auch nicht, daß die PLO die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist.

Die EG-Initiative ist ein Manöver. Es gibt bei uns ein Sprichwort: 'Man mischt jemandem Gift ins Fett.' Wir haben dieses Sprichwort auf die EG-Erklärung angewandt. Die europäische Initiative bietet das Gift in einem Stück Kuchen.

Achtung AIB-Abonnenten!

Liebe Abonnenten,

leider gibt es noch immer eine große Zahl von AIB-Abonnenten, die ihren Abo-Beitrag für 1980 noch nicht bezahlt haben.

Sie alle, die den Beitrag von 20,- DM noch nicht überwiesen haben, bitten wir hiermit nochmals, ihn ohne nochmalige Aufforderung zu überweisen. Sie helfen uns damit, Geld und Zeit zu sparen.

Überweisungen auf die Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto Nr. 312093-607, Postscheckamt Frankfurt oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533900000, Konto Nr. 966.

Jutta von Freyberg

Neue Frontlinien im Libanon



Was immer in den letzten Jahren im Libanon geschehen ist, ob Bürgerkrieg (1975/76) oder die Besetzung eines Grenzstreifens im Süden durch Truppen Saad Haddads und Israel (1978), was immer sich in jüngster Zeit dort abspielt – wie die blutigen Auseinandersetzungen unter den rechten Milizen und die sich verschärfenden israelischen Angriffe – das alles ist ursächlich und untrennbar verknüpft mit dem Hauptproblem der gesamten Nahost-Region. Das alles ist unlösbar ohne Lösung der Hauptfrage: der Schaffung eines unabhängigen souveränen Palästinastaates.

Als ich Ende Juli d.J. mehrere Tage lang den Libanon besuchte, wurde mir schlagartig klar, daß dieser abstrakte Erklärungsversuch die Situation im Libanon auf präzise Weise trifft und keineswegs eine analytische Hilfskonstruktion ist, hinter der sich Unvermögen versteckt, mit den komplizierten, verwickelten Verhältnissen im Libanon klarzukommen. Anschauungsmaterial waren mir einmal die geographischen Verhältnisse: die kurze Entfernung von der israelischen Grenze bis zur libanesischen Hauptstadt, die geringe Ausdehnung dieses Landes, das etwa halb so groß wie Hessen ist, die Konzentration der palästinensischen Flüchtlingslager auf den Südteil des Landes. Und dann vor allem die von israelischen Bomben und Artillerie zerstörten Häuser in allen Ortschaften und Flüchtlingslagern des Südens, die ich besuchte.

Besonders erschütternd: das ehemalige Flüchtlingslager bei Nabatieh, das seit 1972 immer und immer wieder bombardiert und beschossen wurde, bis kein Haus mehr unbeschädigt war und die Einwohner des Camps – zum großen Teil



Von Israel bombardiertes Palästinenserslager in Nabatieh

Frauen, Kinder und alte Leute – dem Terror nicht mehr zu trotzen in der Lage waren und umgesiedelt werden mußten. Im Libanon konzentriert sich heute die größte Teilpopulation der palästinensischen Flüchtlinge: etwa 500.000 leben hier. In ihren Lagern, die zum Teil schon 1948 angelegt wurden, sind kulturelle, wirtschaftliche und soziale Institutionen entstanden, die nicht nur die Fortexistenz, sondern sogar die Weiterentwicklung der palästinensischen Nation zu garantieren scheinen.¹ Im Libanon haben die bedeutendsten palästinensischen Organisationen ihren Hauptsitz, hier ist das politische und kulturelle Zentrum der palästinensischen Diaspora.

Angriffsziel Palästinenser

Solange dies der Fall ist, wird sich Israel nicht das Palästinenserproblem vom Hals schaffen können, was – in zionistischen Termini – nichts anderes heißt als: Ausrottung des palästinensischen Volkes. Dies ist keine überspitzte Formulierung, keine Übertreibung, sondern die mörderische Logik einer Politik, die „keine Palästinenser kennt“ (Golda Meir, 1969). Dies ist das Wesen einer Aggressionspolitik, die sich eben nicht in erster Linie gegen die als „Terroristen“ verleumdete palästinensischen Kommandos und gegen militärische Anlagen, sondern gegen zivile Ziele richtet.

Ich habe im Südlibanon unzählige zerstörte Wohnhäuser, die Trümmer der Fischereigenossenschaft und die Einschüsse in der San-Toma-Kirche in Tyrus gesehen. Krankenstationen des palästinensischen Roten Halbmonds mußten wegen anhaltender Beschießung geschlossen werden. Kindergärten und Schulen in den Lagern sind mit Sandsack-Mauern und mit Unterständen versehen, Bäckereien arbeiten tief in bombensicheren Kellern. Es sind gerade solche zivile Ziele, die die Aggressoren bevorzugt bombardieren.

Mehrfach setzten die israelischen Streitkräfte Napalm ein. Der während meines Libanon-Aufenthaltes von Rechtskräften auf offener Straße ermordete Präsident des Libanesischen Verlegerverbandes, Riyad Taha, hatte darüber als erster Augenzeuge berichtet. Mehrfach warfen die israelischen Flugzeuge die ausschließlich gegen Personen gerichteten Kugeln aus US-Beständen ab. Die leeren Kanister der CBU/52 habe ich in Tyrus mit eigenen Augen gesehen.

Im Südlibanon ist jeder, gleich ob er mit dem Widerstand des palästinensischen Volkes sympathisiert oder nicht, ob er Christ oder Mohammedaner ist, potentielles Opfer der israelischen Aggression. Ganz besonders gilt dies natürlich für die



Verteidigungsstellung der Libanesischen Nationalbewegung und der PLO

libanesischen Verbündeten des palästinensischen Widerstands, die Libanesische Nationalbewegung,² im Prinzip aber für alle, die sich heute gegen die Abtrennung libanesischer Separatstaaten aussprechen.

Die libanesischen Verbündeten der Zionisten erweisen sich bei den Terroraktionen als gelehrige Schüler ihres Herrn und Meisters: Bei den Machtkämpfen zwischen Kataeb und Nationalliberaler Partei Anfang Juli 1980 richteten die Milizen der Kataeb (die Phalange) in Safra ein grauenvolles Massaker unter Zivilisten an, das den gewiß nicht zimperlichen Führer der Milizen der Nationalliberalen Partei, Dany Chamoun, zu der Aussage veranlaßte: „Die Kataeb – das sind Nazis, die ihr sogenanntes Christentum verschachern wollen. Sie wollen, daß keine anderen Christen als sie selbst im Libanon bleiben.“³

Die Kollaboration zwischen Israel, den Haddad-Separatisten und der Kataeb ist kaum noch als Konspiration, als „geheime Verschwörung“ zu bezeichnen. So war der seit Israels Südlibanonkriegszug im März 1978 schwerste israelische Aggressionsakt von Mitte August 1980 sowohl mit den Haddad-Truppen und ihren gegen die UNIFIL-Soldaten gerichteten Aktionen, als auch mit der Phalange, die gleichzeitig den Hafen von Beirut beschoß, offensichtlich genau koordiniert.⁴

Schon 1979, als Saad Haddad im Süden das Separatgebilde „Freies Libanon“ schuf, das umgehend vom damaligen israelischen Verteidigungsminister E. Weizman „anerkannt“ wurde, erklärte Camille Chamoun, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei: „Wir brauchen eine solche libanesischen Kraft, die im Süden für die Befreiung des Libanon und nicht für einen Teil davon kämpft. Saad Haddad ist kein Verräter, wie er von der offiziellen und nichtlibanesischen Propaganda dargestellt wird. Seine libanesischen Gefühle sind loyal und rein.“⁵ Und Pierre Gemayel, der Führer der Kataeb, rechtfertigte Haddads Verrat mit den Worten: „Die Fortdauer der Unterdrückung im Süden (durch die Palästinenser; d. Verf.) würde, das sage ich ganz offen, zur Errichtung eines Staates im Libanon führen, der weit gefährlicher und aggressiver als Israel ist.“⁶

So falsch es ist, die Frontlinie der Kontrahenten im Libanon zwischen die beiden großen Religionsblöcke, Christentum und Islam, zu verlegen (wie es in den bürgerlichen Medien üblich ist), eine undifferenzierte Zuordnung hier Libanesischen Nationalbewegung und palästinensischer Widerstand (= Moslems) und dort Kataeb, Nationalliberaler Partei und Haddad-Milizen (= Christen) wäre ebenfalls nicht korrekt. Im Libanon geht es nicht mehr in erster Linie um den Widerspruch zwischen herrschender Klasse aus Feudalbesitzern und Kapitalisten einerseits und Arbeiterklasse und Bauern andererseits, sondern um die nationale Existenz.

Ringens um die nationale Existenz

Gewiß, die herrschende Klasse des Libanon setzt sich zu rund 75% aus Angehörigen der christlichen Maroniten zusammen; und die entscheidenden Funktionen im Staat – das Präsidentenamt, das Oberkommando der Armee, die Sitzmehrheit im Parlament und die wichtigsten militärischen und zivilen Posten – werden seit 1943 von Maroniten eingenommen. Aber es gibt eben auch unter den „christlichen“ Großgrundbesitzern einflußreiche Kräfte wie z.B. um den früheren libanesischen Präsidenten Suleiman Frangie (dessen Sohn von den reaktionären Milizen ermordet wurde), die aus nationalen Motiven gegen die separatistischen Bestrebungen Haddads und Gemayels und deren Kollaboration mit Israel sind.⁷ Es gibt Städte, wo die Vertreter der christlichen Bevölkerungsmehrheit (z.B. in Saida) konstruktiv mit den Vertretern der Nationalbewegung in der Stadtverwaltung zusammenarbeiten.

Diese Kräfte sind es, die wie die Nationalbewegung, wie der palästinensische Widerstand und – nicht zu vergessen – die rund 40.000 syrischen Soldaten im Libanon, an der territorialen Einheit und Souveränität Libanons unmittelbares, wenn auch unterschiedliches Interesse haben.

Umgekehrt ist aber auch klar, worin Israels Interesse an politischer und militärischer Instabilität im Nachbarland Libanon liegt. Denn solange der palästinensische Widerstand ei-

nen Großteil seiner Kraft aufs Überleben, auf die Verteidigung seiner Lager und auch der libanesischen Ortschaften konzentrieren muß, wird der Kampf um die Befreiung der Heimat Palästina hintanstellen. Diese Rechnung ist einfach und zynisch – eine Rechnung der Zionisten. Die Separatverträge von Camp David haben sie einkalkuliert.

George Haoui, Generalsekretär der Libanesischen KP und stellvertretender Vorsitzender der Libanesischen Nationalbewegung, warnte im vergangenen Jahr, daß Israel, durch Camp David der Konfrontation im Süden ledig, „sich dem Nordosten zuwenden und eine ähnliche verräterische Lösung zu finden versuchen wird. Es wird sich gegen den Libanon wenden, um die nationale Befreiungsbewegung und den palästinensischen Widerstand zu vernichten und seinen Plan zu realisieren versuchen, in unserem Land einen zionistischen Staat zu schaffen, den Libanon zu 'zionisieren'." ⁸

Es scheint, daß sich dessen auch libanesischen Regierungskreise bewußt wurden, als Israel, Haddad und reaktionäre Milizen im August 1980 ihre koordinierten Provokationen begannen.

Israels Drang nach Norden

Nach Presseberichten in libanesischen Tageszeitungen vom 18. August 1980 stellte die libanesischen Regierung fest, daß die israelischen Überfälle das Vorspiel für eine langfristig geplante und breit angelegte Aktion seien; deren Ziel: Ausweitung des im Süden von Haddad und Israel okkupierten Grenzstreifens nach Norden, um eine direkte Verbindung zu den von den Kataeb beherrschten Regionen herzustellen.

Es ist interessant, daß sowohl die libanesischen Regierung als auch die Libanesischen KP und PLO-Vorsitzender Y. Arafat übereinstimmend in verschiedenen Erklärungen einen Zusammenhang zwischen den israelischen Militäraktionen vom August 1980, den Camp-David-Vereinbarungen und der umfassenden Unterstützung der US-Regierung für Israel sahen. ⁹

Diesen höchst „explosiven“ Zusammenhang hatte schon während meines Aufenthaltes in Beirut im Juli d.J., als es noch vergleichsweise „ruhig“ im Libanon war, Abu Saleh, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, besorgt aufgezeigt, als er vor der Gefahr einer „massiven israelischen Aggression“ noch im Jahre 1980 warnte. Der Widerstand der palästinensischen Massen in den von Israel okkupierten Gebieten gegen Camp David habe diese Vereinbarung zum Scheitern verurteilt, argumentierte Abu Saleh. Für die Zionisten gebe es nur einen Ausweg aus der Sackgasse, eine neue Aggression gegen den Libanon und den palästinensischen Widerstand. Dennoch: „Die pax americana aber kann uns nicht aufgezogen werden, sie kann uns schwächen, aber nicht liquidieren.“ ¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu die Libanon-Reportagen der Autorin in: Unsere Zeit, 8.-16.8.1980
- 2) Die Libanesischen Nationalbewegung ist die Einheitsfront der nationalprogressiven Kräfte des Landes unter Vorsitz Walid Djoumbat, des Sohnes des 1977 ermordeten Kamal Djoumbat. Ihr gehören die Sozialistische Fortschrittspartei unter W. Djoumbat, die Libanesischen Kommunistische Partei, die Organisation der Kommunistischen Aktion sowie nasseristische, baathistische und andere nationaldemokratische Gruppierungen an. Die Libanesischen Nationalbewegung hat im Februar d.J. einen Vorschlag für eine politische Lösung der Libanonkrise vorgelegt, dessen Essentials in der Erklärung der Pariser Libanonkonferenz vom Juni 1980 (Wortlaut siehe nachstehend) zusammengefaßt sind.
- 3) PLO Information Bulletin, Beirut, Nr. 13/ 16.-31.7.1980, S. 26
- 4) Vgl. dazu ADN-Meldungen, Berlin, 13., 18., 19., 21. und 22.8.1980
- 5) The Isolationist-Israeli Alliance is a phenomenon that threatens the unity of Lebanon and its sovereignty over its land. Paper for the World Congress for Solidarity with the Lebanese people, Paris, 16.-18.6.1980. S. 9f.
- 6) Ebenda, S. 10
- 7) Vgl. George Haoui, For Lebanese unity and arabism, in: Tricontinental, Havanna, Nr. 64, 1979, S. 99
- 8) Ebenda, S. 94
- 9) Vgl. ADN, 18., 21. und 24.8.1980
- 10) Abu Saleh am 21.7.1980 in Beirut gegenüber einer Journalistengruppe, der die Autorin angehörte.

Erklärung der Pariser Libanon-Konferenz



Überzeugt, daß die Frage der Freiheit unteilbar und die Verantwortung für ihre Verteidigung eine internationale Verantwortung ist, die allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Welt obliegt und in Anbetracht der Tatsache, daß der Kampf, der sich in der arabischen Region abspielt ebenso wie die Fortführung der Aggression der imperialistischen, zionistischen und reaktionären Kräfte gegen die arabische Nation die Interessen, die Sicherheit und den Frieden aller Völker der Welt berührt, hat das Weltsekretariat der Solidarität mit dem arabischen Volk und seiner zentralen Sache – Palästina – mit der Unterstützung der demokratischen französischen Kräfte in Paris vom 16.-18. Juli 1980 den Weltkongreß der Solidarität mit dem Libanesischen Volk abgehalten, an dem 250 Delegierte, Vertreter von mehr als 125 öffentlichen Einrichtungen, Parteien und Weltorganisationen aus mehr als 60 Ländern teilgenommen haben.

Die Teilnehmer haben die verschiedenen Aspekte der libanesischen Sache untersucht und ihre große Besorgnis über das Blutvergießen ausgedrückt, unter dem das Land seit 5 Jahren leidet, über die wiederholte israelische Aggression gegen die libanesischen und palästinensischen Völker, über die Deportationen, den Ruin und die großen ökonomischen und menschlichen Verluste und die Gefahren, die das Schicksal des Libanon, seine territoriale Einheit, seine arabische Identität und die Zukunft seiner Demokratie bedrohen. Der Kongreß konnte feststellen, daß das, was sich auf libanesischem Boden abspielt, Teil des Rahmens der fortgesetzten israelischen Aggression ist und von den USA gegen die arabische Nation und ihre nationale und soziale Befreiungsbewegung unterstützt wird. Die Vereinbarungen von Camp David bilden eines der wichtigsten Kettenglieder dieser Aggression. Die Kongreß-Teilnehmer haben mit Befriedigung die Un-

terstützung gewürdigt, die unter den breitesten Teilen der öffentlichen Meinung der Welt nicht zu wachsen aufhört, und zwar für das Sehnen der arabischen Volksmassen nach einer vollständigen nationalen Befreiung, nach der Verwirklichung einer gerechten Lösung für die palästinensische Sache. Die Teilnehmer haben ebenfalls die Sympathie und die internationale Unterstützung hervorgehoben, die sich unaufhörlich mit den Zielen der arabischen Volksmassen weiterentwickeln und die Verwirklichung der arabischen nationalen Einheit und der Demokratie, Herr zu werden über ihre natürlichen Ressourcen und auf dem Weg der Entwicklung und des sozialen Fortschritts voranzuschreiten. Sie haben in dieser Hinsicht die Unterstützung der demokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte in Westeuropa, der nationalen Befreiungsbewegungen der Welt und der Staaten des sozialistischen Lagers, insbesondere der Sowjetunion, gewürdigt. Die Kongreß-Teilnehmer haben auch bekräftigt, daß das Wesen der Vereinbarungen von Camp David (vom September 1978, siehe AIB, Nr. 11-12/1978, S. 26-29; d. Red.) auf der Ignorierung der nationalen und fundamentalen Rechte der arabischen Nation, auf der Unterstützung und Ermutigung der Politik der Aggression, der Expansion und der Okkupation gegründet ist, die von Israel mit dem Ziel betrieben wird, die Region unter amerikanische Vorherrschaft zu bringen mittels der Einrichtung von auf Aggression gerichteten Militärbasen und der Zusammenfassung der Länder der Region in Militärbündnissen, und dies, um den Raub und die wachsende Ausbeutung ihrer Reichtümer zu erleichtern. Die Teilnehmer haben versichert, daß die Vereinbarungen von Camp David keinesfalls ein Einstieg in einen gerechten Frieden in der Region sind, sondern im Gegenteil ein Faktor der Ermutigung zur Aggression, zur Besetzung von noch mehr Territorien und zur Wiederbelebung der lokalen Konflikte sind, was nicht nur einen Widerspruch zu den legitimen Zielen der arabischen Welt, sondern auch eine ernste Bedrohung für den gesamten Weltfrieden darstellt. Das Drama, welches das libanesische Volk durchlebt, ist dafür der beste Beweis, und zwar derart, daß es direktes Ergebnis der Manöver ist, die das Terrain der Vereinbarungen von Camp David vorbereitet haben und ein Versuch, diese Vereinbarungen aus der Krise herauszuführen, in die sie geraten sind. Davon zeugen die Verstärkung des israelischen Krieges gegen die Völker des Libanon und Palästinas, die Okkupation von mehr als 10% des libanesischen Territoriums durch Israel, die Bildung einer lokalen Kraft durch letzteres im Rahmen seines Vorhabens, das darauf abzielt, seine partielle Herrschaft auf das ganze Land auszudehnen, ebenso wie seine Maßnahmen zur Errichtung eines faschistischen Regimes, das alle demokratischen Freiheiten zerstören würde und mit Gewalt die konfessionellen und sozialen Vorrechte verteidigen würde, entgegen der Hoffnung der großen Mehrheit der Libanesen auf Demokratie und Veränderung. Davon zeugen auch die fortgesetzten Aktionen durch die Kräfte des israelisch-konfessionellen Paktes, die auf die Liquidierung des palästinensischen Widerstands und das Verächtlichmachen der Identität des arabischen Libanon mit dem Ziel seiner Verwandlung in einen Stützpunkt von Komplotten gegen die arabischen Kräfte des Widerstands und der Standhaftigkeit und in erster Linie gegen Syrien.

Nach der Untersuchung der Perspektiven der libanesischen Sache, nach Prüfung der Grundlagen einer politischen Lösung für die blutige Krise und nach Anhörung der bewegenden Zeugenaussagen über die großen Opfer, die das libanesische Volk geleistet hat und noch leistet, erklärt der Weltkongreß der Solidarität mit dem libanesischen Volk:

1. Der Kongreß verurteilt die Komplote der USA und Israels und besonders die Vereinbarungen von Camp David, da sie die nationalen und ständigen elementarsten Rechte des palästinensischen Volkes leugnen, Israels Okkupation absegnen und es dazu ermutigen, noch mehr arabisches Land zu okkupieren.
2. Der Kongreß verurteilt die ständige Aggression Israels im Libanon und seine flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libanons im Bündnis mit den konfessionellen und faschistischen Kräften sowie seine Okkupation eines Teils des Südlibanon, die ständig die internationale öffentliche Meinung und klare Resolutionen der Weltgemeinschaft bzw. der UNO mißachtet.
3. Der Kongreß brandmarkt die konfessionellen und faschistischen Kräfte, die im Libanon selbst an der Durchführung des Komplotts von Camp David arbeiten, mit dem Ziel, den Libanon zu spalten, seine Souveränität zu unterminieren, die Versuche, eine politische friedliche Lösung zu seiner Krise zu finden, zu vereiteln und seine arabische Identität zu verleumdern, und versuchen, ihren Willen mit Gewalt und Terror gegen das libanesische Volk und besonders gegen die Mehrheit seiner Christen durchzusetzen, gegen ein Volk, das bekannt ist für sein authentisches Erbe des brüderlichen Zusammenlebens in arabischer Verbundenheit und im demokratischen Kampf, für seine Pioniere im arabischen nationalen Erwachen und für seine Bereicherung der arabischen Sprache und Kultur.
4. Der Kongreß erklärt seine Unterstützung für den Kampf, den die Libanesische Nationalbewegung, der palästinensische Widerstand und Syrien gegen die Hegemonie der USA, des Zionismus und der

Reaktion führen.

5. Der Kongreß bekräftigt seine Unterstützung für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, eingeschlossen sein Recht auf Rückkehr in sein Vaterland, auf Selbstbestimmung und auf die Errichtung eines nationalen Staates auf dem Boden seines Vaterlandes unter Führung der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.), seiner einzigen und alleinigen legitimen Repräsentantin.
 6. Der Kongreß bekräftigt seine Unterstützung für den Kampf, den die Front des Widerstands und der Standhaftigkeit gegen die imperialistischen, zionistischen und reaktionären Komplote führt und erklärt seine Unterstützung für die Positionen und den Widerstand Syriens, das den größten Teil des Kampfes gegen die Komplote von Camp David und die reaktionären Sabotageakte trägt.
 7. Der Kongreß erklärt seine Unterstützung für den Kampf, den das ägyptische Volk gegen das Vasallenregime von Sadat unter Führung seiner nationalen Bewegung führt, die das wahre nationale und demokratische Gesicht Ägyptens repräsentiert.
 8. Der Kongreß bekräftigt seine Unterstützung für das Recht des libanesischen Volkes auf die Souveränität auf seinem Boden, auf seine Unabhängigkeit, auf die Einheit seines Territoriums und seines Volkes, auf seine arabische Zugehörigkeit und auf sein Recht, das Leben des Landes auf eine demokratische Basis zu gründen – die *conditio sine qua non* für die Entwicklung des Landes, seinen Fortschritt und für die Übernahme seiner patriotischen und nationalen Verantwortlichkeiten.
 9. Der Kongreß ruft zum sofortigen Rückzug der zionistischen Okkupationskräfte aus dem Südlibanon auf, zur Unterstützung für die Ausdehnung der libanesischen Souveränität auf das ganze libanesische Gebiet, um das von Kollaborateuren im Grenzgebiet geschaffene Gebilde zum Verschwinden bringen, der Aggression Israels gegen die zwei Völker des Libanon und Palästinas Einhalt gebieten zu können, die israelischen Provokationen und die Terrorakte gegen die Interimskräfte der UNO im Libanon (FINUL) zu stoppen. Um dies zu tun, ruft der Kongreß zur Anwendung der Resolutionen des Sicherheitsrates, die den Südlibanon betreffen, auf.
 10. Der Kongreß würdigt und unterstützt den Kampf des libanesischen Volkes unter der Führung seiner nationalen Bewegung und ist sehr erfreut über die einzigartige Erfahrung, die von dieser Bewegung gemacht wurde, welche sehr auf ihre Einheit und die Unabhängigkeit ihres Willens und ihrer Entscheidung bedacht ist, und dies im Rahmen ihrer demokratischen Aktion auf dem Wege und den Prinzipien ihres Gründers, des Märtyrers Kamal Djourumlat. Der Kongreß grüßt ebenfalls die Kampfgemeinschaft zwischen dem palästinensischen Widerstand und der Libanesischen Nationalbewegung.
 11. Der Kongreß erklärt seine völlige Unterstützung für die politische Initiative, die von der Libanesischen Nationalbewegung im Februar 1980 unternommen wurde, eine Initiative, der die Unterstützung des größten Teils der libanesischen öffentlichen Meinung und seiner politischen Kräfte gewährt wurde. Die Initiative wurde zum großen Teil in das Vorhaben aufgenommen, das von der Regierung des Präsidenten Sarkis für die nationale Versöhnung vorgeschlagen wurde.
- Der Kongreß bekräftigt, daß diese Initiative, die zu einer politischen Lösung aufruft, welche die nationalen libanesischen Grundlagen schützt, die eine Wiedererrichtung seiner Institutionen und besonders seiner militärischen Einrichtungen auf einer ausgeglichenen und demokratischen Grundlage ermöglichen, die jegliche konfessionelle Unterscheidung zwischen Libanesen abschafft, den einzigen Weg des nationalen Wohles für das libanesische Volk darstellt und das einzige Mittel ist, um die Wiederaufnahme der Kämpfe zu verhindern. Der Kongreß ruft, indem er das beigefügte detaillierte Solidaritätsprogramm annimmt, im Interesse jeglicher Hilfe für das libanesische Volk und seine nationale Befreiungsbewegung auf politischer, materieller und informeller Ebene alle Kräfte, Parteien, Organisationen und die internationale demokratische Öffentlichkeit, die der Freiheit und dem Frieden zugetan sind, zur Unterstützung des libanesischen Volkes für den Sieg seiner Sache auf: für den arabischen, demokratischen und vereinten Libanon. Der Kongreß ruft ebenfalls zur Anwendung aller Formen des Kampfes und des Drucks auf, um die Waage zum Vorteil einer politischen Lösung der libanesischen Kräfte auszuweichen zu lassen, damit in diesem Land die Stabilität und der Frieden regiere und damit sein Volk, das an seinem Recht auf Leben hängt, seine Rolle in Sachen des arabischen Kampfes und in Sachen der Freiheit und des Friedens in der Welt wiederfindet.
- (Quelle: Declaration de Paris. Le Congrès International de Solidarité avec le peuple Libanais, Paris, 16.-18. Juni 1980)

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

Wolfram Brönner
Afghanistan

Revolution und
Konterrevolution



Marxismus aktuell

Wolfram Brönner

Afghanistan

Revolution und Konterrevolution

Taschenbuch,
erscheint Anfang Oktober d. J.
Umfang ca. 284 Seiten
Preis ca. 14,- DM

Zur Jahreswende 1979/80 erfuhr Afghanistan plötzlich Weltgeltung. Mit „Afghanistan“ rechtfertigten die Herrschenden der westlichen Hauptländer alles und nichts. Was verlieh ausgerechnet diesem bettelarmen, weltabgeschiedenen Land am Hindukusch solche Bedeutung? Was waren die Hintergründe der zählebigen Weltkrise um Afghanistan? Warum sollte Afghanistan zum Stolperstein des Entspannungsprozesses werden?

Diesen und anderen Fragen der internationalen Dimension der Afghanistan-Krise geht dieses Buch nach. Insbesondere wird hierbei der Nachweis geführt, daß die Internationalisierung des Kampfes um Afghanistan längst vor dem 27./28. Dezember 1979, dem Sturz des Amin-Regimes, einsetzte. Genau im Frühjahr 1979 begann demnach unter CIA-Regie die bewaffnete Offensive gegen die afghanische Revolution, hauptsächlich von pakistanischem Boden aus und mit der konzertierten Unterstützung Pakistans, der USA und Chinas.

Doch zu diesem äußeren Interventionismus kam noch ein zweiter maßgeblicher Auslöser der Afghanistan-Krise hinzu, der in diesem Buch ausführlich behandelt wird, die dramatische Zuspitzung der inneren Widersprüche in den Reihen der regierenden Volksdemokratischen Partei Afghanistans. Der Autor untersucht sie auf dem Hintergrund der sozialen Veränderungen in Afghanistan seit der April-Revolution 1978. Er wendet sich gegen Stimmen, die das Vorhandensein eines revolutionären Prozesses in Afghanistan bestreiten.

Das Buch zeigt auf, wie es zum April 1978 kam, was sich unter den Regierungen Taraki, Amin und Karmal zutrug. Es diskutiert Art und Motive des sowjetischen Eingreifens in Afghanistans und die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses zu einer „wirklichen Volksrevolution“.

Neben Fotos, Karten und Situationsberichten enthält das Buch zahlreiche erstmals im Ausland veröffentlichter Grundsatzdokumente u. a. der Volksdemokratischen Partei Afghanistans.

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (0611) 571051

Verlag Marxistische Blätter

Paul Maaskola

Putsch der türkischen Generäle

Im Morgengrauen des 12. September 1980 putschte das türkische Militär. Regierung und Parlament wurden aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Das Kriegsrecht, das in bereits 20 türkischen Provinzen galt, wurde auf das ganze Land ausgedehnt. In vielen Städten wurden die Bürgermeister durch Generäle abgelöst. Parteien, Gewerkschaften und Verbände wurden für aufgelöst erklärt, jede politische Betätigung verboten und der bis dahin amtierende Premierminister S. Demirel, Oppositionsführer B. Ecevit sowie weitere Politiker unter Arrest gestellt.

Der Putschgeneral, Generalstabschef Kenan Evren, stellte sich an die Spitze eines Nationalen Sicherheitsrates, zusammengesetzt aus den Oberbefehlshabern von Heer (N.Ersin), Luftwaffe (T. Sattinkaya), Marine (N. Tumer), paramilitärischer Gendarmerie (S. Celasun) sowie dem Befehlshaber der Ägäis-Streitkräfte (H. Saltik).

Der Ruf nach „nationaler Einheit“

Eine Überraschung war die Machtübernahme der Militärs nicht. „Eine politische Lösung liegt nicht auf der Hand“, schätzte die International Herald Tribune am 16./17. August 1980 die Lage in der Türkei ein. Und nur wenige Stunden vor dem Putsch schrieb die Londoner Times: „Wenn Militärputsche zyklisch stattfinden, dann wäre jetzt die Türkei an der Reihe.“¹

Die Militärs hatten indessen ihre Marschrichtung bereits am 1. Januar 1980 angekündigt. Unter Führung K. Evrens hatten die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen – nunmehr allesamt Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates – in einer Botschaft an den türkischen Staatspräsidenten erklärt, die Armee sei einig darüber, daß die „Parteien abermals gewarnt werden müssen, gemeinsam Maßnahmen zur Wiederherstellung der nationalen Einheit zu ergreifen“. Die Nation habe keine Geduld mehr mit denjenigen, die die verfassungsmäßige Freiheit mißbrauchten, die Internationale statt der Nationalhymne sängen, eine Rückkehr zur islamischen Rechtsordnung wünschten oder die Demokratie durch Faschismus, Anarchie und Zerstörung ersetzen wollten.²

Mit dem Ruf nach nationaler Einheit forderte dieses programmatische Ultimatum die Beilegung der Konflikte zwischen den verschiedenen Richtungen der türkischen Bourgeoisie und die Zusammenarbeit der regierenden Gerechtigkeitspartei S. Demirels mit der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) B. Ecevits. Dies sollte mit dem Ziel geschehen, die massiven Tarifikämpfe auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu beenden, die Forderungen des kurdischen Volkes gegen seine nationale Unterdrückung zu ersticken und durch das Schüren von Differenzen zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen im Lande den Einfluß der antiimperialistisch-sozialen Errungenschaften in den ebenfalls islamischen Nachbarländern Iran und Afghanistan zu neutralisieren. Außenpolitisch drängten die Militärs auf eine stärkere Zusammenarbeit mit den USA und der NATO,



auch um aus der erhöhten militärisch-strategischen Bedeutung der Türkei als NATO-Vorposten (siehe AIB 7-8/1980, S. 40-41) zu profitieren. Diese Ziele der türkischen Armeespitze stimmen mit den Interessen des einheimischen und ausländischen Großkapitals und denen des US-Imperialismus wie der NATO vollends überein.

Außenpolitisch konnten sich in der Folgezeit die Generäle weitgehend durchsetzen. Ende März d.J. wurde zwischen der Türkei und den USA ein Militärpakt geschlossen, der den USA nicht nur Nutzungsrechte von Militäreinrichtungen zusichert sondern – wie die britische Zeitschrift New Statesman am 20.6.1980 enthüllte – US-Truppen gestattet, von türkischen Basen aus auch jenseits der NATO-Grenzen tätig zu werden. So konnten dann auch am 28. April d.J., unmittelbar im Anschluß an die mißglückte US-Invasion im Iran zwei US-Transportmaschinen mit je 90 Mann in voller Ausrüstung in Erhac/Südostanatolien landen.³

Von dem stark gewachsenen proamerikanischen Einfluß in der türkischen Armeespitze zeugte auch das seit 1960 erstmalige Stattfinden des NATO-Ministertreffens am 25./26. Juni d.J. in Ankara. Zuvor war man aus Rücksicht auf die im türkischen Volk starke Gegnerschaft zur NATO und den USA gezwungen gewesen, in der Türkei auf Bündnis- und Machtdemonstrationen dieser Art zu verzichten. Verfehlt wäre es, die Streitkräfte generell als antinational

und proimperialistisch einzustufen. Antiimperialistische Offiziere versuchten es nicht zuletzt 1971 mit einem Staatsstreich, der jedoch scheiterte. Auch ist die 485.000-Mann-Armee – die zahlenmäßig stärkste der NATO – nicht ohne weiteres gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, stammt doch immerhin ein Großteil der z.Zt. 310.000 Wehrpflichtigen (davon 40% Analphabeten) und ein Teil der höheren Dienststränge unmittelbar aus den unterprivilegierten Bevölkerungsmassen der Türkei.⁴

Es ist vor allem die Armeespitze, vorab Putschgeneral Kenan Evren, die die Bündnistreue zur NATO und den USA personifiziert. Als die reaktionäre türkische Regierung 1950 als einzige in der Welt den USA ein stärkeres Truppenkontingent für den Koreakrieg zur Verfügung stellte, kämpfte Kenan Evren als Offizier in diesem Krieg, der keinerlei türkische Interessen berührte.

Daß das etwa 5000 Mann starke Obristenkontingent aber dermaßen stark an der innenpolitischen Entwicklung interessiert ist, folgt aus seiner wirtschaftlichen Situation. Die türkische Generalität gleicht einem „kollektiven Großunternehmer“, deren ökonomische Basis die 1961 gegründete Unterstützungskasse der Armee (OYAK) ist. Da jeder Berufs- und Reserveoffizier an diesen – auf Anraten von US-Beratern gegründeten – Fonds 10% seines Monatsolds abführen muß, konnte die OYAK in 10 Jahren ihre Nettoreserven soweit erhöhen, daß sie durch rentable Investitionen zur gegenwärtig zweitgrößten Unternehmergruppe in der Türkei aufsteigen konnte.

Die Generalität – ein „kollektiver Großunternehmer“

Beteiligungen hält die OYAK außer in der Rüstungsindustrie bei den Tochtergesellschaften internationaler Großkonzerne wie Goodyear, International Harvester, Mobil Oil, Shell und Hilton. Die zu 44% OYAK-Firma Renault in Bursa z.B., mit 44% Kapitalanteilen der OYAK, hält seit 1977 mit über 50% die Spitze am türkischen Automobilmarkt. Die Gewinne aus diesen Beteiligungen beliefen sich 1977 offiziell auf 335 Mio Türkische Pfund (TL), 130 Mio mehr als die der nächstgrößeren Finanzgruppe, der Is-Bank. Die Verwalter des riesigen Finanzfonds mit einer Bilanzsumme von ca. 4 Mrd TL (1979) sind der Armeegeneralstab und die Oberbefehlshaber der Waffengattungen, die Putschgeneräle des 12. September also.⁵

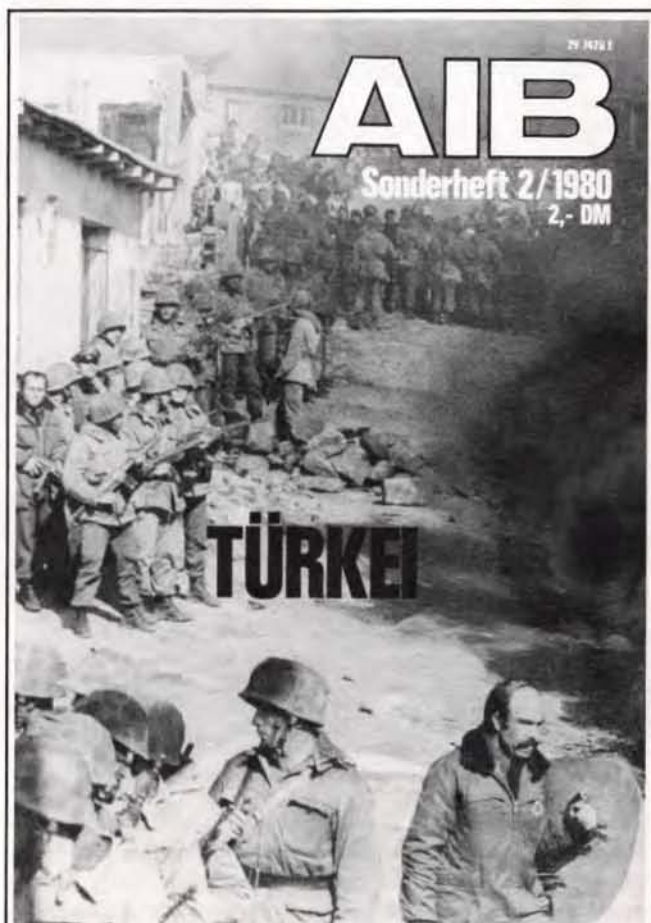
Es versteht sich, daß die Generäle auch aus massivem Eigeninteresse darauf drängten, daß ihre innenpolitischen Forderungen vom 1. Januar d.J. durch die Regierung verwirklicht würden. Trotz der bisher größten internationalen Finanzhilfe für die Türkei, die, vom bundesdeutschen Finanzminister H. Matthöfer organisiert, innerhalb weniger Monate 3 Mrd US-Dollar für 1980 mobilisierte, war die konservative Regierung unter S. Demirel nicht in der Lage, die türkische Wirtschaftskrise (Inflation 120%, Arbeitslosigkeit rund 20%) zu überwinden. Die zweite Hauptbegründung der Putschisten war, den Zustand von „Anarchie“ und „Terror“ zu beseitigen.⁶ In der Tat stieg die Anzahl der Opfer politischer Mordanschläge pro Tag in den ersten Septemberwochen d.J. auf bis zu 35. Den vorwiegend faschistischen Terroranschlägen erlag am 22. Juli 1980 der seit 1953 amtierende Vorsitzende der Metallgewerkschaft Maden-Is, Kemal Türkler. Aber auch die Rechte hatte gewichtige Opfer zu beklagen. Am 25.7.1980 wurde Nihat Erim, Expremierminister unter der 1971 installierten Militärdiktatur, von der ultralinken Geheimorganisation Dev Sol ermordet.⁷ Das so erzeugte bürgerkriegsähnliche Klima begünstigte den Militärputsch. Der Boden wurde ihm auch durch die Illegalisierungsversuche demokratischer Organisationen seitens des

Demirel-Regimes bereitet: Nach dem Verbot der linken Tageszeitung Demokrat hatte die Istanbuler Staatsanwaltschaft am 1.8.1980 das Verbot des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK beantragt.

Die von den bundesdeutschen Konservativen befürwortete „Radikalkur“⁸ seitens der türkischen Putschgeneräle läßt eine herbe Unterdrückung der demokratischen Bewegung des Landes erwarten.

Anmerkungen:

- 1) The Times, London, 12.9.1980
- 2) Frankfurter Rundschau, 3.1.1980
- 3) Der Spiegel, 23.6.1980
- 4) International Herald Tribune, Zürich, 25.6.1980
- 5) Angaben nach: Der Spiegel, 15.1.1979; die Tat, 25.1.1980
- 6) Tercüman, Neu-Isenburg, 13.9.1980
- 7) Afrique Asie, Paris, 1.9.1980
- 8) Die Welt, 13./14.9.1980



Vorankündigung:

TÜRKEI-SPEZIAL

erscheint in AIB 11-12/1980.

Auch als

Sonderheft 2/1980

erhältlich. 2,- DM + Porto.

Jetzt vorbestellen !

John Pilger

Angriff aus dem Hinterhalt – der neue Indochinakrieg



Pol-Pot-Soldaten an der thailändisch-kampucheanischen Grenze

John Pilger zählte zu den ersten westlichen Besuchern in Kampuchea nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes vom Januar 1979. Der Redakteur des britischen Daily Mirror wurde für seine Reportagen aus dem neuen Kampuchea 1979 zum Journalisten des Jahres gewählt. Im Sommer 1980 kehrte er nach Indochina zurück. Heraus kam dieser Bericht, der das Tausziehen um Kampuchea als zweiten Indochinakrieg der USA – und ihrer neuen Alliierten – offenlegt.

Ein paar Meilen von Kampuchea entfernt, an der thailändischen Grenze, liegt ein vorstädtisches Fort Apache (US-Militärlager; d. Red.); jetzt von rotem Schlamm überzogen, da sich der Monsun über Indochina festsetzt. Es ist eine Ansammlung attraktiver Häuser, auf Pfählen, die Thai-Familien beherbergen, welche in neuerworbener Prosperität leben. Deren Kleinlastwagen und plastikfolienverhüllte Honda-Motorräder, Kassettenrekorder und bezaubernden Kinder reflektieren die unternehmerischen Möglichkeiten des vergangenen Jahres, die ihnen die einzigartige Tragödie jenseits der Grenze geboten hat.

Es gibt einen Supermarkt, der sich mit „Pepsi Supermann“-Reklame und „zu vermieten“-Anschlägen präsentiert. (Mieten kann man hier fast alles; kurzfristig oder über längere Zeit. Doch das Geschäft ist ausschließlich in Händen von

Thais.) Und – es gibt hier auch Ausländer. Mit gesicherten Pensionen und nicht nur selbstlosen Motiven für ihre Anwesenheit, für die alle diese Dienstleistungen geboten werden. Der Katholische Hilfsdienst hat hier ein Haus, einen Hort für dringliche Aufgaben unter dem Kommando eines früheren Green Berets (Killerkommandos im Vietnamkrieg; d. Red.)-Offiziers, der nun Jesuitenpater geworden ist. Wenig davon entfernt liegt das Grenzhauptquartier der UNICEF, des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen, mit seinem schnoddrigen Rezeptionisten, dem Jahr-des-Kindes-Dekor und der Kühlschranksphäre seiner Klimaanlage.

„Retter“ im thailändischen Aranyaprathet

Und hier ist auch der World-Relief-Posten (US-amerikanische Hilfsorganisation; d. Red.) von dem aus 13 Missionare der Assembly of God (amerikanische Sekte; d. Red.) in die Rote-Khmer-Festung Sa Kaeo – örtlich als Flüchtlingslager der UN bekannt – ausschwärmen, um Tausenden undurchdringlichen Augenpaaren zu verkünden, Jesus Christus werde sie, wenn schon nicht ihre Opfer, sicher retten. Letztes Jahr kam Rosalynn Carter in dasselbe Lager und sagte, Amerika werde sie retten, was der Wahrheit wohl näher

kommt.

Das ist Aranyaprathet, Thailand, überlagert von Amarillo, Texas, und Saigon – bevor es „fiel“. Letzteres ist vielen Ausländern hier gut bekannt und in wehmütiger Erinnerung. (...)

Es gibt hier auch Geschäftsreisende in Sachen US-Regierung. Diese Männer leben und arbeiten in einem großen Haus mit einer Sendeantenne auf dem Dach und einer Flotte nummernschildloser weißer Kombis, die kommen und abfahren und ebenfalls Funkantennen tragen. Das ist die Operationsbasis der Kampuchea Emergency Group (KEG), deren Aktivitäten irgendwie der ansonsten umfassenden Medienberichterstattung über die humanitären Aspekte der Grenze entgangen sind.

Die Männer von KEG sind der US-Botschaft in Bangkok angegliedert, und sie erstatten nach verschiedenen Seiten Bericht an das Außenministerium, USAID (offizielle Hilfsorganisation der Regierung in Washington; d. Red.), den CIA, und, natürlich, den Botschafter Morton Abramowitz. Abramowitz ist China-Spezialist des Pentagon (US-Verteidigungsministerium; d. Red.). Er kam vor zwei Jahren als Nachfolger von Charles Whitehouse, einem Anwalt der „Normalisierung mit Vietnam“, nach Bangkok.

M. Abramowitz' Ernennung wurde von einer Bangkokener Zeitung mit folgendem Kommentar begrüßt: „Wie seine vergangenen Aktivitäten erkennen lassen, ist Abramowitz eine Hoffnung der USA in ihren Bemühungen, durch Zusammenarbeit mit China den sowjetischen und vietnamesischen Einfluß in Südostasien abzublocken.“

Abramowitz' Ernennung wie auch die Gründung der KEG beruhen auf Entscheidungen des Dr. Zbigniew Brzezinski, Präsident Carters Sicherheitsberater, der – wie man gerechterweise sagen kann – die Tätigkeit des Dr. Henry Kissinger als führender Kriegsherr des Westens weiterführt. Der gegenwärtige amerikanische Krieg in Indochina, in dem amerikanisches Blut, B-52-Bomber und die Produkte der DOW Chemical Company nicht nötig sind, ist sicherlich sein Werk. Herein kommt Lionel A. Rosenblatt, früher US-Botschaft-Saigon, jetzt „Flüchtlingskoordinator“ bei KEG, Thailand, von dem folgende Sätze stammen: „Ich habe das Gefühl, was wir hier machen, ist die angemessene Fortsetzung unseres Krieges in Vietnam. Ich glaube, es ist wichtig für Amerika, sich seiner Verantwortung in dieser Region zu erinnern, auch wenn es nicht mehr die hohe Sicherheitsschwelle gibt, die wir mit einer halben Million Männer hier hatten. (...) Okay, also die allgemeine Neigung geht dahin, Südostasien zu vergessen; das waren die 60er und die frühen 70er Jahre. Jetzt sagen wir, wir müssen uns hier engagieren, und es wird in den 80er Jahren ein zunehmendes Engagement der USA in Südostasien geben. Und die neue Front, wenn Sie so wollen, ist genau hier, in Thailand, okay?“ (...)

Die Mission der KEG ist in der Tat die „angemessene Fortsetzung“ (des US-Vietnamkrieges): sie besteht darin, über die Verteilung der Nachschublieferungen aus dem Westen zu wachen, die hauptsächlich durch die USA und die EG – inklusive Großbritannien – zur Verfügung gestellt, den Stellvertretern im neuesten Indochinakrieg zugute kommen, den „Guerilla-Streitkräften“ mit einer gesicherten Operationsbasis an der Grenze, nämlich den Roten Khmer, den verhältnismäßig gründlichsten Massenmördern der modernen Zeit, deren teuflische Verbrechen den Bau eines Auschwitz in Asien einschlossen – und die sogar der Präsident der Vereinigten Staaten als „der Welt schlimmste Verletzer der Menschenrechte“ bezeichnet hat.

Diese Strategie wird unter dem Deckmantel humanitärer Bemühungen durchgeführt. Ihr Ziel ist, um bei Dr. Kissinger eine Formulierung zu borgen, die „Destabilisierung“ von Kampuchea und, wichtiger noch, von Vietnam. Angestrebt werden die folgenden Auswirkungen: Isolation und Zer-

störung der Wirtschaft Vietnams, so daß sein Kampfgeist endlich gebrochen wird und seine Revolution sich dahingehend wandelt, daß ihr Erscheinungsbild dem brutalisierten, autoritären Image entspricht, welches ihr gegenwärtig vorgeworfen wird. (...)

Ein weiteres Ziel ist die Fortsetzung des ungewollten Krieges zwischen der UdSSR und China durch gegenseitiges Aufreiben und deren gegenseitige Angstpsychose vor dem „Expansionismus“ des anderen (Maos ursprüngliche Vorwürfe des Revisionismus sind ja nun, da Peking vom Klang der Musik (Öffnung nach Westen; d. Red.) erfüllt ist, zur Bedeutungslosigkeit verblichen.) Das ist Brzezinskis Strategie für die 80er Jahre. Und es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß dies auch die Reagan-Strategie sein wird.

Teile und herrsche, glaube ich, nennt man das.

Brzezinskis Indochinakrieg begann mit der Ankunft des Botschafters Abramowitz in Bangkok im Sommer 1978 und der darauf folgenden Aufgabe der momentan bestehenden Chance auf Frieden. (...)

Angesichts der realen Perspektive einer Hungersnot gab es (für Vietnam Ende 1978) auch keine andere Möglichkeit, als die Kontrolle der Auslandschinesen über den Reismarkt im südlichen Vietnam zu beenden, was wiederum den ersten grundlegenden und brutal vorangetriebenen Exodus der „Boat People“ (Flüchtlinge, siehe dazu AIB Nr. 9/1979; d. Red.) auszulösen half. Mit chinesischen Militärberatern an seiner Seite steigerte Pol Pot seine Angriffe auf das Reisland des „Papageienschnabels“ (Gebiet südlich von Saigon; d. Red.) auf ein Niveau fast täglicher Grausamkeiten in vietnamesischen Grenzdörfern. (...) Und nun (im Februar 1979; d. Red.) griff China mit Zustimmung aus Washington – von Brzezinski, nicht von Cyrus Vance – massiv aus dem Norden an.

Übereinkunft Washington-Peking

Vor drei Wochen trafen sich in Tokio Präsident Carter und der Vorsitzende Hua Guofeng zum ersten Male. Es war in der Tat „ein historisches Treffen“, wie ihr Sprecher emphatisch verkündete. Schließlich wurde hier die bemerkenswerte Allianz, von Kissinger und Nixon 1972 begonnen, mit Leben erfüllt: durch die stillschweigende Übereinkunft, daß das Pentagon China (natürlich nicht mehr „Rotchina“) aufrüsten werde; und durch das folgende Kommuniqué: „Es besteht grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China hinsichtlich der strategischen Perspektiven und insbesondere bezüglich der ... Invasion Kampuchea durch die von der UdSSR unterstützten Vietnamesen.“

Mit anderen Worten: Scheinbar hat Amerika die relativ vorsichtige Position, die Außenminister Cyrus Vance vor seinem Rücktritt eingenommen hat, aufgegeben. Sie bestand darin, daß Washington weder die Regierung in Phnom Penh, noch die Roten Khmer unterstützte.

Offenbar hat Amerika jetzt seine volle Zustimmung zur chinesischen Indochinapolitik gegeben: Vietnam soll unterworfen werden, durch Gewalt oder Auszehrung, und die Roten Khmer sollen wieder zur Macht gelangen, in einem „Demokratischen Kampuchea“ mit neuem respektablem Image, und, sollten die Amerikaner darauf bestehen, unter dem Mäntelchen einer „blockfreien“ Koalition. Die USA und ihre westlichen Partner spielen bereits ihre Rolle dabei, indem sie die „neuen“ Roten Khmer mit „Hilfsgütern“ versorgen.

Das bringt uns zurück zur thailändischen Grenze, wo die neue Front errichtet wird, und zu denen, die die amerikanische Seite dieses Handels erfüllen, oder – wie es die „Deer Hunter“ (Vietnamkriegs-Killer, nach einem US-Filmtitel; d.

Red.) der KEG sehen, das „steigende Engagement in den 80er Jahren“ verwirklichen. Die Identität des Chefs der KEG unterstreicht tatsächlich die unverminderte Kontinuität des amerikanischen Engagements in Indochina: Oberst Michael Eiland, ein illustrierter „Deer Hunter“. 1969/70 war Eiland, damals noch Major, Operationsoffizier einer geheimen Sondereinsatzgruppe unter dem Codenamen „Daniel Boone“. (...)

Als Vorgesetzter steht eine beherrschende, stattliche Figur mit gelber Baseballmütze über beiden, Rosenblatt und Eiland. Das ist Jack Williamson, in den frühen 70er Jahren der USAID-Mann in Laos während der „Destabilisierung“ dort. Er ist jetzt der wichtigste Mann des Pentagon in Thailand. „Williamsons Job,“ sagte man mir, „ist, darauf zu achten, daß die Thais nicht die Nerven verlieren, oder anfangen, sich mit dem zu befassen, was wichtig ist: Unterstützung für die antivietnamesischen Kräfte, und das heißt Pol Pot.“

„Khmer“-Einsatztruppe der Thai-Armee

Williamson „koordiniert“ und „berät“ die „Task Force 80“ (Einsatztruppe 80; d. Red.), eine spezielle Geheimdienst-Einheit der Thai-Armee, deren Aufgabe die „Überwachung“ der Grenzlager ist. Das bedeutet, daß Thai-Offiziere in Zivil Guerillagruppen innerhalb von Thailand und beim Rückmarsch nach Kampuchea kommandieren. Als ein Reporter des Philadelphia Inquirer das „Camp 42“ entdeckte, ein Khmer-Lager, das vollständig von Thais geführt wird, wurde er eingesperrt und sein Filmmaterial vernichtet. „Task Force 80“ bezieht die Mittel seines Budgets überwiegend direkt aus der US-Botschaft in Bangkok.

In den vergangenen paar Wochen hat die Fassade der humanitären Operationen entlang der Grenze begonnen zusammenzuberechnen. Man sollte nicht unterstellen, daß die internationalen und freiwilligen Hilfsorganisationen nicht in großem Maße Leben gerettet haben, als im letzten Jahr die Bevölkerung aus den Rote-Khmer-Enklaven auf der Suche nach Nahrung floh, noch sollte man die lauterer Motive vieler einzelner Vertreter der Hilfsorganisationen in Zweifel ziehen. Es sind gerade die engagiertesten unter den Helfern, die nun offen und mit wachsender Verbitterung über ihre Manipulation durch ihre eigene Bürokratie, durch die Militärs der Thais und die Amerikaner in Bangkok und an der Grenze sprechen.

Ein UNICEF-Mitarbeiter wurde nach New York zurückgerufen und mit Entlassung bedroht, falls er weiter öffentlich über diese Manipulation und vor allem über Vietnams humanitäre Unterstützung für Kampuchea spreche, für deren Existenz er selber Beweise gesehen hatte.

Für die Agenturleute wie ihn ist die „Repatriierung“ von 8.600 Menschen aus den Thai-Lagern der wundeste Punkt in der Debatte. Alle diese „Heimkehrer“ kamen aus dem Sakao-Camp, einem Lager innerhalb Thailands, das nominell unter Kontrolle der Hohen Flüchtlingskommission der UNO steht, tatsächlich aber von den Roten Khmer beherrscht wird, die Hilfsgüter und Einschüchterung verbreiten, abgesehen davon, daß sie Leute bis zum Hals eingraben – zum bloßen Zeitvertreib.

Die Roten Khmer sind durch die Hilfe des Westens in diesem Lager gut erholt und gemästet, und, wie ein UN-Beamter, der die erste Gruppe das Lager verlassen sah, feststellte, „sie sind bereit zum kämpfen... Wir schicken eine ganze Division dieser Bastarde zurück. Das ist wie eine Kriegserklärung.“ (...)

Der Chefkoordinator der Hohen Flüchtlingskommission der UNO Zia Rizvi versuchte, die Repatriierung zu verschieben, das wurde aber von den Thais abgelehnt. Wie vorauszusehen, antworteten die Vietnamesen auf diese Provokation mit

einem Angriff, der die „Landbrücke“ in Nong Chan unterbrochen hat, und der – vielleicht nur zeitweilig – die Nachschublieferungen der Agenturen für solche Rote-Khmer-Lager wie Phnom Malai und Ta Prik im Süden und Phnom Chat im Norden gestoppt hat.

Meine eigene Reise über die Grenze nach Phnom Chat brachte ein Panoptikum von Beweisen hervor, wie die UNICEF und das Rote Kreuz die Roten Khmer wieder aufgebaut haben und halfen, sie zu einer effektiven Macht zu formen, deren Truppenstärke nun auf 30.000 geschätzt wird; das bedeutet eine Verdoppelung ihrer Stärke seit Beginn der „Ernährung über die Grenzen hinweg“. (...)

Angst, nicht Hunger, ist nun Kampuchees Last. Es ist eine Angst, die sich durch jede Unterhaltung zieht, die sich gespenstisch in jedem zweiten Gesicht in jeder Menschenmenge widerspiegelt. „Wird Pol Pot zurückkommen?“ wurde ich immer wieder gefragt.

Trotz der Jahre des Bombardements und der westlichen Unterstützung Pol Pots durch die Hintertür gibt es gegenüber westlichen Ausländern wenig Xenophobie, die man in einer kleinen Nation, die so viel unter ausländischem Vandalismus gelitten hat, erwarten würde. Die traditionelle Khmer-Antipathie gegen die Vietnamesen ist auf Dauer verdrängt, und es gibt keinen manifesten „Haß“, von dem die an der Grenze viel Aufhebens gemacht haben.

Vietnamesische Soldaten spazieren auf den Märkten, unbewaffnet; ihre Disziplin hat gutes Ansehen; die Leute innerhalb Kampuchees wissen, daß nur sie zwischen ihnen und einem neuen Regime der Roten Khmer stehen. (...)

Khieu Samphan, der Pol Pot als „Premierminister“ des „Demokratischen Kampuchea“ ersetzt hat (siehe dazu Bericht von H. Meinke in AIB Nr. 2/1980; d. Red.), hat die internationale Presse in seinem Dschungelhauptquartier empfangen – mit freundlicher Unterstützung der Thai-Militärs. Der Times-Mann in Bangkok fand ihn als „jugendlichen, stattlichen Mann mit einem bereitwilligen Lächeln“ vor, der „wünschte, mit der Vergangenheit aufzuräumen“, und der sagte, „seine zukünftige Regierungspolitik sei es, die Freiheit für das Volk zu erstreben, eine Regierung jeglicher Ideologie zu wählen –, kommunistisch, kapitalistisch oder auf einem Mittelweg.“ Bis zum Erbrechen.

Aufpolierung des Killer-Images

Solche „objektiven“ Interviews mit einem Mann, der als Theoretiker hauptverantwortlich war für die Verbrechen gegen sein Volk, sind noch nicht allgemein üblich. Aber sie treten schon zutage, so als ob das, was die Roten Khmer getan haben, ein bloßes politisches „Problem“ sei, und nicht die Nazi-gleiche Mammutperversion, die es war.

Dr. Brzezinskis „Hintergrundinformations-Spezialisten“ streuen schon das Wort aus, ein „Demokratisches Kampuchea“ werde natürlich Teil einer Koalition sein müssen, mit oder ohne Prinz Sihanouk. Sihanouk hat diese Vision ziemlich gestört, indem er erklärte, er wolle mit den Schlächtern seines Volkes nichts zu tun haben. (...)

Pol Pots (oder Khieu Samphans) Repräsentant bei der UNO, der im Beekman-Tower-Hotel eine luxuriöse Suite bewohnt, hat gesagt, es gebe keinen Zweifel, daß, mit Washingtons und Pekings Unterstützung, die UN-Vollversammlung im September (1980; d. Red.) für die Legitimität seiner „Regierung“ stimmen werde. So fügt sich das Bild zusammen.

China, das einen Neujahrsfrieden abgelehnt hat, hat drei Divisionen an seine Grenze zu Vietnam verlegt, das nun im fünfunddreißigsten Jahr der Belagerung leidet. Wie „Deer Hunter“ Rosenblatt sagen würde, ist eine weitere „humanitäre Bemühung“ schon recht fortgeschritten.

(Quelle: New Statesman, 1.8.1980, S. 9-15)



AIB- Leserumfrage

Lieber Leser!

In diesem Jahr begeht das AIB sein 10. Jubiläum. Gerade in den letzten Jahren konnten wir viele neue Leser und Abonnenten gewinnen, Anlaß genug, Anregungen und Kritik aus unserer Leserschaft zu sammeln und auszuwerten.

Durch die (anonyme) Beantwortung unseres Fragebogens zu Inhalt, Aufmachung und Verbreitung des AIB helfen Sie mit, die älteste und größte bundesdeutsche Dritte-Welt-Monatszeitschrift weiterzuentwickeln. Bitte kreuzen Sie die Ihnen entsprechende(n) Antwort(en) an. Wenn Sie und darüber hinaus auch Ihre eigenen Kritikpunkte, Anregungen und Wünsche mitteilen würden, könnten Sie uns sehr helfen.

Auch falls Sie die eine oder andere Frage nicht beantworten möchten, würden wir uns sehr über die Rücksendung Ihres Fragebogens freuen.

Bitte trennen Sie den Fragebogen aus der Heftmitte heraus, und schicken Sie ihn ausgefüllt an uns zurück. Damit wir die Umfrageergebnisse in AIB 1/1981 veröffentlichen können, bitte spätestens bis zum 15. November 1980, mit 0,60 DM Briefporto frankiert, senden an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

- | | |
|--|--|
| 1) Ich bin Jahre alt | 7) Mein AIB-Exemplar hat ca. Mitleser |
| 2) Mein Beruf/Fach: | 8) Ich gebrauche das AIB in erster Linie |
| 3) Meine wichtigsten Informationsquellen (Tages-, Wochen- und Monatszeitungen/Zeitschriften) sind: | für die Solidaritätsarbeit 0 |
| | für das Studium/ |
| | in meinem Beruf 0 |
| | zur eigenen Information 0 |
| Ich lese ständig folgende weitere Dritte-Welt-Publikationen: | 9) Mir ist schon einmal eine AIB-Anzeige aufgefallen |
| | positiv 0 |
| | negativ 0 |
| 4) Ich bin Mitarbeiter einer Aktionsgruppe: | und zwar in |
| (zutreffendes bitte ankreuzen) | 10) Das AIB ist ausreichend aktuell: |
| zur Solidaritätsarbeit 0 | Ja 0 |
| in der Anti-Strauß-Bewegung 0 | Nein 0 |
| in einer anderen Initiative 0 | 11) Das Verhältnis von Themen/Theorien/Regionen/Ländern/Serien |
| 5) Ich bin Mitglied einer | sollte so bleiben 0 |
| Gewerkschaft 0 | müßte geändert werden 0 |
| 6) Ich wurde AIB-Leser 0 | Mein Vorschlag: |
| AIB-Abonnent 0 | |
| durch eine Anzeige 0 | 12) Das Verhältnis von Eigenbeiträgen und Dokumenten |
| eine Buchhandlung 0 | sollte so bleiben 0 |
| Büchertisch 0 | ich bin für mehr Dokumente 0 |
| Bekannte 0 | 13) Den AIB-Stil finde ich |
| Werbeprämie 0 | gut 0 |
| im AIB 0 | akzeptabel 0 |
| Abdruck eines AIB-Beitrages in einer | zu eintönig 0 |
| anderen Publikation 0 | Kritikpunkte: |
| | |
| | |

- 14) Ich wünsche
mehr, dafür kürzere Beiträge 0
längere, dafür weniger Beiträge 0
daß es so bleibt wie bisher 0
- 15) Das Verhältnis Bild/Text sollte
so bleiben 0
geändert werden 0
zugunsten
- 16) Wenn ich das neue AIB erhalte, lese ich zuerst:
.....
Selten oder nie lese ich:
- Rubriken (AIB-Aktuell, Rückblick, Rezensionen usw.), die entfallen oder neu aufgenommen werden sollten:
.....
- 17) Über die vorhergehenden Fragen hinaus möchte ich noch folgende Anmerkungen bzw. Anregungen machen (bei Platzmangel bitte ein Extrablatt benutzen):

Bitte bis spätestens 15. November 1980 senden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

Blow on wind

Bongi Makeba



30-cm-LP mit Text-
beilage, Nr. 88234

Verlag „pläne“ GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1



Schwarzafrika



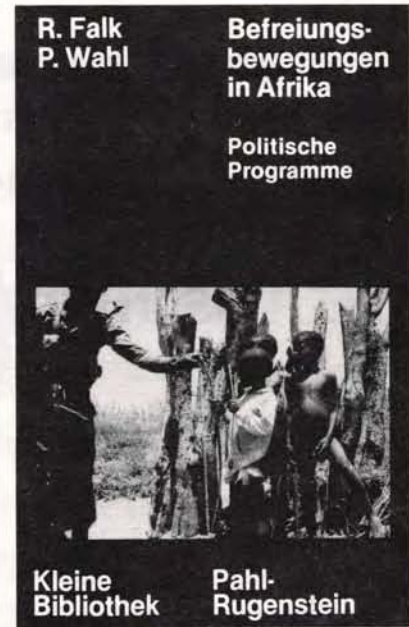
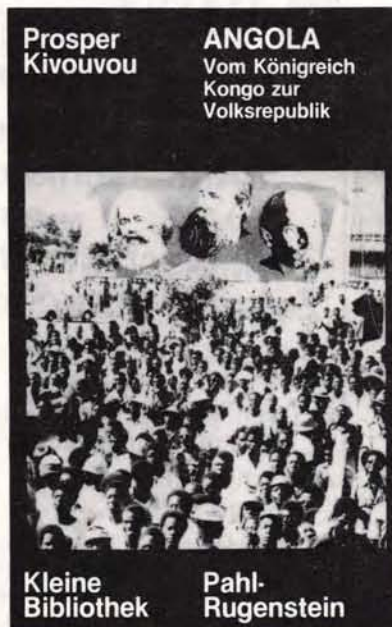
Band 1: Thea Büttner,
Afrika von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte.
372 Seiten, DM 14,80

Band 2: Heinrich Loth,
Afrika unter Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884—1945)
297 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 125
161 Seiten, DM 12,80

Kleine Bibliothek Band 186
219 Seiten, DM 12,80

Vier Bände:
Kleine Bibliothek 155—158
Bände 3 und 4 erscheinen 1981



Mit Illustrationen und Karten
Kleine Bibliothek Band 196
272 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 205
Ca. 240 Seiten, DM 14,80

Kleine Bibliothek Band 204
Ca. 400 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Telefon (02 21) 36 40 51

Aurel Billstein
**Fremdarbeiter
 in unserer
 Stadt**



Kriegsgefangene und
 deportierte
 „fremdvölkische
 Arbeitskräfte“
 1939 – 1945
 am Beispiel Krefelds

196 Seiten, kartoniert, 15,- DM
 ISBN 3-87682-726-4

„Ob die anderen Völker in Wohlstand leben, oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur so weit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“ Dieser Satz aus einer Rede Heinrich Himmlers, „Reichsführer SS“, charakterisiert die zynische Menschenfeindlichkeit des deutschen Faschismus.

Am Beispiel Krefelds wird demonstriert, wie „Fremdarbeiter“ in der Industrie ausgepreßt, in Lagern geschunden und von Gestapo und anderen faschistischen Institutionen verfolgt und ermordet wurden. Gleichzeitig wird aber auch dokumentiert, wie Deutsche den Ausländern auf die unterschiedlichste Weise halfen.

Fania Fénelon

**Das
 Mädchenorchester
 in Auschwitz**

Aus dem Französischen
 von Sigi Loritz
 264 Seiten, kartoniert,
 mit Schutzumschlag 19,80 DM



**„Dieses Buch
 wird nie in der
 Bundesrepublik
 erscheinen“**

... sagte Fania Fénelon zur NEW YORK TIMES, als die amerikanische Ausgabe ihres erregenden Buches über das Innenleben von Auschwitz vorgestellt wurde. Fania Fénelon, französische Jüdin, Mitglied dieses makabren Mädchenorchesters inmitten der Todesfabrik Auschwitz, hat nicht recht behalten. Denn dieses menschlich wie literarisch gleichermaßen faszinierende Buch, das in Paris und London Furore machte und verfilmt wird (Drehbuch Arthur Miller), muß erst recht in der Bundesrepublik gelesen – und verstanden werden.

die tat

kräftig
 gegen:
**Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur**



weil
**Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen**

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
- Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich DM 34,-
 Sonderpreis für Studenten, Schüler,
 Soldaten, ZDL, Auszubildende
 DM 18,-

Name: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag



Postfach 4129,
 6000 Frankfurt/M.

A1B



Gespräch mit Oliver Tambo

Den Weißen steht ein Schock bevor

Seit den Anschlägen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gegen Einrichtungen des Rassistenregimes und vor allem gegen die Kohleverflüssigungsanlagen SASOL I und II haben die westlichen Medien vom Kampf des ANC in einem Maße Notiz genommen wie seit dem Massaker von Sharpeville und dem Verbot des ANC 1960 (vgl. AIB, Nr. 3/1980) nicht mehr. Dies belegt ein Interview, das das US-Magazin Newsweek mit dem ANC-Präsidenten Oliver Tambo über Grundsatzfragen der ANC-Politik führte, darunter auch über die sog. Reformpläne des südafrikanischen Premierministers Pieter Botha (siehe Kasten). Zu den Merkmalen des inzwischen beendeten Streiks von über 100.000 vor allem farbigen Schülern in Südafrika und zur Rolle bestimmter Bantustan-Führer nahm ANC-Generalsekretär Alfred Nzo gegenüber der ANC-Zeitung Mayibuye Stellung.

FRAGE: Ihre Guerilleros haben neulich Tanklager bei Südafrikas Kohleverflüssigungsanlage in Sasolburg in die Luft gesprengt und es hat Angriffe auf Polizeistationen und eine Bank gegeben. Bedeutet dies, daß Südafrika sich einem eskalierenden städtischen Guerillakampf-Programm des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC; d. Red.) gegenüberstellt?

O. TAMBO: Leider ja. Dies ist keineswegs eine alleinige Entscheidung des ANC. Sie ist diktiert von den Erwartungen des Volkes.

FRAGE: Glauben Sie, daß Gewalt die einzige verbliebene Alternative ist, eine Lösung der Probleme Südafrikas zu erreichen?

O. TAMBO: Diese Frage wird ständig falsch gestellt, indem sie uns die Verantwortung zuschiebt. Wir reagieren auf ein gewalttätiges System. Das südafrikanische Regime bedient sich repressiver Methoden, die durchweg gewaltsam sind. Was erwartet man also von unserem Volk?

Die wahre Alternative ist die Annahme der gerechten Forderungen des Volkes von Südafrika nach einem gesellschaftlichen System, das auf der Anerkennung seines Menschseins beruht.

Bothas „Verfassung“ ist inakzeptabel

FRAGE: Glauben Sie wirklich, Sie können Südafrikas militärische und Polizeistärke überwinden?

O. TAMBO: Ja, denn dies hängt nicht davon ab, daß wir seinen gepanzerten Divisionen unmittelbar gegenüberstehen müßten. Einer der Gründe dafür, daß wir erfolgreich sein werden, liegt darin, daß sie es für fast unvorstellbar halten, daß der Schwarze effizient, daß er ein guter Kämpfer sein, planen, mutig sein kann. Die weiße Bevölkerung unterliegt der Selbsttäuschung, wir seien „Bobbejaans“ (Paviane).

Das aber bedeutet, daß den Weißen ein besonders harter

Schock bevorsteht. Unsere Leute organisieren sich überall in Südafrika, und sie werden immer besser.

FRAGE: Sind es Ihre Leute, die für die jüngsten Unruhen verantwortlich sind?

O. TAMBO: Nicht immer. Man braucht keinen politischen Agitator, um sich gegen Polizeibrutalität und Unrecht zur Wehr zu setzen.

FRAGE: Sie haben vermutlich von den Absetzbewegungen von der Apartheid in den letzten Monaten gelesen und über die Versprechungen Premierminister Pieter Bothas. Sehen Sie diese als ermutigend an?

O. TAMBO: Nein. Wir bitten nicht mehr um geringfügige Veränderungen in den offiziellen Formen der Herrschaft der weißen Minderheit. Über diesen Punkt sind wir weit hinaus. Vor 20 Jahren wären diese Veränderungen bedeutsam gewesen. Sehen Sie sich an, was in Afrika geschehen ist, wo sich Zimbabwe und Mocambique zu Nationen entwickelt haben, in denen die Kontrolle von allen Bürgern, schwarzen wie weißen, ausgeübt wird. In Südafrika tändelt das Regime immer noch mit dem herum, was kleine Apartheid genannt wird.

Wenn Premier Botha es gut meint, so ist er einfach zu spät dran. Was heute in Südafrika geschieht, kommt zu spät und ist zu wenig. Botha beharrt auf dem Grundkonzept von

Bothas 12-Punkte-„Reform“plan

Die „Reformvorstellungen“ des seit Ende 1978 amtierenden südafrikanischen Premierministers Pieter Botha sind in den Prinzipien des sog. 12-Punkte-Plans folgendermaßen zusammengefaßt:

- „Anerkennung einer multinationalen Gesellschaft und der Existenz von Minderheitengruppen.“
- Anerkennung des Prinzips einer 'vertikalen Differenzierung', zusammen mit dem Prinzip der Selbstbestimmung in so vielen Bereichen wie möglich.
- Größtmögliche Konsolidierung der Autonomstaaten (Bantustans; d. Red.).
- Teilung der Macht zwischen den Weißen, Indern und Mischlingen, bei ständiger Konsultation und gemeinsamer Verantwortung für Belange von gemeinsamen Interesse.
- Anerkennung des Prinzips getrennter Schulen.
- Abschaffung 'diskriminierender Maßnahmen'.
- Wirtschaftliche Interdependenz.
- Streben nach einer Konstellation von Staaten im Südlichen Afrika bei 'gegenseitigem Respekt vor den Standpunkten des anderen'.
- Entschlossenheit, Südafrika vor ausländischer Intervention zu verteidigen.
- Neutrale Position Südafrikas, wobei seine eigenen Interessen von ausschlaggebender Bedeutung sind.
- Wirkungsvolle Entscheidungskraft auf der Grundlage einer starken Verteidigungsstreitmacht und einer sauberen Verwaltung.
- Beibehaltung des Systems des freien Unternehmertums.“

(Quelle: Die Wirtschaft, Heft 3/1980, zit. nach: ISSA, Bonn, Nr. 6-7, Juni/July 1980, S. 17)

Rassismus und Apartheid. Die gesamte Struktur bleibt völlig intakt. Es gibt keine wirkliche Bewegung, keinen wirklichen Wandel, und was sich abspielt, berührt unser Volk nicht.

FRAGE: Was halten Sie von der geplanten südafrikanischen Verfassung, nach welcher Farbige und Inder zusammen mit Weißen in einem Präsidialrat sitzen sollen, unterstützt von einem beratenden Gremium, das die städtischen Schwarzen repräsentieren soll?

O. TAMBO: Dies ist inakzeptabel, weil es die Mehrheit des südafrikanischen Volkes außer acht läßt. Es ist keine Verfassung, die das südafrikanische Volk in seiner Gesamtheit einbezieht.

Sie trägt alle Züge des Rassismus und der Apartheid. Sie soll dazu dienen, den Status quo und die Macht in den Händen der weißen Minderheit zu erhalten – unter völligem Ausschluß der Schwarzen. Wir lehnen sie vollständig ab.

FRAGE: Könnten Sie sich eine bundesstaatliche Politik für Südafrika vorstellen?

Die Macht in die Hand der Volksmehrheit!

O. TAMBO: Auch diese wäre nach den künstlichen rassischen Gruppierungen ausgerichtet, die man gebildet hat. Ihre Grundlage wäre also rassistisch.

Wir arbeiten auf ein unitarisches System hin. Die Menschen müssen von stammesmäßigem, ethnischem und rassischem Denken abgebracht werden.

FRAGE: Wäre Ihr unitarisches System für Südafrika marxistisch?

O. TAMBO: Die Macht soll vom gesamten Volk ausgehen. Diese Macht sollte dazu eingesetzt werden, um das Südafrika zu schaffen, das es wünscht. Es muß gewährleistet sein, daß es eine gleichmäßige Verteilung des von uns produzier-

ten Reichtums geben wird.

FRAGE: Das beantwortet nicht meine Frage. Der ANC setzt sich zumindest teilweise aus Kommunisten zusammen und wird von der Sowjetunion unterstützt. Streben Sie eine marxistische Gesellschaft an? Oder könnten Sie irgendeinen anderen schwarzen Staat auf diesem Kontinent nennen, dem es ähneln würde?

O. TAMBO: Ich glaube nicht, daß es irgendeinem anderen Land gleichen müßte. Ich gehe davon aus, daß es sich gründen muß auf die Geschichte Südafrikas, auf den gegenwärtigen Charakter der südafrikanischen Gesellschaft, die Erfahrungen des südafrikanischen Volkes.

Wir müssen all dies in Rechnung stellen und entscheiden, was für das gesamte Land am besten ist. Nehmen wir Zimbabwe. Können wir heute sagen, was das System Zimbabwes ist? Ist es marxistisch? Ist es kapitalistisch? Ist es afrikanischer Sozialismus? Ich glaube, die Menschen Zimbabwes versuchen einen Weg zu finden. Sie berücksichtigen alles – die Befürchtungen der Weißen, die Bedürfnisse der Armen und Verachteten, die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu entwickeln. Ich weiß nicht, ob es irgendjemanden gibt, der in der Lage ist, das gegenwärtige gesellschaftliche System zu charakterisieren.

Bevor sie die Macht übernahmen, hatten die Führer gewisse Vorstellungen davon, was sie tun würden, wenn sie an der Macht wären. Als sie jedoch die Macht übernahmen, mußten sie sich gewissen Realitäten stellen. So würde es auch in Südafrika sein.

FRAGE: Gehen Sie davon aus, daß die südafrikanische Regierung letztlich zu einer Übereinkunft mit Ihrer Organisation kommen wird?

O. TAMBO: Jawohl. Der ANC ist die nationale Organisation und insofern repräsentiert er die Mehrheit des Volkes.

(Quelle: Newsweek, New York, 11.8.1980)

Alfred Nzo Aktionseinheit ist der Schlüssel

Zu den jüngsten Massenaktionen der Schüler:

Die gegenwärtige Stimmung der Auflehnung, die durch den unterdrückten Teil unseres Volkes geht, beschränkt sich nicht auf die derzeitigen Schülerdemonstrationen, so bedeutend diese sind. Erinnern wir uns daran, daß in der jüngsten Vergangenheit eine sehr breite Bewegung durch Südafrika gegangen ist, welche die Freilassung Mandelas forderte, selbstverständlich verbunden mit der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen. Das beispiellose Ausmaß dieser Bewegung hat gezeigt, daß unser Volk den Punkt erreicht hat, an dem es sagt: „Genug ist genug!“

Nun hat sich diese Bewegung nicht allein auf die Afrikaner in unserem Lande beschränkt, sondern die Farbigen und Inder sowie einen bedeutenden Teil der weißen Bevölkerung einbezogen. Diese Bewegung hat sich ausgewirkt in die gegenwärtigen Vorgänge hinein, namentlich die Schülerrevolte. Vor wenigen Tagen wurde bekanntgegeben, daß die Führer der Schüler bestimmte Forderungen an das Regime gerichtet haben, und die erste Forderung war die nach Freilassung aller politischen Gefangenen. Dies zeigt den Grad des politischen Bewußtseins unserer Jugend, die ihre eigenen spezifischen Probleme nicht isoliert von den allgemeinen Problemen sieht, die unser Volk betreffen.

Es sei auch daran erinnert, daß während dieser Zeit ein großer Teil der schwarzen Arbeiterklasse gegen das Regime aufgestanden ist und an die Unternehmer bestimmte Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen richtet.

Was man also sieht, ist eine Verbindung von Arbeiterklasse und Schülern, wobei diese von ihren Eltern und Lehrern unterstützt werden, was dem, was die Schüler sagen, Gewicht verliehen hat, so daß es nicht einfach abgetan werden kann, indem man sagt, es handle sich um unverantwortliche Aktionen von Kindern, die nichts wüßten. Die Eltern selbst und die Lehrer sagen: „Ja, ihr habt recht!“ Es handelt sich also um eine Volksbewegung, der sich das Regime gegenüberstellt.

Zu den Kräften, die sich gegen Massenaktionen wenden:

Dies ist in der Tat eine sehr bedauerliche Entwicklung, insbesondere die Entscheidung der „gesetzgebenden Versammlung“ von KwaZulu (eines von sieben sog. „Bantu-Heimatländern“, die 1975 eine „Selbstverwaltung“ erhielten, vgl. AIB, Nr. 9/1976; d. Red.), sich

mit jenen zu befassen, die, wie sie sagen, Agitatoren beim Schulboykott seien. Im weiteren Verlauf wurden denn auch bestimmte Personen als „Agitatoren“ ausgesondert.

Dies findet statt zu einer Zeit, da der faschistische Gegner Hundertschaften der Anti-Aufuhr-Polizei (riot police) in das KwaMashu-Gebiet entsandt hat mit dem Ziel, genau das zu unterbinden, was die „Gesetzgeber“ von KwaZulu ebenfalls falsch nennen – den Boykott. Auf der einen Seite finden wir die Anti-Aufuhr-Polizei dabei unser Volk zu schikanieren, es einzuschüchtern, um den Boykott abubrechen; und auf derselben Seite finden wir die „Gesetzgeber“ von KwaZulu, die genau dasselbe tun. Dies ist eine sehr gefährliche Entwicklung, denn sie bedeutet, daß die KwaZulu-„Gesetzgeber“ sich auf die Seite des Feindes stellen.

Wir sagen, daß die Interessen der unterdrückten Bevölkerung in ihrer Einheit liegen, denn die „gesetzgebende Versammlung“ von KwaZulu ist völlig ohnmächtig, die Forderungen einzulösen, die von dieser gesamten Bewegung vorgebracht wurden. Sie ist völlig außerstande, die Frage der Gleichheit in der Erziehung zu lösen. Sie spielt die Rolle einer Feuerwehr des Feindes. Sie wird nicht in der Lage sein, die Frage der Ungleichheit zu lösen – aber der Massenkampf des Volkes wird es sein, nicht jedoch eine Bewegung, die bemüht ist, den revolutionären Enthusiasmus der Massen zu dämpfen.

Zu Aufrufen Gatsha Buthelezis, die Massenaktionen einzustellen:

Wir können denen, die es sich haben in den Sinn kommen lassen, sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu stellen, nur den Rat geben, damit Schluß zu machen. Die Stimmung unseres Volkes ist derart, daß es nicht gewillt ist, irgendetwas anderes zu akzeptieren als weitere Aufrufe zu Massenaktionen, um seine Probleme zu lösen.

Wir rufen Leute wie Gatsha Buthelezi (prowestlicher Häuptling; d. Red.) auf, davon Abstand zu nehmen, sich gegen das Volk zu stellen und den Gegner objektiv zu unterstützen, das Anwachsen der Stimmung des Massenaufstandes zu zerstören. Denn wenn sie damit fortfahren, werden sie unweigerlich von der unwiderstehlichen Welle der Revolution hinweggeschwemmt werden, die jetzt durch Südafrika rollt.

(Quelle: Mayibuye. Organ des ANC, o.O., Nr. 4/1980, Ausschnitte)

Roland Feicht

„Stabile Demokratie“ unter Druck

Die Tonangebenden in Kolumbien rühmen gern und oft „ihre stabile Demokratie“ als beispielhaft für Lateinamerika. Doch was als stabile Demokratie gepriesen wird, entpuppt sich nach näherem Hinschauen als ein erheblich eingeschränkter bürgerlicher Parlamentarismus, mit dem die kolumbianische Oligarchie den sich sprunghaft und äußerst unsozial entwickelnden Kapitalismus schützt.

Die relative Stabilität der Herrschaft der Oligarchie ist vorrangig darauf zurückzuführen, daß es der demokratischen Bewegung noch nicht gelungen ist, ihre politische Kraft und Einheit soweit zu entwickeln, um entscheidende Durchbrüche zu erzielen.

Regierungspakt der oligarchischen Parteien

Seit den 60er Jahren hat sich der Kapitalismus in Kolumbien, insbesondere der industrielle Sektor, rasant entwickelt; jedoch bleibt er in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung insbesondere vom US-Imperialismus abhängig und unterentwickelt (siehe Daten-Kasten). Die Landwirtschaft ist einem Kapitalisierungsprozeß unter den Bedingungen des Großgrundbesitzes und seiner Expansion und Konzentration unterworfen. Kommt diese Entwicklung den Profitinteressen der knapp 50 das Land beherrschenden Familien, der Oligarchie (aus den Reihen des inländischen Monopolkapitals einschließlich des Großgrundbesitzes) und des internationalen Monopolkapitals (vertreten vor allem durch die US-amerikanischen Monopolgruppen Rockefeller, Morgan und First National City Bank) zugute,¹ so sind es gerade die Arbeiter, Bauern, Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die die Rechnung dafür bezahlen müssen. Und zwar in einem Maße, daß man in der letzten Dekade nicht nur von einer relativen, sondern auch von einer absoluten Verelendung großer Teile der Bevölkerung reden muß.²

So hat die Arbeiterklasse in den letzten 10 Jahren eine Reallohninbuße von ca. 10% hinnehmen müssen. Allein die Textilarbeiter verloren zwischen 1970 und 1977 30% ihres Reallohns.³ Die per Erlaß festgelegten Minimallöhne, mit denen ein Großteil der Arbeiterklasse auskommen muß, decken nur 47% der lebensnotwendigen Ausgaben des Familienhaushaltes ab.⁴ Viele Bauern und Landarbeiter haben sogar ein Einkommen unter der Minimallohngrenze. Die Expansion und Kapitalisierung des Großgrundbesitzes treibt die Bauern in großer Zahl in die Städte. Dadurch bekommt das Heer der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ständig neuen Zufluß.

Politisch wird diese Entwicklung durch die beiden Parteien der Oligarchie, die Liberale und Konservative Partei getragen. Seit 1958 teilen sie sich verfassungsmäßig die Herrschaft in paritätischer Form. So wechselte „legal“ bis 1974 jeweils nach vier Jahren Regierungszeit das Amt des Präsidenten der Republik von einem Repräsentanten der einen Partei über zu einem der anderen. Alle Führungspositionen in der Exekutive und Judikative werden bis heute gleichmäßig von Liberalen und Konservativen besetzt.

Der seit über 30 Jahren ohne nennenswerte Unterbrechungen verhängte Ausnahmezustand „erlaubt“ es der Oligar-



Kolumbianischer Präsident Julio César Turbay (M.)

chie, die in der Verfassung verankerten bürgerlichen Rechte, vor allem das Demonstrations- und Streikrecht, willkürlich aufzuheben. Er dient auch der Unterstellung großer ländlicher Regionen unter Militärrherrschaft. Morde durch das Militär sind an der Tagesordnung und die Zahl der politischen Gefangenen und der Folterungen nimmt zu.

Dem wachsenden Volksprotest seit Ende 1977 versucht die jetzige Regierung unter dem Präsidenten Julio Cesar Turbay A. mit dem sog. „Sicherheitsstatut“ einen Riegel vorzuschieben. Dieses Gesetz von 1978 hat die demokratischen Rechte noch weiter eingeschränkt. Es hat den Tatbestand des politischen Deliktes dermaßen exzessiv ausgedehnt, daß jeder Opponent im Lande festgenommen und mit empfindlichen Strafen belegt werden kann.⁵ Seit dieser Zeit besteht die Gefahr, daß die reaktionärsten und faschistischen Kreise um den Spitzenpolitiker der Konservativen Partei Gomez Hurtado und um den Kriegsminister Camacho Leyva – die Rechtsentwicklung ausnutzend – den Versuch unternehmen können, das Land vollständig zu „uruguayanisieren“.

Die Wahlen vom 9. März 1980

Angesichts dieser Entwicklung gründete die politische Linke im Dezember 1979 das Bündnis Demokratische Front (FD). Die FD ist das Resultat eines langen und zähen Ringens um Aktionseinheit demokratischer und revolutionärer Parteien und Gruppierungen.

In diesem Bündnis ist an erster Stelle die Kommunistische Partei (PCC) zu nennen. Sie ist nicht nur die größte und älteste (50 Jahre alt) Partei des Bündnisses. Auf ihre Initiative gingen auch die Versuche der Bildung eines Volksein-

heitsbündnisse vor der Gründung der FD zurück: Bündnis PCC-MRL Anfang der 60er Jahre; Bildung der Union der Nationalen Opposition (UNO) im Jahr 1972 mit dem fortschrittlichen Flügel der 1970 starken, aber dann in 3 Teile zerfallenen Nationalen Volksallianz (ANAPO) und der linksliberalen Gruppe Unabhängig-Liberale Bewegung (MIL); auch die maoistische Partei MOIR war kurz in der UNO, scherte aber bald wieder aus und bildete ein kleines Bündnis mit radikalisierten Liberalen und ANAPisten, namens FUP. Die PCC kann im Gegensatz zu den anderen Bündnispartnern eine konstante Verankerung in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft aufweisen. FIRMES, eine 1978 gegründete sozialistische Organisation unter Führung des Schriftstellers Gabriel Garcia Marquez, ist erst im Wachsen begriffen. In jüngster Zeit haben sich der Demokratischen Front auch die sozialistischen Gruppen PST und PSR genähert.

Somit ist zum ersten Mal in Kolumbien der überwiegende Teil der politischen Linken in einem Bündnis vereint. Die FD ist eindeutig antiimperialistisch, antimonopolistisch, gegen den Großgrundbesitz und demokratisch orientiert. In ihrem Programm (siehe Plattform) tritt sie in diesem Sinne für Veränderungen ein und ihr Ziel ist „die Schaffung eines neuen, durch die Werktätigen und demokratischen Klassen geführten Staates“.

Der wachsende Protest in der kolumbianischen Bevölkerung, der sich vor allem im außerparlamentarischen Kampf (ins-

besondere der Gewerkschaften, in einer großen Zahl von Bürgerausständen, der Bürgerkomitees, der Guerilleros usw.) vollzieht und in dem die Linke an der Mobilisierung des Volkes einen beträchtlichen Anteil hat, äußert sich noch nicht in einer zunehmenden Stimmabgabe bei den Wahlen für die linke Opposition. Noch ist es dieser nicht gelungen, ein großes Wählerpotential auf ihre Seite zu ziehen.

Diese Situation hat sich auch bei den Departements- und Kommunalwahlen am 9. März d.J. bestätigt. Die Liberale Partei erhielt 2 Mio Stimmen, die Konservative Partei 1,5 Mio und die Demokratische Front 114.000. Immerhin ist die FD in knapp der Hälfte aller Departement-Parlamente vertreten, ebenso in allen wichtigen Departement-Hauptstädten.⁶

Eine wesentliche Ursache für die nicht befriedigenden Wahlergebnisse ist darin zu suchen, daß sich aufgrund der 20jährigen unsozialen und undemokratischen Politik der traditionellen Parteien der Oligarchie und durch die paritätische Machtaufteilung der passive Protest durch Nichtwählen breitgemacht hat. Die Wahlbeteiligung sank am 9. März 1980 unter 30%. Die erdrückende Stimmenmehrheit der rechten Parteien, Wahlmanipulationen und die Repression führen dazu, daß die Mehrheit der Arbeiter und Bauern keine Möglichkeiten sieht, durch eine Beteiligung an den Wahlen etwas zu verändern. Daß der Einfluß der Linken wesentlich größer ist, als es bei den Wahlen scheint, zeigen sowohl die Massenaktionen, die sie leiten, als auch die Tatsache, daß die Firmes-Bewegung 1978 420.000 Unterschriften für einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Linken sammelte.

Kolumbien-Daten



Territorium: 1.138.914 qkm, mehr als vierfache Fläche der BRD

Bevölkerung: 25 Mio

Sprache: Spanisch

Wirtschaftlich-Soziales:

Anteile am Brutto-Inlandsprodukt (BIP): Industrie 20%; Landwirtschaft 25%; Bauwirtschaft, Strom- und Wassererzeugung 25%; Handel 30%. Listenplatz in Lateinamerika im Wachstum des BIP: Platz 4. Wachstum des BIP in den 70er Jahren 7-8% pro Jahr.

Anteile an der gesamten Industrieproduktion: Lebensmittel- und Getränkeindustrie 40%, Kapitalgüterproduktion nur 9%. Anteile in der landwirtschaftlichen Produktion: Kaffee 40%, Viehwirtschaft 30%.

Abhängigkeit vom US-Monopolkapital: Die Gruppen Rockefeller, Morgan, First National City Bank sind an über 100 größeren Unternehmen beteiligt. Kolumbiens Verschuldung bei den westlichen Industriestaaten liegt bei 6 Mrd Dollar.

Arbeitslosigkeit: ca. 10% in den 70er Jahren. Unterbeschäftigung: 15%. Analphabetenrate: über 20%.

Geschichte:

- 1819 Unabhängigkeit. Simon Bolivar Anführer der Befreiungsbewegung
- 1850 Beginn der kapitalistischen Entwicklung unter Dominanz des englischen Kapitals
- 1903 Abspaltung Panamas auf Betreiben der USA. Beginn der Vorherrschaft des US-Imperialismus
- 1928 Massaker an den streikenden Bananenarbeitern der United Fruit Company
- 1936 Gründung der ersten Gewerkschaftszentrale CTC
- ab 1947 „Violencia“ (Bürgerkrieg)
- 1953-57 Militärdiktatur unter G. Rojas Pinilla
- ab 1958 Herrschaft der Oligarchie mittels einer „Machtteilung“
- 1966 Ermordung von Camilo Torres
- 1977 Erster Nationaler Bürgerausstand
- 1979 Gründung der Demokratischen Front

Vor dem zweiten nationalen Bürgerausstand

Der wachsende Protest in der kolumbianischen Bevölkerung gegen die Verarmung und das undemokratische Regime – hierbei gegenwärtig vor allem gegen das „Sicherheitsstatut“ – kommt, wie erwähnt, vorrangig im außerparlamentarischen Kampf zum Durchbruch.

An vorderster Stelle befinden sich die Gewerkschaften, die Massenorganisationen der Arbeiter. Wie die politische Linke befindet sich die Gewerkschaftsbewegung auf dem Weg der Verwirklichung der Aktionseinheit. Es ist ein beachtlicher Erfolg, daß es den vier Gewerkschaftszentralen CSTC (marxistisch, solidarisch mit PCC, UNO und FD verbunden), UTC, CTC (beide sozialreformistisch, der Einfluß der traditionellen Parteien ist bei ihnen deutlich spürbar) und CGT (radikal christdemokratisch), die über 75% aller Gewerk-



Kaffeepflücker schleppen Zentnersäcke zum Lagerhaus

Plattform der Demokratischen Front Kolumbiens

Wir, die wir die vorliegende Deklaration unterschreiben, drücken unseren festen Willen aus, eine Politik voranzutreiben, die die breiteste Einheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten in Kolumbien herbeiführt – als einzigen Weg, um die Bestrebungen der kolumbianischen Nation in die Wirklichkeit umzusetzen: Die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit durch die Abschaffung der Herrschaft des nordamerikanischen Imperialismus und der multinationalen Gesellschaften, und durch die Aufhebung des oligarchischen und antidemokratischen Regimes, unter denen die Republik leidet.

Neben diesen allgemeinen Erwägungen, die zu unseren politischen Überzeugungen von der Notwendigkeit der Herstellung der Volkseinheit gehören, meinen wir, daß die Situation, in der sich unser Land befindet – charakterisiert durch den Vormarsch des Militarismus, die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger ausländischer und nationaler Monopole und den wachsenden Verlust der nationalen Souveränität –, die Bildung der breitesten Demokratischen Front verlangt, die alle Volksschichten, Parteien und Bewegungen der Opposition und demokratische Persönlichkeiten in sich vereint und die die Zusammenarbeit und Unterstützung von Sektoren und Organisationen der Massen sucht. (...)

Heute verkünden wir den Kolumbianern unseren Willen, uns zur Demokratischen Front zusammenzuschließen, die in folgenden grundsätzlichen Punkten zur Übereinkunft gelangt ist:

1) Kampf um die Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten, gegen das Aufkommen des Militarismus, der seinen Ausdruck findet im permanenten Ausnahmezustand, im Sicherheitsstatut und in der Institutionalisierung der Folter. Für die Freiheit der politischen Gefangenen und der gefangenen Gewerkschafter.

2) Kampf gegen die monopolistische Konzentration des Reichtums und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

3) Entschiedene Opposition zum Regime, das gegenwärtig von Turbay Ayala angeführt wird, und zu seinem reaktionären Kurs, der sich durch die Militarisierung – die breite Teile des Volkes zu ertragen haben – verschärft.

4) Unterstützung des Kampfes für die allgemeine Lohnerhöhung und Stärkung der Prozesse der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung und ihres Kampfes für vollkommenes Streikrecht.

5) Effektive Solidarität mit allen Völkern der Welt, die für ihre Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit kämpfen. Diese Minimalplattform ist eine Übereinkunft für die unmittelbare politische Aktion der revolutionären, demokratischen und patriotischen Kräfte.

Gleichmaßen sind wir in programmatischen Punkten übereingekommen, deren Endfassung das Ergebnis aller Kräfte sein muß, die sich in diesen Prozeß der Einheit eingliedern.

Die Parteien und politischen Bewegungen, die gegenwärtig die Demokratische Front bilden, stellen sich jetzt das Ziel, sich einheitlich am Wahlkampf 1980 (Departements- und Kommunalwahlen am vergangenen 9. März 1980; d. Red.) zu beteiligen. (...)

Die Demokratische Front wird an allen sozialen und demokratischen Kämpfen des Volkes teilnehmen, und in diesem Sinne unterstützt sie die Initiative einer großen Anzahl von Gewerkschaften, einen zweiten nationalen Bürgerausstand zu verwirklichen.

Mit dem Vorsatz und dem Entschluß zur breitesten Front gegen die Oligarchie und die imperialistische Herrschaft beizutragen, werden wir ein einheitliches Programm und einen Einheitskandidaten für die Präsidentschaftswahlen 1982 vorstellen, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Kolumbianer ausdrücken sollen.

Mit dem vorliegenden Dokument fordern wir alle Mitbürger, Männer und Frauen, die gewillt sind, für den Fortschritt und die Freiheit unseres Vaterlandes zu kämpfen, zum gemeinsamen Kampf für Kolumbien auf.

Programmatische Punkte

Die Demokratische Front gibt allen fortschrittlichen Kräften diese programmatischen Punkte bekannt, die durch die politischen und sozialen Sektoren bereichert werden müssen, welche sich in den einheitlichen Prozeß eingliedern.

1) Gegen die Herrschaft des nordamerikanischen Imperialismus und für die vollständige nationale Unabhängigkeit.

2) Für die Schaffung eines neuen, durch die Werktätigen und demokratischen Klassen geführten Staates.

3) Nationalisierung der großen nationalen und ausländischen Monopole.

4) Agrarreform, die den Großgrundbesitz abschafft, das Land den Bauern übergibt und die die Mitgliedschaft und Produktion in Genossenschaften mit staatlicher Unterstützung vorantreibt.

5) Förderung der unabhängigen ökonomischen und industriellen Entwicklung, die die Aufhebung der Arbeitslosigkeit garantiert. Schutz und Unterstützung des kleinen und mittleren industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Eigentums.

6) Einführung und wirkliche Gewährleistung der Versammlungs-, Organisations- und Meinungsfreiheit, des Demonstrationsrechts und der weiteren demokratischen und ökonomischen Errungenschaften der Werktätigen, der Gewerkschaftsfreiheit, des kollektiven Tarifvertrags und des Streikrechts für die Werktätigen im öffentlichen Dienst. Für die Religionsfreiheit. Für die völlige Gleichberechtigung der Frau. Für die Wahrung der Rechte der indianschen Minderheiten.

7) Demokratische Reform des Erziehungswesens. Garantien für die soziale Absicherung, das Gesundheitswesen und für die Stadtreform zur Lösung der Wohnungsprobleme.

8) Unterstützung des Kampfes der Völker und Nationen für ihre Unabhängigkeit und nationale Befreiung und Unterstützung der sozialistischen Länder. Ablehnung des Rüstungswettlaufs. Herstellung von Beziehungen mit allen Ländern der Welt auf der Grundlage der Gleichheit.

Demokratische Front: Bewegung FIRMES, Union der Nationalen Opposition (UNO), Kommunistische Partei Kolumbiens (PCC), Unabhängig-Liberale Bewegung (MIL), Nationale Volksallianz (ANAPO).

Bogota, den 20. Dezember 1979

(Quelle: Documentos Politicos, Bogota, Nr. 140, Januar-Februar 1980, S. 96-99)

schaften in sich vereinigen, gelang, im und nach dem ersten nationalen Bürgerausstand am 14.9.1977 ihren Kampf in einem von ihnen gegründeten Nationalen Gewerkschaftsrat (CNS) zu koordinieren.

Die Zusammenarbeit in den wachsenden Streikaktivitäten nimmt – insbesondere in der Textilindustrie, bei den staatlichen Arbeitern und Angestellten usw. zu.

Der Volksprotest in Aktionseinheit äußert sich zusätzlich in einer größer werdenden Zahl von lokalen Bürgerausständen (paros civicos) bis hin zum großen nationalen Bürgerausstand von 1977. Allein in weniger als 19 Jahren (1958-77) gab es 88 Bürgerausstände auf lokaler Ebene.⁷ Gewerkschafter, Bewohner der Arbeiter- und Armenviertel und ihre Komitees (insbesondere das landesweite Komitee Provienda), Studenten, Händler und Bauern finden sich hier im Kampf für gemeinsame soziale Interessen zusammen. Liberal, konservativ, kommunistisch, sozialistisch, demokratisch, christlich orientierte und parteilose Bürger kämpfen gemeinsam in den Komitees, die die Ausstände leiten. Eine führende Rolle

in diesen Kämpfen üben die Gewerkschaften (insbesondere die CSTC) aus.

Welchen Massencharakter der Kampfform des Bürgerausstandes annehmen kann, hat der 14. September 1977 gezeigt, als unter Führung der 4 Gewerkschaftszentralen der erste nationale Bürgerausstand durchgeführt wurde. 1,3 Mio Bürger beteiligten sich an ihm und legten etwa 50% der gesamten ökonomischen Aktivitäten des Landes still.⁸ Der Ausstand richtete sich vorrangig gegen die Teuerungspolitik der Regierung, gegen den Ausnahmezustand, forderte eine allgemeine Lohnerhöhung um 50% und trat für die vollständige Gewerkschaftsfreiheit ein. Der Ausstand erreichte die gesteckten Ziele zwar nicht, doch es wurde die Protestbereitschaft der Bevölkerung erheblich gestärkt. Die Unternehmer mußten in den folgenden Jahren größere Lohnkonzessionen machen.

Für Ende dieses Jahres bereiten jetzt schon die Gewerkschaften den zweiten nationalen Bürgerausstand vor, von dessen Ausgang die weitere Entwicklung in Kolumbien nicht

unerheblich beeinflusst werden wird. Er wird sich insbesondere gegen die weitergehende Teuerungswelle im Lande und gegen das „Sicherheitsstatut“ richten.

Das breiteste Bündnis kolumbianischer Demokraten gegen das „Sicherheitsstatut“, den Ausnahmezustand und den daraus erfolgenden Menschenrechtsverletzungen ist das Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte. Dieses Komitee umgreift fast das gesamte Spektrum ideologischer und politischer Richtungen demokratisch gesinnter Kolumbianer. In seiner Leitung sind die 4 Gewerkschaftszentralen, andere Einzelgewerkschaften und Vereine, Mitglieder von FIRMES, der PCC, der PST, aus der Konservativen Partei (Alfredo Vazquez Carrizosa, Ex-Außenminister), der linken ANAPO, der rechten ANAPO usw., und bekannte Einzelpersonlichkeiten wie Gabriel Garcia Marquez, Alvaro Tirado Mejia, Consuelo Araujonoguera, Jaime Quijano Caballero vertreten. Im März 1979 hielt das Menschenrechtskomitee das Nationale Forum für die Menschenrechte ab, das selbst internationales Aufsehen erregte. Der Erfolg der Arbeit dieses Komitees läßt sich u.a. daran messen, daß es ihm gelang, neben anderen politischen Gefangenen den in Kolumbien sehr bekannten Kommunisten Alvaro Vasquez aus der politischen Haft zu befreien und Anfang 1980 die Regierung zu zwingen, einer internationalen Kommission von Amnesty International Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen im Land selbst zu erlauben. Zum ersten Mal mußte die kolumbianische Regierung zugeben, daß in Kolumbien die Menschenrechte verletzt werden.

Bewaffneter Kampf – in einigen Gebieten

In bestimmten ländlichen Regionen – insbesondere in den Departements Caqueta, Huila, Tolima, Boyaca und Cordoba –, auf 1/5 des kolumbianischen Territoriums, hat der Kampf der Bauern bewaffnete Formen angenommen. Neben der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), in der Camilo Torres kämpfte, und der stark dezimierten maoistischen Volksbefreiungsarmee (EPL) sind die an der PCC orientierten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) die größte Guerillaorganisation Kolumbiens. Laut Aussagen des Ex-Generals Matallana haben die FARC in den letzten 10 Jahren ihre Kampfabschnitte von 2 auf 10 ausgebaut und besitzen „die Sympathie des Volkes in diesen Regionen“.⁹ Der bewaffnete Kampf von Bauern hat in Kolumbien eine lange Tradition. Seine gegenwärtigen Wurzeln liegen in der Periode der „Violencia“ (1947-58) als die Großgrundbesitzer mit Hilfe von Banden auf grausamste Art ihre Territorien vergrößerten und die Bauern sich zum Schutz bewaffneten. Aus den bewaffneten Bauernschutzverbänden sind 1966 die FARC hervorgegangen. Im Gegensatz zur ELN (gegr. 1964) und zur EPL (gegr. 1966), die ihre ideologische und praktische Motivation aus der lateinamerikanischen „Guerillawelle“ Mitte der 60er Jahre zogen, und in denen linke Intellektuelle (aus den Mittelschichten) tonangebend sind, sind die FARC eine genuine Bauernorganisation. Hierin liegt wohl ein Grund, daß ihr Einfluß am größten ist. Die Guerilleros kämpfen gegenwärtig hauptsächlich für die Verteidigung der Bauern, ihres Besitzes und bei Landbesetzungen zugunsten landloser Bauern, „gegen die Großgrundbesitzer... und gegen die Elemente des Militärs, die sich in den Dienst der Großgrundbesitzer stellen oder selbst Großgrundbesitzer werden wollen“.¹⁰

Wie die PCC (und die an ihr orientierten FARC) betont, ist jedoch gegenwärtig der friedliche, nicht bewaffnete Weg des Massenkampfes (Gewerkschaftsbewegung, Bürgerausstände usw.) und die Erweiterung parlamentarischer Positionen der Linken gegen das unsoziale und undemokratische Regime die allgemeine Hauptform der Klassenauseinandersetzungen

in Kolumbien. „In Kolumbien“ – so erklärt Jose C. Hoyos von der PCC – „ist in diesem Moment für das Land die Hauptform des Kampfes im allgemeinen die friedliche Form – auf der Grundlage von Massenaktionen. Hierbei bemühen wir uns hauptsächlich um die Mobilisierung und die Einheit (der Massen; d. Verf.). Aber der bewaffnete Kampf ist die Hauptform in den Guerillagebieten, und dort werden ihm alle anderen Formen untergeordnet. Und wie es natürlich ist, wenn die bewaffnete Bewegung einen immensen Aufschwung nimmt und die unterschiedene Unterstützung durch das Volk erhält, dann wird er den Charakter der Hauptform im ganzen Land erhalten.“¹¹

Während die ELN eine ähnliche strategische Position vertritt und sich nach eigener Aussage an die Seite „all jener Patrioten stellt, die an verschiedenen Fronten (d.h. in verschiedenen Formen; d. Verf.) kämpfen“,¹² verabsolutiert die EPL gegenwärtig den bewaffneten Kampf als einzige Form der nationalen Befreiung. Vereinigungsbestrebungen bei den Guerillaorganisationen haben bis jetzt zu keinem Erfolg geführt, jedoch hat es des öfteren seit Mitte der 70er Jahre Absprachen zwischen den FARC und der ELN gegeben.

Die jüngste bewaffnete Organisation ist die Bewegung 19. April (M-19). Diese 1974 gegründete Organisation verabsolutiert auf der ideologischen Basis eines recht verschwommenen radikaldemokratischen Nationalismus den bewaffneten Kampf. Auf ihr Konto ging u.a. die Besetzung der dominikanischen Botschaft in Bogota im Februar dieses Jahres zum Zweck der Befreiung politischer Gefangener, die von den Parteien und Gruppierungen in der Demokratischen Front wie von FIRMES verurteilt wurde.

Damit eines Tages in Kolumbien die Machtverhältnisse so geändert werden, daß die Grundlagen für eine menschenwürdige Entwicklung errichtet werden können, bedarf es noch großer Anstrengungen der demokratischen, antiimperialistischen und revolutionären Bewegung. In der jetzigen Phase sind ihre Bemühungen darauf gerichtet, alle Kraft aufzubringen, um die Verarmung des Volkes und die Rechtsentwicklung zu stoppen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. J. Silva Colmenares, Los Verdaderos Duenos del Pais, Bogota 1977, S. 303 - 315
- 2) Vgl. J. Silva Colmenares, Decada de los 70: expansion capitalista con empobrecimiento, in: Documentos Politicos, Bogota, Nr. 140, S. 50
- 3) Muestra Mensual Manufacturera, DANE
- 4) J. Silva Colmenares, Decada de los 70, a.a.O., S. 50
- 5) Vgl. A. Reyes u.a., Estatuto de Seguridad, Serie Controversia, Nr. 70-71, CINEP, Bogota 1978
- 6) Informe al Pleno del Comitè Central del PCC, in: Voz Proletaria, 3.4.1980, S. 11
- 7) M. Medina, Los Paros civicos en Colombia (1957-77), in: Estudios Marxistas, Nr. 14, S. 9
- 8) A. Delgado, El paro civico nacional, in: Estudios Marxistas, Nr. 15, S. 82
- 9) El Espectador, 18.5.1980
- 10) G. Vieira, Frente Amplio contra el despotismo, Bogota 1979, S. 50f.
- 11) J. C. Hoyos, Sobre la tactica leninista del Partido Comunista de Colombia, in: G. Vieira u.a.: Politica y Revolucion en Colombia, Bogota 1977, S. 49
- 12) Alternativa, Nr. 22/23, 15.12.1974 - 15.1.1975, S. 5

Bolivien-Dokumentation

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat eine Dokumentation und Presseschau zum Putsch in Bolivien veröffentlicht. Sie enthält Beiträge zur politischen Entwicklung seit 1952, zur Vorgeschichte des Putsches, Berichte über Putsch und Widerstand und das Programm der Demokratischen Volkunion Boliviens.

Die Bolivien-Dokumentation kann zum Preis von 2,50 DM bestellt werden beim:

ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M 1; Tel.: 0611/234659

Doris Mies

Der Volksaufstand – „nicht mehr zu bändigen“

„Der Generalstreik in El Salvador bricht schon am ersten Tag zusammen.“ „Die Revolutionäre Volksfront... (hat) eine schwere Niederlage erlitten“, „fehlgeschlagener Generalstreik“¹ – so frohlockten eilfertig jene großbürgerlichen Beobachter hierzulande, die unverholen mit der Junta El Salvadors liebäugeln. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR, gegründet im April 1980) konnte Mitte August d.J. feststellen, daß der von ihr initiierte dreitägige Generalstreik (13. - 15. August 1980) erfolgreich zuendegeführt worden war, ja daß zugleich die Volksbefreiungskräfte El Salvadors „in eine neue Offensive“² eingetreten seien. Die Front, Repräsentant des gesamten demokratischen und revolutionären Spektrums El Salvadors, hatte sich am 8. August 1980 mit einem Streikaufruf an die Bevölkerung des Landes gewandt, in dem sie forderte: Beendigung des Terrors, Respektierung der Menschenrechte in El Salvador, Rückkehr der Studenten an die seit Wochen von Militärs besetzte Nationale Universität, Abschaffung des Gesetzes 296, das Streiks als ungesetzlich erklärt, und Abbruch der imperialistischen Intervention. Mit dem Streik wollte die FDR zweifelsohne auch ihren Einfluß und Rückhalt bei der Bevölkerung und die militärische Schlagkraft der Volksbefreiungskräfte testen.

Die christdemokratische Militärjunta mobilisierte ihrerseits alle Kräfte, um den Streik im Keime zu ersticken. Bereits Tage zuvor wurden die Streitkräfte des Landes in höchste Alarmbereitschaft versetzt, alle strategischen Punkte von ihnen besetzt. El Salvador glich einer belagerten Festung. Die gesamte Propaganda-Maschine der Junta wurde gegen die Streikbewegung in Gang gesetzt. Vergeblich...

Generalstreik – Pendant zum bewaffneten Kampf

In der Streikanalyse der Demokratisch-Revolutionären Front wird eingeschätzt, daß „dieser letzte Generalstreik trotz des Terrors, mit dem sich das Regime verteidigte, einen Fortschritt in der Volksoffensive darstellte. Die vom Volk angestrebten politischen Ziele und der wirtschaftliche Schlag, der der Handvoll von Ausbeutern versetzt wurde, sind Fakten, die die konterrevolutionäre Junta herunterzuspielen versuchte“.³ 500.000 Arbeiter, Angestellte und Kleinunternehmer waren trotz Gewalteinsetzes und massiver Einschüchterungsversuche – über 300 Ermordete, Dutzende Verhaftete und Verschleppte – dem FDR-Aufruf gefolgt. 80% der Industrieanlagen, einschließlich solch wichtiger wie der Hafen Acajutla und das in Santa Ana gelegene Zementwerk, waren in diesen drei Tagen stillgelegt. 60% der Angestellten des Handels- und Transportwesens sowie des öffentlichen Dienstes waren ihrem Arbeitsplatz ferngeblieben.

Die FDR und das Vereinte Oberkommando der Volksbefreiungskräfte werteten diesen Streik als „einen Schritt vorwärts zur Erlangung einer qualitativ neuen Stufe“⁴ im Befreiungskampf des Volkes von El Salvador. Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Generalstreiks im April und Juni dieses Jahres war der August-Streik von einem neuen, bedeutenden Moment geprägt: Koordiniertheit und geschlossenes Vorgehen in den Kampfaktionen der Arbeiterklasse und dem bewaffneten Kampf der Volksbefreiungskräfte. So konnte durch eine großangelegte Offensive der Volksbefreiungskräfte der Ansturm der mit Kampfflugzeugen und Hubschraubern ausgerüsteten Militärs auf die Arbeitervororte Mejicanos, San Marcos, San Jacinto, Soyapango und Ilopango erfolgreich abgewehrt werden. „Neue Formen des Kampfes haben sich zwischen den Volksbefreiungskräften und den Selbstverteidigungskomitees entwickelt.“⁵ Während des dreitägigen Streiks wurde das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung, der Demokratisch-Revolutionären Front und den bewaffneten Befreiungskräften wesentlich ausgebaut.

„Ausrottungskrieg“ gegen halbbefreite Gebiete

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse El Salvadors und ihrer Gewerkschaften wurde auch deutlich in dem 24stündigen Streik der Elektrizitätsarbeiter, der eine Woche nach dem Generalstreik die gesamte Stromversorgung des Landes lahmlegte.

Offenbar an einem äußerst neuralgischen Punkt getroffen, reagierte die Junta wiederum mit eiskaltem Terror, um den Streik abzuwürgen. Die gesamte Wirtschaft wurde über Nacht dem Militär unterstellt, Schlüsselbetriebe wie die Elektrizitäts- und Wasserwerke, das Transport- und Fernmeldewesen von Armeeingehörigern besetzt, die Streikenden dienstverpflichtet und Dutzende Gewerkschaftsführer, darunter der Vorsitzende der Elektrizitätsarbeiter Jose Arnulfo, verhaftet.

Innenminister Hernandez Delgado war Ende Juli d.J. erstmals gezwungen, entgegen den früher verbreiteten alltäglichen Siegesmeldungen, zunehmende bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Volksbefreiungskräften und der Junta-Armee offiziell zu bestätigen.

Seit der Bildung der Vereinten Revolutionären Leitung (DRU) seitens der revolutionären Linken im Mai 1980⁶ sind die bewaffneten Befreiungskräfte zusehends in die Offensive gegangen. Die Bildung der DRU „ist zweifellos ein historisches Ereignis, das eine maximale Garantie für den Sieg der Revolution in El Salvador gibt“.

Die DRU konnte der Junta-Armee in den letzten Wochen

entscheidende militärische Schläge versetzen. Vier Provinzen des Landes – Morazan, La Union, San Miguel und Chalatenango – wurden bereits zu halbbefreiten Zonen erklärt (Stand August d.J.), in denen die Bauern sich Selbstverwaltungssysteme, eigene Kommunikationseinrichtungen, Schulen und gesundheitliche Einrichtungen geschaffen haben. Aus DRU-Berichten geht hervor, daß sich täglich Hunderte von Bauern und auch Soldaten der Junta-Armee den Volksbefreiungskräften anschließen.

Die christdemokratische Militärjunta und die in der Wirtschaftsallianz zusammengeschlossene salvadorianische Großbourgeoisie halten sich heute nur noch mit finanzieller und militärischer Rückendeckung durch die USA im Sattel. „Endgültig zu spät scheint es für Kompromisse zu sein“, resümieren hiesige großbürgerliche Beobachter.⁷

Was im Oktober letzten Jahres als „demokratische Öffnung“ deklariert worden war, entpuppt sich heute als „wahrer Ausrottungskrieg“⁸ gegen das Volk von El Salvador. Nach Schätzungen der Menschenrechtskommission El Salvadors gehen täglich 40-50 Menschen – seit Jahresanfang über 6.000 – auf das Konto der Junta-Armee und der von ihr ausgehaltenen paramilitärischen Banden.

Ende Juli d.J. sind die Militärs zur „ersten Operation der verbrannten Erde“ gestartet, die sich in erster Linie auf die halbbefreiten Gebiete konzentrierte. „Durch amerikanische Kampfjets (wurden) zahlreiche Dörfer total zerstört... Die Grenzwälder zu Honduras werden jetzt von den Hubschraubern aus entlaubt und mit Napalm verbrannt.“⁹ Hunderte von Bauern wurden in den letzten Wochen niedergemetzelt, Tausende von ihrem Land vertrieben.

Nach Augenzeugenberichten sind heute über 200 US-Militärberater direkt an dem Terrorfeldzug gegen das salvadorianische Volk beteiligt. In Ausbildungslagern an der Grenze zu Honduras und in El Salvador werden Junta-Einheiten, Angehörige der honduranischen und guatemalteckischen Armee, Exilkubaner und Offiziere des einstigen Saigoner Marionettenregimes von vietnamerfahrenen US-Experten in der Guerilla-Bekämpfung geschult.

US-Einschaltung gegen „zweites Nicaragua“

Mit massiven Finanzspritzen wie die im Juni 1980 ohne die sonst üblichen Formalitäten gewährte Anleihe von 49 Mio Dollar für Waffenkäufe und Waffenlieferungen versucht die Carter-Administration die von ihr hochgepöppelte christdemokratische Militärjunta in El Salvador am Leben zu erhalten. Um ein „zweites Nicaragua“ in Mittelamerika zu verhindern, „haben sich die Aggressoren in El Salvador auf einen langen Krieg eingerichtet, der das Vietnam von Mittelamerika werden könnte“.¹⁰

Nachdem es den USA bis heute nicht gelungen ist, die Zustimmung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) für ein „Friedenscorps“ und damit für eine offene Intervention in El Salvador zu bekommen, sind sie auf der Suche nach Handlangern, die die Geschäfte des US-Imperialismus auf leiseren Sohlen erledigen. So klagt die Demokratisch-Revolutionäre Front die christdemokratische Regierung Venezuelas an, die Junta El Salvadors „nicht nur politisch, sondern auch mit Waffen und militärischem Know how“¹¹ zu unterstützen. Bekanntgeworden ist, daß die USA Venezuela als Brücke für eigene Waffenlieferungen nach El Salvador nutzen.

Daß sich Washington auch von seinem NATO-Partner Bundesrepublik größeres Engagement in Mittelamerika, speziell in El Salvador, wünscht, wurde SPD-Vize Hans-Jürgen Wischniewski bei seinem USA-Besuch Ende Juli d.J. klar gemacht. Während der SPD-Vorsitzende und Präsident der Sozialistischen Internationale Willy Brandt einer FDR-Dele-

gation bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik volle Solidarität zusicherte,¹² bescheinigte sein Parteifreund H.J. Wischniewski der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik „eine positive Entwicklung“ und beteuerte, daß die SPD kein Interesse habe, „den USA Schwierigkeiten zu bereiten“.¹³ Um das Versprechen auch durch konkrete Taten zu untermauern, hat das Auswärtige Amt mitgeteilt, man wolle nach El Salvador „demnächst wieder einen Geschäftsträger entsenden“.¹⁴

Die CDU/CSU dagegen macht aus ihrer Sympathie für die „reformwillige und tüchtige Regierung“¹⁵ in El Salvador kein Hehl. „Die deutschen Christdemokraten“ – so der Kommentar des Spiegel – „setzen, ebenfalls mit Geld und guten Taten, weiter auf die bankrotte Junta in San Salvador“.¹⁶ Zu den „guten Taten“ zählte ein von der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltetes Seminar zur „Bekämpfung des Terrorismus“ am 18. Juni d.J. in Westberlin, an dem der Innenminister El Salvadors teilgenommen hat.¹⁷



Nach dem schmerzvollen Verlust Nikaraguas wollen die USA und das internationale Monopolkapital in El Salvador mit einer Junta am Ball bleiben, deren Tage heute schon gezählt sind. So jedenfalls die Meinung der salvadorianischen revolutionären Linken: „Der Volksaufstand in diesem Land ist heute bereits eine Kraft, die nicht mehr zu bändigen ist und die auf den genauen Moment zur Einleitung der Endoffensive wartet.“¹⁸

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15. und 19.8.1980
- 2) DRU-Erklärung in Mexiko City, nach: Prensa Latina, Paris, 25.8.1980
- 3) FDR-Erklärung, Prensa Latina, 19.8.1980
- 4) Prensa Latina, 25.8.1980
- 5) FDR-Erklärung, Prensa Latina, 19.8.1980
- 6) Der DRU, die am 22.5.1980 gegründet wurde, gehören an: Die Volksbefreiungskräfte Farabundo Marti (FPL), die Kommunistische Partei El Salvadors (CPS), der Nationale Widerstand (FARN) und die Partei der Salvadorianischen Revolution/Revolutionäres Volksheer (PRS-ERP). Vgl. auch DRU-Manifest in AIB 9/1980, S. 27-28
- 7) Handelsblatt, 15.8.1980
- 8) Interview mit Schafik Handal, Generalsekretär der KP El Salvadors in: L'Humanite, Paris, 12.8.1980
- 9) FAZ, 4.8.1980
- 10) Sch. Handal in: L'Humanite, 12.8.1980
- 11) FDR-Erklärung, Prensa Latina, 17.6.1980
- 12) dpa-Meldung, 25.6.1980
- 13) Wischniewski-Interview im Deutschlandfunk, SPD-Service, Bonn, 4.8.1980
- 14) Der Spiegel, Nr. 32/1980
- 15) Frankfurter Rundschau, 16.6.1980
- 16) Der Spiegel, Nr. 32/1980
- 17) Unsere Zeit, 16.8.1980
- 18) DRU-Erklärung in Mexiko City, Prensa Latina, 25.8.1980

Die Aufstandslinie der ERP (2. Teil)

Vielleicht einer der waghalsigsten Schritte, die wir bisher unternommen haben, war der Aufstand am 16. Oktober 1979, an dem Tag, nachdem die Regierung General Carlos Humberto Romeros stürzte. 12 Stunden lang und in manchen Fällen länger besetzten wir militärisch mehrere Dörfer, in denen sehr lange Schlachten stattfanden, während derer wir von der lokalen Bevölkerung unterstützt wurden. Die materiellen Mittel waren gering, doch die Moral der Massen hielt an.

Warum entschlossen wir uns, solche Aktionen durchzuführen? Weil der Sturz Romeros ein imperialistisches Manöver war, und dies wurde voll ausgeführt, um das salvadorianische Volk zu betrügen. Hätte es sich konsolidiert, hätte dies eine Niederlage, sicherlich nur für eine kurze Zeit, bedeutet, aber gleichwohl eine Niederlage für eine revolutionäre Alternative. Zu jener Zeit mußte jede Verteidigung der revolutionären Alternative kühn und entschlossen sein. In der Tat war es notwendig, all diese eingeschlossenen Risiken in Kauf zu nehmen, angefangen mit dem Verlust unserer Kader. (...) Das Ziel war strategisch; den revolutionären Prozeß zu erhalten.

FRAGE: Welche Meinung hat die PRS-ERP in Bezug auf die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte in El Salvador?

J. VILLALOBOS: Wir sehen die Einigung als einen Prozeß an, der durch ständige Zusammenarbeit aufgebaut wird, nicht umständlich oder unter der Kontrolle einer revolutionären Kraft. Und mit Koordination meinen wir eine echte, offene Zusammenarbeit, welche die Revolution El Salvadors zum Hauptziel hat. Dieser würden organische Stadien folgen, in der fortgeschrittene politische Abteilungen geschaffen würden, um die salvadorianische Revolution auf der Basis der ganzen revolutionären Kräfte anzuführen.

Das ist unsere Ansicht, wie Einigung verstanden als ein Prozeß zustandekommen sollte, ohne jemals Grenzen zu bestimmen. (...)

Wir müssen den Subjektivismus bekämpfen. Und die Einheit muß als politische Einheit gesehen werden, an der alle Kräfte der salvadorianischen Revolution teilnehmen, auch solche, die bisher keine bedeutende Rolle gespielt haben, aber welche, und das ist sehr wichtig, nicht vom revolutionären Prozeß als Ganzes abgeschnitten werden dürfen.

Wie sehen wir die Einigung vom Standpunkt der Allianz mit den demokratischen Kräften? Wir meinen, daß wir eine breite Haltung einnehmen, hinsichtlich der Teilnahme der demokratischen Kräfte als Teil der Politik, die es den revolutionären Kräften möglich macht, ihnen zu zeigen, wie die revolutionären Kräfte Kräfte der Veränderung sind, die für eine echte Volksdemokratie eintreten. Richtige Anwendung einer solchen Politik würde den Imperialismus ausschließen, und die Teile der Oligarchie, die ihm als strategisches Werkzeug dienen... (...)

Die revolutionären Kräfte können und dürfen nicht die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik mit den demokratischen Kräften vergessen, so daß die Politik die doppelte Aufgabe erfüllen kann, die Volksmassen zu ermutigen und Vertrauen in die revolutionäre Linke als Alternative für die demokratischen Kräfte zu inspirieren. (...)

FRAGE: Wie erklärt die PRS-ERP Untergrundarbeit?

J. VILLALOBOS: Als wir uns zu einer Organisation heraus-

bildeten, klopfte der Feind schon an die Tür. Der Untergrund wurde damals absolut lebensnotwendig, bis zur letzten Einzelheit, weil dies für die Kaderabteilung der einzige Weg zum Überleben war. Und wenn wir von der Kaderabteilung sprachen, meinen wir nicht nur die PRS-ERP, sondern alle anderen, d.h. alle revolutionären Organisationen, welche auf dem einen oder anderen Weg zu der Tatsache beigetragen haben, daß nun geeignete Richtlinien für eine Politik der Stärke angenommen werden.

Heute ändert sich das Konzept des Untergrunds, es wird kühner und politischer. Es ist nicht mehr länger eine technische Methode. (...) Hier in El Salvador kann man dies beispielhaft anhand der bewaffneten Verteidigung der Massen in den politischen Volksfronten sehen. (...) Hier nehmen die Spielregeln des Untergrunds andere Merkmale an, weil hier eine Legitimation des Selbstverteidigungsprozesses gegen den brutalen Feind stattgefunden hat, der solche Organisationsformen und Aktionen stichhaltig gemacht hat.

Deshalb meinen wir, daß es lebensnotwendig ist, mit einigen Forderungen des Untergrunds der Reihe nach zu brechen, um unter den Volksmassen die Ansicht zu verbreiten, daß auch ihre Kampfformen Formen sind, die Politik der Stärke zu verankern. (...)

Neue Spielregeln des Untergrundkampfes

FRAGE: Wie verhält sich die PRS-ERP zur internationalen Politik?

J. VILLALOBOS: Wenn wir über unsere internationalen Positionen sprechen, schließen wir den Kampf gegen den US-Imperialismus ein, welchen wir als Hauptfeind aller Völker und revolutionären Bewegung betrachten. Deshalb begrüßen wir die großen Beiträge, die von den Völkern Indochinas, besonders den Vietnamesen errungen wurden, die den größten aller Siege errungen haben, indem sie die imperialistische Politik zum Rückzug zwangen und dem Imperialismus eine Schwächung zufügten. (...)

Trotz geographischer Entfernung, ungeachtet natürlicher Unterschiede haben wir einen gemeinsamen Feind, der besiegt und geschwächt vom Volke Vietnams den Sieg des nikanaganischen Volkes ermöglichte und die zukünftigen Siege der salvadorianischen und zentralamerikanischen Revolution ermöglichen wird. Wir betrachten alle revolutionären Kräfte Lateinamerikas, besonders im zentralamerikanischen Raum und ganz besonders die kubanische Revolution, als strategische Verbündete der salvadorianischen Revolution.

Indem wir uns selber als Feind des US-Imperialismus verstehen, identifizieren wir uns mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker. In einem Wort, wir erklären uns mit der Sache aller ausgebeuteten und unterdrückten Völker solidarisch.

FRAGE: Wie sieht die Zukunft El Salvadors aus?

J. VILLALOBOS: Dies könnte gut das Jahr der Einheit werden, das Jahr, das den Anfang großer entscheidender Kämpfe für die endgültige Befreiung markiert.

(Quelle: Granma, Havanna, 18.5.1980)

Mit Tomas Borge Martines, Innenminister Nikaraguas und Mitglied der Nationalen Leitung der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung (FSLN), und einer Rede des kubanischen Ministerpräsidenten Fidel Castro, gehalten in Ciego de Avila am 26. Juli 1980, dem 27. Jahrestag des Guerillasturmes auf die Moncade-Kaserne und im Anschluß an Fidels Nikaragua-Besuch, setzen wir unsere in AIB 4/1980 eröffnete Diskussionsreihe zum Thema Lehren, Erfahrungen und Orientierungspunkte der nikaraguanischen Revolution fort. T. Borge und Fidel Castro nehmen u.a. zu Fragen des Charakters der revolutionären Umgestaltung, zur gegenwärtigen Aufgabenstellung, Ausstrahlung Nikaraguas sowie zur aktuellen Situation Stellung. In einer unserer nächsten Ausgaben soll eine ausführlichere Reportage über Eindrücke aus dem neuen Nikaragua folgen.

Tomas Borge

Die sandinistische Revolution – eine wahre Volksrevolution



FRAGE: In der Weltpresse wird die nikaraguanische Revolution in unterschiedlichster Weise eingeschätzt. Wie charakterisieren sie die Sandinisten selbst?

T. BORGE: Wir halten die Revolution in Nikaragua für eine demokratische, antiimperialistische Revolution des Volkes. Unsere Revolution hat mit der Tyrannei Schluß gemacht. An ihr nehmen über die gesellschaftlichen Organisationen die breiten Massen aktiv teil; das Land hat die politische Unabhängigkeit erlangt, und das Volk ist zum Herrn über sein Schicksal geworden; von nun an können die USA nicht als Patrone und schon gar nicht als Herren akzeptiert werden. Unsere Revolution kann auch als agrarische bezeichnet werden, weil eines ihrer Ziele darin besteht, die Produktionsverhältnisse im Dorf zu verändern.

Die sandinistische Volksmacht konsolidieren

Heute steht vor uns die Aufgabe, die revolutionäre sandinistische Macht zu schützen und zu konsolidieren, das „Notstands- und Reaktivierungsprogramm 1980 zum Wohl des Volkes“ („Plan 80“) zu erfüllen, den Prozeß der grundlegenden Umgestaltungen zu vertiefen, die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern, zum Ruhm des Heimatlandes beizutragen, das wir als ein Beispiel für Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität sehen möchten. Im weiteren werden unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein, die volle nationale Unabhängigkeit zu erlangen, den wirtschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, den Wohlstand der Volksmassen zu heben.

Die sandinistische Revolution ist wie jede wahre Volksrevolution als Äußerung der Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung zutiefst national. Wir meinen die eigenen Erfahrungen im antiimperialistischen Kampf sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart, das revolutionäre Schöpfungstum, die Kühnheit, den Heldenmut unseres Volkes,

dem die Ideen des großen nikaraguanischen Patrioten Augusto Cesar Sandino und eines der Begründer der FSLN, Carlos Fonseca Amador, der 1976 im Kampf gegen die „Straf“einheiten Somozas gefallen ist, vertraut waren. Die Sandinisten waren bestrebt, die revolutionären Erfahrungen der anderen Länder schöpferisch und ernsthaft zu studieren, all jener, die gegen den Imperialismus, für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekämpft haben und kämpfen; die Erfolge und die Fehler der vorangegangenen Revolutionen, alle sozialen Erscheinungen zu analysieren, die auch nur den geringsten Bezug zu unserer Sache haben.

FRAGE: Wie ist die gegenwärtige Gruppierung der politischen Kräfte in Nikaragua?

T. BORGE: Die übergroße Mehrheit unseres Volkes unterstützt entschlossen und, ich möchte sagen, leidenschaftlich die FSLN, ihre Führung.

Die traditionellen Parteien, darunter die Konservative und die Liberale, bestehen weiter. Aber sie sind faktisch so gut wie verschwunden. Einige Parteien, z.B. die Sozialchristliche Partei, die eine unbedeutende Minderheit der Bevölkerung repräsentierten, werden von den reaktionären Kreisen unterstützt. Es gibt ferner Kräfte, die sich einst in Opposition zum Somoza-Regime befanden, darunter die Unabhängige Liberale Partei und die Christlich-Soziale Volkspartei. Was die Nikaraguanische Sozialistische Partei (PSN) betrifft, so hat sich eine ihrer Gruppierungen bereits in die FSLN eingereiht, während die andere mit der Führung der Front verhandelt und sich aller Wahrscheinlichkeit nach bald in diese eingliedern wird. Außerdem wirken Organisationen (wie die Nikaraguanische Demokratische Bewegung – MDN), welche die FSLN kritisieren. Wir sind bestrebt, die aufkommenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, und, wo immer möglich, von einem taktischen zu einem strategischen Bündnis überzugehen.

Bekanntlich gibt es bei uns Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Nur Somoza-Anhänger und Konterrevolutionäre, die den Lauf der Ereignisse in Nicaragua umkehren möchten, genießen sie nicht. Unsere Demokratie ist weder heuchlerisch noch verlogen. Sie hat nichts gemein mit der „Demokratie“, die von Somoza gefördert wurde und von Stroessner, seinem paraguayischen Komplizen, verteidigt wird.

Wir sind bestrebt, die Sandinistische Befreiungsfront zu festigen, auf ihrer Grundlage eine Avantgardepartei der Revolution zu schaffen – den politischen Führer der Volksmassen; wir sind bestrebt, die Entwicklung der Massenorganisationen, wie z.B. der Sandinistischen Zentrale der Werktätigen (CST), in jeder Weise zu fördern. Dazu sind alle Voraussetzungen gegeben. Der Koordinierungsausschuß der Gewerkschaften unterstützt unseren Vorschlag zur Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale. Große Bedeutung messen wir der Arbeit der Sandinistischen Jugend „19. Juli“ sowie dem Verband der Landarbeiter (ATC) bei. Gegründet wurde die Vereinigung Sandinistischer Kinder (ANS).

Alle diese Vereinigungen betrachten wir als Bindeglieder zwischen Vorhut und Massen. Ein besonderer Platz wird der Tätigkeit der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) zugewiesen, die einerseits die politische Linie der FSLN in die Volksmassen tragen und andererseits der Führung des Landes alle Hoffnungen, Erwartungen, Meinungen und Besorgnisse der Bevölkerung, deren konkrete Forderungen und konstruktive kritische Vorschläge vermitteln sollen. Natürlich sind wir bestrebt, die sandinistische Volksarmee (ESP), die Sandinistische Volksmiliz, die Sandinistische Nationale Polizei (PNS) und die Staatssicherheitsorgane zu festigen, die zum Kampf gegen Kriminalität und zur Unterbindung konterrevolutionärer Umtriebe geschaffen worden sind. (...)

FRAGE: Einige Nicaragua-Experten sind der Ansicht, daß Ihr Land progressive Umgestaltungen vornehmen kann, wenn sich seine Führung im ökonomischen Bereich an die Politik der Koexistenz mit der Bourgeoisie hält. Wie denken Sie darüber?

„Koexistenz“ mit der Bourgeoisie?

T. BORGE: In der Tat. Wir brauchen die Erfahrungen jenes Teils der Bourgeoisie, die bereit ist, einen Beitrag zum Aufschwung der Produktion zu leisten. Es kann jedoch nicht so sehr um eine „Koexistenz“ mit der Bourgeoisie gehen als vielmehr um eine gemischte Wirtschaft, deren Entstehung sich aus den spezifischen Bedingungen unseres Landes ergibt.

Die Wirtschaftspolitik der FSLN sieht eine Kombination der drei Eigentumsformen vor: des privaten, des gemischten und des gesellschaftlichen Eigentums oder, wie wir es nennen, des Volkseigentums, geschaffen durch die Expropriation des Besitzes Somozas und seiner Kumpane, der korrupten Bourgeoisie, sowie durch Nationalisierung des Mineral-, Wald- und Wasserreichtums des Landes, der ausländischen Gesellschaften gehörte.

Mit der Festigung der Revolution und dem Wachstum des Bewußtseins der Volksmassen werden wir das Volkseigentum erweitern, ohne dabei die Beziehungen zu jenen Schichten der Bourgeoisie zu verschärfen, welche die revolutionären Veränderungen akzeptieren. Wir geben allen „grünes Licht“, die bereit sind, bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Befreiung des Landes aus der Rückständigkeit mitzuwirken. Und umgekehrt werden wir für all jene auf „Rot“ schalten, die sich gegen die neue Realität wenden und die Grundgesetzmäßigkeiten der sandinistischen Revolution, vor allem deren Unumkehrbarkeit, nicht zu begreifen vermögen, die in ihrem Starrsinn oder ihrer Verwirrung mit dem Kopf

durch die Wand wollen. (...)

Die Sandinistas werden einer egoistischen Minderheit niemals gestatten, ihren Willen dem Volk aufzuzwingen, das sich zum Kampf erhoben hat, um die Ketten der Abhängigkeit und Ausbeutung zu sprengen, um Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen. (...)

FRAGE: Welchen außenpolitischen Kurs verfolgt das neue Nicaragua?

T. BORGE: Die Sandinistas sind den Organisationen und Ländern dankbar, die sie vor dem Sieg der Revolution unterstützt haben. Heute wollen wir freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten und Völkern herstellen, die unsere nationale Souveränität respektieren, die unserem Kampf für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt Sympathie entgegenbringen.

Die außenpolitische Grundlinie Nicaraguas ist die Nichtpaktgebundenheit. Das erklärte mit aller Bestimmtheit Commandante Daniel Ortega auf der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna (September 1979, siehe AIB, Nr. 11-12/1979; d. Red.). Für uns bedeutet die Politik der Nichtpaktgebundenheit Kampf für volle nationale Souveränität, für eine neue Wirtschaftsordnung, gegründet auf äquivalentem Austausch und auf Gleichberechtigung. Als Antiimperialisten treten die Sandinistas entschlossen für die Ausrottung des Kolonialismus und Neokolonialismus, des Rassismus, Zionismus und der Apartheid ein. Natürlich kämpfen wir aktiv für den Weltfrieden, für die internationale Entspannung, für die baldige Ratifikation des SALT II-Vertrages, was die internationale Situation zweifellos verbessern würde.

Die FSLN betrachtet die friedliche Koexistenz nicht als ein Sich-Abfinden mit dem Imperialismus und der sozialen Unterdrückung. Wir sind der Ansicht, daß die Völker das volle Recht haben, alle Methoden und Formen des Kampfes, einschließlich des bewaffneten, anzuwenden, um ihre Befreiung zu erkämpfen. Die Sandinistas haben den Partisanenkrieg gegen die Tyrannei begonnen und den Frieden erkämpft; andere Völker Lateinamerikas sind ebenfalls imstande zu beweisen, daß sie den Repressivapparat der Ausbeuterklassen zerschlagen und eine Demokratie des Volkes schaffen können. Das wird ihr Beitrag zum Weltfrieden, zur Entspannung, zum antiimperialistischen Kampf sein.

Zweifellos spielt die sozialistische Gemeinschaft eine sehr wichtige Rolle bei der Zügelung der aggressiven Gelüste des Imperialismus, bei der Schaffung günstiger Bedingungen für die Entfaltung der revolutionären Prozesse. Die Sowjetunion und die anderen Staaten der Gemeinschaft haben einen gewichtigen Beitrag zur internationalen Entspannung, zur politischen und materiellen Unterstützung jener Völker geleistet, die sich aus der Umklammerung der neokolonialistischen Abhängigkeit befreit haben.

Neben ihnen gibt es Länder, die ebenfalls gegen die Einmischung des Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Lateinamerikas kämpfen. In dieser Hinsicht kann man die Position hervorheben, die kurz vor unserem Sieg von einer Reihe lateinamerikanischer Staaten bezogen wurde, darunter von Mexiko. Dank ihrer entschlossenen Schritte wurden die interventionistischen Pläne der USA hinsichtlich Nicaraguas vereitelt.

Heute unternehmen einige dieser Staaten Anstrengungen, um eine Invasion US-amerikanischer Truppen in El Salvador zu verhindern. Unsererseits haben wir bereits erklärt, daß jede Aggression gegen El Salvador von uns als Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten gewertet werden wird. (...)

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 6/1980, S. 818 - 821)

Rede Fidel Castros (1. Teil)

Vertrauen in das revolutionäre Nicaragua

Verehrte Gäste!

Einwohner von Ciego de Avila!

Mitbürger!

Neue Entwicklungen liegen in der Luft. Im letzten Jahr feierten wir unseren 26. Juli eine Woche nach dem großen Sieg der Sandinistas und eine große Zahl nikaraguanischer Guerillakommandeure nahm an den Festlichkeiten teil. Schließlich wurde unsere Feier zum 26. Juli 1979 zu einer Feier für die Sandinistas. (...)

Es ist unvermeidlich, daß wir etwas über Nicaragua sagen. Es ist für uns von Interesse, für alle von uns; nicht nur für uns Kubaner, sondern für alle Lateinamerikaner.

Ich bin sicher, Ihr wißt alle, was es bedeutet, der Eindruck, das Glück, die Begeisterung, der Optimismus, die Empfindungen, die einen bestürmen bei der Ankunft in dem zweiten lateinamerikanischen Land, das sich selbst vom Imperialismus befreit hat. In dieser Hemisphäre gibt es nunmehr nicht zwei, sondern drei von uns, weil wir Grenada ebenfalls hinzuzählen müssen. (...)

Nicaragua – ein neuartiges revolutionäres Projekt

Es ist überflüssig zu sagen, daß Somoza Nicaragua wie eine Art private Hazienda regierte. Somoza besaß den größten Grundbesitz, den Großteil der Industrie und der Produktion, so daß die Sandinistas die Kontrolle über einen großen Prozentsatz der Industrie und der Landwirtschaft des Landes dadurch erhielten, daß sie einfach das Eigentum Somozas und seiner Anhänger beschlagnahmten.

Nicaragua hat kein sozialistisches System. Es hat vielmehr eine gemischte Wirtschaft. Es gibt sogar ein Mehrparteiensystem. Es gibt die Sandinistische Front und linksgerichtete Gruppen, und warum auch nicht? Es gibt auch mehrere Rechtsparteien. Deshalb können wir uns Nicaraguas Lage nicht genau wie die Kubas vorstellen.

In Nicaragua gibt es ein neues revolutionäres Projekt, in dem Sinne, daß sie im gegenwärtigen Stadium einen nationalen Wiederaufbau mit der Unterstützung aller anstreben. Wie sie am 11. Juli angekündigt haben, beabsichtigen sie auch, eine Agrarreform auf ihren brachliegenden Ländereien durchzuführen, aber sie versuchen auch, die privaten Industriellen, die im Land geblieben sind und die mittleren Bauern, die nach kapitalistischen Methoden arbeiteten, dazu zu bewegen, daß sie ihr Bestes beim nationalen Wiederaufbau geben.

Das ist schon für sich genommen eine neue Erfahrung in Lateinamerika.

Unserer Meinung nach und angesichts der internationalen Lage und der Realität in Nicaragua ist dieses Projekt, das sie ausgearbeitet haben, in diesem Augenblick das Beste und Umsichtigste. (...)

Es ist wirklich beeindruckend, was die Sandinistas im ersten Jahr der Revolution für den Wiederaufbau des Landes zu leisten vermochten. Sie haben sogar Dinge, die wir in unserem ersten Jahr nicht hatten. Sie haben z.B. die Massen

bereits organisiert: die Gewerkschaften, die Sandinistischen Verteidigungskomitees, die Frauen, die Jugend, die Sandinistische Kindervereinigungen – etwa mit unseren Pionieren vergleichbar. Sie haben die Sandinistische Nationale Befreiungsfront, die im ganzen Land gut organisiert ist und die wie die revolutionäre Partei und die Vorhut von Nicaragua ist. Sie haben eine kollektive Führung, die sich aus einer Gruppe von Guerillakämpfern zusammensetzt, mit einem langjährigen Einsatz, großem Ansehen und großem Erfahrungsschatz, die trotz langjährigen Kampfes doch eine sehr junge Gruppe sind, aber mit dem Vorteil, zugleich erfahren und reif zu sein.

Sie haben eine Regierung des Nationalen Wiederaufbaus, die sich aus erfahrenen, fähigen Personen zusammensetzt. Es gibt enge Beziehungen zwischen der Sandinistischen Front und der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus. Die Geschlossenheit unter den Sandinistas, den Kämpfern und der Führung, ist groß. Deshalb sind alle Bedingungen vorhanden, um den revolutionären Prozeß erfolgreich weiterzuführen. Der Kampf der Sandinistas rief große Sympathie und große internationale Solidarität hervor, nicht nur in Lateinamerika, sondern in der ganzen Welt. Die Breite der Regierung, die sie gebildet haben, ist ohne Zweifel sehr günstig, um auch in Zukunft die breiteste internationale Unterstützung zu erhalten.

Im letzten Jahr forderten wir die westliche Welt heraus, zu zeigen, wer dem Volk Nicaraguas am meisten helfen würde, eine Art Wettbewerb der Hilfeleistung. Wir gaben unserer



Fidel Castro im Kreise nikaraguanischer Revolutionsführer: Daniel Ortega (r.) und Sergio Ramirez (l.)

Bereitschaft Ausdruck, im Rahmen aller unserer Möglichkeiten Unterstützung zu leisten, und wir forderten alle anderen Länder dazu auf – kapitalistische, ölfördernde und ebenso sozialistische Länder – der nikaraguanischen Revolution ihre größtmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, weil das Land diese wirklich brauchte.

Gibt es also eine Revolution in Nicaragua oder nicht? In Nicaragua geht eine wirkliche Revolution vor sich. Und bedeutet die Existenz der Bourgeoisie, des Privateigentums in Nicaragua, daß sich dort eine bürgerliche Revolution vollzieht? Nein. Es gibt nichts, was in Nicaragua mit einer bürgerlichen Revolution vergleichbar wäre. In Nicaragua vollzieht sich in erster Linie eine Volksrevolution, deren Hauptstütze bei den Arbeitern, den Bauern, den Studenten und den Mittelschichten der Bevölkerung liegt.

Diese Volksrevolution treibt den Prozeß voran, plant den Prozeß, so daß das Richtige im richtigen Augenblick getan wird.

Christen auf Seiten der Revolution

Die grundlegende Sache in einer Revolution, die grundlegende Sache, um von einer Revolution sprechen zu können, einer Revolution des Volkes, besteht darin, das Volk auf seiner Seite und die Waffen zu haben.

Was sich in Chile ereignete, kann niemals in Nicaragua geschehen, auf keinen Fall, weil das Volk die Waffen besitzt. Aus diesem Grund ist die Revolution gesichert. Und die Revolution plant ihre Entwicklung entsprechend der wirklichen und objektiven Bedingungen des Landes.

Meine Treffen waren nicht nur auf das Volk begrenzt. Ich traf auch mit fast 400 Gewerkschaftsführern zusammen und legte unsere Erfahrungen auf allen Gebieten dar. Ich traf ebenfalls mit einer großen Zahl von Priestern und fortschrittlichen religiösen Führern zusammen, die auf der Seite der Revolution stehen und diese voll unterstützen.

Nicaragua ist ein Land, in dem die religiösen Gefühle weit aus tiefer verankert sind als sie es in Kuba waren. Deshalb ist die Unterstützung dieser religiösen Sektoren für die Revolution sehr wichtig.



Managua 19. Juli 1979: Sandinista-Guerilleros bejubeln ihren Sieg

Einst haben wir in Chile und auch in Jamaika vom strategischen Bündnis zwischen Christen und Marxisten-Leninisten gesprochen. Wenn die Revolution in Lateinamerika einen antireligiösen Charakter annähme, würde sie das Volk spalten. In unserem Land war die Kirche, allgemein gesprochen, die Kirche der Bourgeoisie, der Wohlhabenden, der Grundbesitzer. Dies ist in vielen Ländern Lateinamerikas nicht der Fall, wo Religion und die Kirche tiefe Wurzeln im Volk haben. Die reaktionären Klassen haben versucht, die Religion gegen den Fortschritt einzusetzen, gegen die Revolution, und sie erreichten tatsächlich ihren Zweck über eine recht lange Zeitspanne hinweg. Jedoch ändern sich die Zeiten, und dem Imperialismus, der Oligarchie und der Reaktion fällt es zunehmend schwerer, die Kirche gegen die Revolution zu mißbrauchen.

Viele religiöse Führer haben aufgehört, ausschließlich über Belohnungen im Jenseits und Glück im Jenseits zu reden, und sprechen von den Bedürfnissen und dem Glück in der diesseitigen Welt. Denn sie sehen den Hunger des Volkes, die Armut, die ungesunden Lebensbedingungen, die Unwissenheit, das Leiden und den Schmerz.

Wenn wir uns daran erinnern, daß das Christentum zu Anfang die Religion der Armen war, daß es in den Tagen des Römischen Reiches die Religion der Sklaven war, weil es auf tiefen menschlichen Geboten beruhte, dann besteht kein Zweifel daran, daß die revolutionäre Bewegung, die sozialistische Bewegung, die kommunistische Bewegung, die marxistisch-leninistische Bewegung sehr viel Nutzen haben würde, wenn ehrliche Führer der katholischen Kirche und anderer Religionen zu dem christlichen Geist der Tage der römischen Sklaven zurückkehren würden. Darüber hinaus würde auch das Christentum zusammen mit dem Sozialismus und Kommunismus den Nutzen davontragen.

Und einige religiöse Führer in Nicaragua fragten uns: warum ein strategisches Bündnis, warum nur ein strategisches Bündnis? Warum sprechen wir nicht von der Einheit zwischen Marxisten-Leninisten und Christen?

Ich weiß nicht, was die Imperialisten darüber denken. Aber ich bin davon vollkommen überzeugt, daß die Formel höchst explosiv ist. Sie existiert nicht nur in Nicaragua, sondern auch in El Salvador, wo die revolutionären und die christlichen Kräfte engstens zusammenarbeiten.

Aber nicht nur in El Salvador: da ist Guatemala, wo auch ständige Unterdrückung und Mord herrschen, Mord auch an Priestern.

Seht wie Reaktion und Faschismus ständig Priester umbringen, wie der Erzbischof von El Salvador auf niederträchtige Art umgebracht wurde. Dies ist so, weil Reaktionäre und Faschisten – von denen viele jeden Sonntag zur Kirche gehen – dann, wenn sie ihre Interessen berührt, in Gefahr sehen, nicht zögern, Bomben in Kirchen zu legen und Priester und Bischöfe umzubringen. Sie würden den Papst umbringen, wenn sie könnten.

Aber nicht nur in El Salvador. Da ist auch Guatemala, wo ebenfalls ständige Unterdrückung und Mord, auch an Priestern, herrschen. Es gibt dort zahlreiche Priester, die auf der Seite der Revolution stehen. (...)

Als ich auf dem Platz der Revolution in Managua sprach (am 1. Jahrestag der nikaraguanischen Revolution, dem 19. 7. 1980; d. Red.), war ich nicht dort, um Ratschläge zu erteilen. Ich sagte, ich war nicht dort um zu lehren, sondern um zu lernen. nicht zu beeinflussen, sondern mich beeinflussen zu lassen. Jeder, der die Geschichte studiert, und wirklich an politisch-revolutionären Prozessen interessiert ist, wird von jeder neuen Revolution sehr viel lernen.

Es gab einige Leute, die besorgt waren, weil Fidel Nicaragua besuchte, und die sich die Frage stellten, ob der Besuch nicht schädlich für die Bevölkerung Nicaraguas sein würde. Die Nicaraguaner wußten sehr wohl, daß ich niemals von



Wiederaufbau im neuen Nikaragua

mir aus den Wunsch geäußert habe, Nikaragua zu besuchen und mich niemals selbst dorthin eingeladen habe. Sie wußten sehr gut, daß ich bereit war, Nikaragua an jenem Tag und zu jenem Zeitpunkt zu besuchen, der ihnen paßte, sei es im ersten Jahr, im zweiten, im dritten oder in den nächsten zehn oder 20 Jahren, oder auch nie.

Denn wir haben keine Verwendung für jegliche Art von Eitelkeit, für jegliche Art von Chauvinismus oder jegliche Form des Hegemonismus: unsere Revolution soll ein Beispiel sein, sie will nicht hegemonistisch sein. Unsere Revolution hat kein Interesse daran, als die Führerin oder der Wegweiser der Völker zu erscheinen. Wir würden uns sehr freuen, den Hintergrund – den Hintergrund im Sinne des Wortes – eines ganzen revolutionären Lateinamerika und der Karibik zu bilden.

Wir sind an der Revolution, an der Befreiung unserer Völker interessiert. Und aus diesem Grund fahren wir nach Nikaragua, nicht weil die Sandinistas uns einluden, sondern weil sie uns darum baten, daß wir Nikaragua besuchten.

Ich sage dies als eine Warnung an jene, die denken, daß wir eingebildet seien und danach trachteten, uns selbst groß herauszustellen. Unsere Freundschaft mit den Sandinistas entstand nicht erst gestern oder vor einem Jahr, sondern vor 20 Jahren. Und wir haben sehr enge Beziehungen, aber auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und Vertrauens. Die Imperialisten und die Reaktionäre sind darüber beunruhigt, was in Guatemala und in El Salvador und in allen anderen Ländern passieren kann. Wir sind nicht aufgeschreckt. Die Imperialisten sind aufgeschreckt, wenn sie mit Marxisten-Leninisten konfrontiert sind. Sie bekommen es dann mit der Angst zu tun. Für sie ist der Anblick eines Marxisten wie die Erscheinung eines Geistes, wie ein Auftreten des Teufels selbst. Sie verbringen schlaflose Nächte darüber.

Aber wir verspüren keinen Schrecken, wenn wir die Bourgeoisie sehen, wir lachen. Wenn die Reaktionäre einen Sozia-

listen, einen Kommunisten, einen Marxisten-Leninisten sehen, dann denken sie, dies ist das Ende der Bourgeoisie. Aber wenn wir ein Mitglied der Bourgeoisie sehen, dann denken wir nie, daß der Sozialismus und der Kommunismus sich ihrem Ende nähern. Das ist so, weil die bürgerliche Gesellschaft schon der Vergangenheit angehört, ebenso wie die Sklavenhalter- und die Feudalgesellschaft. Die Zeit wird kommen, da die Menschen fragen werden: „Was war das für ein Wahnsinn, den man Kapitalismus nannte? Wozu war er gut?“ Der Kapitalismus wird dann hier und anderswo der Vergangenheit angehören.

Ich erkläre alle diese Dinge, damit niemand verwirrt ist und um unserem Vertrauen in die sandinistische Revolution Ausdruck zu verleihen, unsere Meinung kund zu tun, daß sie das, was sie tun, außergewöhnlich gut machen, auf sehr richtige Art. Sie halten die Macht in ihren Händen, und sie können ihre Zukunft planen. Kein bezahlter Staatsstreich wird jemals die sandinistische Revolution beseitigen. Es wird dort keinen Staatsstreich geben, weil das Volk die Macht in den Händen hält und die Waffen besitzt. Was in Chile passierte, kann dort nicht geschehen. Was in Bolivien passierte, kann dort nicht eintreten.

Dies zeigt, wozu die Reaktionäre, die Kapitalisten und die Imperialisten in der Lage sind. Sie reden von Parlament, Verfassungen und Demokratie. Was ist das für eine erbärmliche Demokratie, wenn das Volk nicht zählt, wenn eine Wahl stattfindet, das Volk zur Wahl geht und eine fortschrittliche Regierung wählt und dann ein faschistischer Staatsstreich stattfindet und die Unterdrückung beginnt?

Das gleiche geschah in El Salvador. Sobald die revolutionäre Bewegung an Kraft gewann, gab es einen Staatsstreich. In El Salvador hat das faschistische Militär im Bündnis mit der Christdemokratie – bei der nichts von der Demokratie geblieben ist und die gewiß nicht christlich ist – ein völkermörderisches Regime errichtet. In El Salvador werden täglich im Durchschnitt 50 Menschen ermordet.

Ich möchte jene Regierungen fragen, die ein solches Aufhebens machten um den Abschaum (in Kuba; d. Red.), warum sie nicht ein einziges Wort verlieren über die Dutzende von Verbrechen, die jeden Tag gegen das Volk von El Salvador begangen werden? Sie zeigten sich sehr besorgt über das Schicksal einiger obskurer Lumpenproletarier hier, gewöhnlicher Krimineller, Müßiggänger und Parasiten, denen nicht ein einziges Mal ein Leid zugefügt worden ist, denen nicht das geringste Härchen gekrümmt wurde.

Eine Salvador-Intervention hätte Folgen

Nun, um ganz offen zu sein, sie mußten beschützt werden, damit ihr Haar nicht zerzaust wurde, und wir mußten unsere Bevölkerung mehrmals ermahnen, davon abzusehen, diese heruntergekommenen Elemente umzubringen. Aber was zählt ist, daß ihnen kein Leid zugefügt wurde. Sie wollten alle in das Paradies der Yankees ausreisen, in das Paradies der Prostitution, der Drogen, Spielhöllen usw. Kurz gesagt: Abschaum! Jene Regierungen wurden wegen dieser Leute sehr besorgt und begannen alle möglichen Kampagnen.

Und jetzt sehen wir uns einem Völkermord riesigen Ausmaßes gegenüber ... riesigen Ausmaßes! Nach den Plänen der Faschisten sollen 200.000 Bewohner El Salvadors umgebracht werden bei dem Versuch, die Revolution zu ersticken. Und sie ermorden Männer, Frauen und Kinder, unschuldige Menschen, um Schrecken zu verbreiten.

Warum erheben sich keine demokratischen Stimmen, um das elementarste Recht dieses heroischen Volkes auf Leben zu verteidigen?

Warum erheben sich keine demokratischen Stimmen, um das elementare Recht dieses heroischen Volkes auf Leben zu

verteidigen? Und worüber sprechen sie? Aha, über mögliche Interventionen!

Ich möchte keine Regierungen erwähnen, obwohl ich ganz genau weiß, um welche es sich handelt. Ich will sie nicht erwähnen, weil es manchmal besser ist, keinen großen Aufbruch zu machen angesichts der besonderen Situation, die gegenwärtig auf dem Kontinent herrscht. Angesichts der Tatsache, daß gerade ein Militärputsch in Bolivien stattgefunden hat, der von sehr vielen verurteilt worden ist. Aber einige von jenen, die den Staatsstreich in Bolivien verurteilt haben, wo sie mit härtesten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter, Bauern und Studenten vorgehen, unterstützen andererseits die Völkermordregierung der faschistisch-christdemokratischen Junta in El Salvador. Und die USA entsenden Ausbilder, Waffen und bieten der christdemokratischen Junta Wirtschaftshilfe an. Und sie reden von Intervention. Wir werden sehen was passiert, wenn sie in El Salvador einmarschieren sollten. Das Volk von El Salvador sollte nicht unterschätzt werden. Die Imperialisten sollten das Volk von El Salvador nicht unterschätzen, und sie sollten auch nicht die Stimmung in ganz Lateinamerika angesichts der Ereignisse in El Salvador unterschätzen.

Westliche Nicaragua-Hilfe: eine moralische Pflicht

Wir haben die einmütige, völlige Solidarität des Volkes von Nicaragua mit El Salvador erlebt. Ich bin überzeugt: sollten die Imperialisten so dumm sein, in El Salvador zu intervenieren, dann werden sie ein Vietnam in Zentralamerika schaffen.

Mehr noch. Die Yankee-Imperialisten unterstützten Somoza, weil sie es waren, die ihn an die Macht gebracht hatten. (...)

Die Imperialisten setzten Somoza ein. Sie haben in Nicaragua viele Jahre lang direkt eingegriffen. Sie schufen die Nationalgarde Somozas, die Somoza an die Macht brachte, die erste Somoza-Dynastie, es hat dort nämlich mindestens drei Alleinherrscher gegeben. Sie tragen die Schuld am Tode Sandinos. Sie tragen die Schuld für 50 Jahre Tyrannei, die über 100.000 Menschen in Nicaragua das Leben gekostet hat. Und sie unterstützten die Tyrannei bis zum Ende.

Sie dachten sich auch das Konzept einer interamerikanischen Friedenstruppe aus, mit der Absicht, zu intervenieren, um den Sieg der Sandinistas zu verhindern. Dies gelang ihnen nicht, weil selbst die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.), die berühmt-berüchtigte OAS, rebellierte, als sie versuchten, diesen Plan in die Praxis umzusetzen. Andernfalls hätten sie das versucht, was sie in Santo Domingo (US-Invasion 1965; d. Red.) getan haben.

Nun, die Sandinistas trugen den Sieg davon und die USA erklärten sich zur Zusammenarbeit bereit, zu einer freundlichen Haltung. Wir haben uns darüber gefreut, denn eine Politik der Zusammenarbeit erscheint doch viel vernünftiger zu sein als eine Politik der Feindseligkeiten. Eine Politik der Zusammenarbeit und nicht der Aggression.

Natürlich haben die Imperialisten schon etwas aus der kubanischen Revolution gelernt, aus ihren Aggressionsplänen, ihrer Blockade und ihrer Feindschaft gegenüber Kuba. Sie wollten ganz offensichtlich nicht zweimal die gleiche bittere Medizin schlucken müssen.

Nun, wir freuen uns, daß sie keine Blockade über Nicaragua verhängen, daß es keine wirtschaftliche oder andere Aggression gegen Nicaragua gibt, daß keine Umsturzpläne gegen Nicaragua existieren. Genau das verlangen wir vom Imperialismus. Und es ist die grundlegende moralische Pflicht der Imperialisten, wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, da sie das Volk von Nicaragua ausgebeutet haben und verantwortlich sind für 50 Jahre Tyrannei, die dieses erdulden mußte. Wir sind keinesfalls dagegen, sondern erfreut darüber, daß die

Imperialisten wirtschaftlich mit Nicaragua zusammenarbeiten.

Aber sie haben ein ganzes Jahr debattiert, bevor sie einen Kredit in Höhe von 75 Mio Dollar gewährten(...)

Völkermord wird nicht nur in El Salvador, sondern auch in Guatemala begangen. Leichen von Arbeitern, Studenten, Freischaffenden, selbst von Priestern, werden täglich aufgefunden. Dort herrscht ein Regime der Unterdrückung, des Völkermordes, (...)

Was können wir aus den Erfahrungen Guatemalas, El Salvadors, Chiles, Boliviens lernen? Sie lehren uns, daß es nur einen Weg gibt: den der Revolution! Sie lehren uns, daß es nur einen Weg gibt: den bewaffneten revolutionären Kampf! Das ist das Argument, das Kuba vorbrachte, als es zum Volk sagte: sie hintergehen Euch!

Die Oligarchie, die Reaktion und der Imperialismus bedienen sich alle dieser sog. konstitutionellen Mechanismen, der sog. repräsentativen Demokratie, um die Völker zu betrügen. Selbst wenn die überwältigende Mehrheit des Volkes in einem demokratischen oder sog. demokratischen Wahlmechanismus gegen eine reaktionäre Regierung stimmt und für eine fortschrittliche Regierung, oder sogar eine demokratische, dann gibt es einen Staatsstreich. Wie in Chile, wie in Bolivien. Und die Völker haben verstanden und erkannt, daß es nur einen Weg zur Befreiung gibt: den Kubas, Grenadas, den Nikaraguas. Es gibt keine andere Möglichkeit!

Wird fortgesetzt

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 3.8.1980)

Subskription

Hejo Heussen

Weltmarkt und soziale Not

Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der 3. Welt

Soziale Sicherheit bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit ist in Ländern der 3. Welt für den größten Teil der Bevölkerung soziale Unsicherheit – trotz oft ausgeklügelter Gesetzgebung.

Sozialpolitik ist mehr als hierzulande abhängig von weltwirtschaftlichen Konjunkturen, Strategien multinationaler Konzerne, Kämpfen zwischen Unternehmerklassen, Gewerkschaften und Parteien, ausgeliefert staatlichen Steuerungsversuchen im System nationaler Auseinandersetzungen und internationaler Ansprüche.

Heussen stellt Fragen nach dem Netz sozialer Sicherheit in der 3. Welt: Wie bestimmen die politökonomischen Abhängigkeiten Sozialpolitik? Welche Funktionen hat Sozialpolitik? Wer sind die Träger und was sind deren Interessen? Hier wird der Versuch gemacht, die Einflußfaktoren auf das System sozialer Sicherheit in ihrem historischen Wandel, ihrer Vielschichtigkeit und wechselseitigen Verzahnung empirisch und theoretisch zu fassen.

Am Beispiel Argentiniens erhält der Leser einen Einblick in die Eingriffsmöglichkeiten und Schaltstellen der sozialen Sicherungssysteme. Sozialpolitik in einem Land der 3. Welt wird lebendig und konkret. So kann dieses Buch als Orientierungshilfe dienen, will man Sozialpolitik in Entwicklungsländern einschätzen, dort Sozialarbeit machen, gewerkschaftliche Strategien mitbestimmen oder Entwicklungshilfeprojekte unterstützen – oder davon abraten.

„Ich möchte soziologische Phantasie entwickeln helfen für alle, die sich mit der Veränderung und mit möglichen Auswirkungen bestimmter ökonomischer und politischer Strategien in der 3. Welt beschäftigen. Der Zusammenhang zwischen individuellen Überlebensbedingungen und Entwicklung soll besser zu orten sein. Ich versuche, verständlich zu machen, wie viele Glieder die Kette hat, die etwa zwischen den Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Tod eines Kindes in der Provinz Tucuman liegen. Ich möchte über die vordergründigen Erkenntnisse der Statistiken und Gesetzesvergleiche desillusionieren und so eine Grundlage liefern für einen Beitrag zur Theoriebildung über Reproduktionsbedingungen in strukturell abhängigen Ländern.“

408 Seiten, Paperback 28 DM, ISBN 3-88227-044-6

Subskriptionspreis 22 DM bis zum 30.11.80

SOZIALPOLITISCHER VERLAG

Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36

Vor 15 Jahren: Die Ermordung Mehdi Ben Barkas

„Der marokkanische Oppositionspolitiker M. Ben Barka wird am 29.10. unter Mitwirkung französischer Polizeibeamter aus Paris entführt und soll am 29./ 30.10. getötet worden sein“, registrierte der Fischer-Weltalmanach 1967. Was hier so buchhalterisch-trocken notiert wurde, stellte in Wahrheit den größten politischen Skandal der französischen V. Republik unter de Gaulle dar. Bis heute ist vieles an dieser „Affäre“ undurchsichtig geblieben. Die Entführung und Ermordung Ben Barkas (wenngleich seine Leiche nie gefunden wurde) trägt die Züge eines Kriminalstückes, in das Geheimdienste, Polizisten, Gangster, Regierungsstellen und angeblich auch der amerikanische Geheimdienst CIA verwickelt waren. Sicher ist die Beteiligung hoher marokkanischer Geheimdienstler, die schon seit Jahren auf Ban Barka Jagd gemacht hatten.

Wer war Mehdi Ben Barka, daß die marokkanische Reaktion ihn so fürchtete, daß sie ihn noch im Exil ermorden ließ?

1920 wurde M. Ben Barka in Rabat als Sohn einer kleinbürgerlichen Familie geboren. Es war die Zeit des erwachenden Widerstandes gegen die totale Unterwerfung durch Frankreich, vor allem des legendären Abdelkrim im Rif-Gebiet, wo er 1925/26 eine kurzlebige „Rif-Republik“ gründete. 1934 war die Okkupation Marokkos abgeschlossen. Frankreich ließ Sultan Sidi Mohamed als Regenten ohne Macht formell im Amt.

Ben Barka besuchte die Koranschule; er ging an die Universität Algier und wurde dort Vorsitzender der Assoziation Nordafrikanischer Studenten aus nationalistischen Jugendlichen Algeriens, Tunesiens und Marokkos. Sein politisches Engagement brachte ihm mehrmals Verhaftungen ein. 1943 war er als Mitarbeiter A. Balafrejs Mitbegründer der Istiqlal-Partei (Unabhängigkeits-Partei) Marokkos. Die Istiqlal-Partei repräsentierte vor allem die nationalen Interessen der Handelsbourgeoisie und von Teilen des Kleinbürgertums. Aus letzterem und der Intelligenz zog sie zunehmend Mitglieder an.

Zu Beginn der 50er Jahre nahm der Widerstand zu. Sidi Mohamed bekannte sich zur Istiqlal-Partei; 1953 wurde er nach Madagaskar deportiert. In der Istiqlal setzte sich Ben Barka gegen den konservativen bürgerlichen Flügel in der Frage der Kampfformen und Massenbezogenheit durch. Während Balafrej und andere konstitutionelle Methoden befürworteten, ging Ben Barka zur Organisation einer revolutionären Befreiungsarmee, der ALN, über. Im selben Jahr (1955) wurde mit seiner Unterstützung auch der Gewerkschaftsverband UMT unter M. Ben Seddiq gegründet.

Der französische General Juin bezeichnete Ben Barka – der zwischen 1951 und 1954 nach Südmorocco verbannt war – als „gefährlichsten Gegner Frankreichs in Marokko“. Ideologisch war Mehdi Ben Barka antiimperialistischer Nationalist. Seine sozialistische Orientierung sollte sich erst nach der Unabhängigkeit entwickeln. Diese wurde am 2. März 1956 proklamiert. Sidi Mohamed wurde als Mohamed V. König; Mehdi Ben Barka präsidierte der beratenden Nationalversammlung, die jedoch bald aufgelöst wurde.

In eine „gut ausgeheckte Falle“ geraten

Dies war ein Anzeichen der Rechtsentwicklung, die sogleich einsetzte. Im Verein mit dem die Wirtschaft beherrschenden französischen Kapital setzten sich in der Staatsführung konservative und reaktionäre bürgerliche Politiker durch; die Positionen des ländlichen Feudaladels blieben unangetastet. Geheimdienst und Armee – die vornehmlich aus ehemaligen Soldaten in französischen und spanischen Diensten rekrutiert wurde, vermehrt um einige ALN-Offiziere als Belohnung für deren Niederlegung der Waffen – unterstanden als Machtinstrumente dem Königshaus. Mehdi Ben Barka gestand später ein, die neokoloniale Entwicklung verkannt zu haben: „Wir haben das gesamte Abkommen uns zugute gehalten und haben es als totalen Zusammenbruch des französischen Kolonialismus dargestellt (...), während wir in Wirklichkeit doch nur in eine gut ausgeheckte Falle geraten sind.“

Die Auseinandersetzung innerhalb der Istiqlal zwischen den „Jungtürken“ um A. Ibrahim, M. Ben Seddiq und F. Basri und den konservativen älteren Führern verschärfte sich. Ben Barka und (sein späterer Nachfolger) A. Bouabid hielten sich zunächst zurück. Im Januar 1959, während in mehreren Städten Aufstände ausbrachen und die UMT Streiks organisierte (die unter Mitwirkung des späteren Innenministers Mohamed Oufkir blutig unterdrückt wurden), verließen die Linken die Partei und gründeten im September d.J. die National-Union der Volkskräfte (UNFP). Sie repräsentierte vor allem



Intellektuelle, Teile des Kleinbürgertums, aber auch über die – 1961 allerdings abgebrochene – Verbindung zur UMT große Teile der Arbeiterschaft des Landes.

Verhaftungen von Linken wurden zur Regel. Ben Barka ging im Dezember 1959 nach Paris, nachdem F. Basri u.a. UNFP-Führer verhaftet worden waren. 1961 übernahm Hassan II. den Thron des verstorbenen Vaters; Oufkir, der u.a. als Freiwilliger gegen die vietnamesische Befreiungsbewegung gekämpft und in französischen Diensten marokkanische Aufstände niederzuschlagen geholfen hatte, wurde sein Innenminister.

1962 kehrte Ben Barka heimlich zurück und legte der Partei eine kritische Analyse der marokkanischen Gesellschaft vor, deren Fazit die Forderung nach einer sozialistischen Wirtschaftsform (mit dem Kern einer grundlegenden Agrarreform) sowie nach antiimperialistischer Solidarität und praktischer Solidarität mit dem algerischen Freiheitskampf waren.

Unter der Parole, eine Republik nach algerischem Vorbild zu gründen, errang die UNFP 1963 bei den ersten Parlamentswahlen trotz Wahlmanipulationen einen relativen Sieg. Oufkir, die „graue Eminenz“ des Regimes, fingierte einen Verschwörungsplan der UNFP. Im August 1954 wurden in einem Massenprozeß gegen über 100 UNFP-Mitglieder elf zum Tode verurteilt, darunter (in Abwesenheit) Mehdi Ben Barka. Dieser arbeitete in Kairo, wo er u.a. bei der Zentrale der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) tätig wurde.

Im März 1965 brachen in Casablanca Unruhen von Studenten und Schülern aus, unterstützt von jugendlichen Arbeitslosen. Am 8. Juni wurde der Notstand ausgerufen (der erst 1971 aufgehoben wurde), nachdem ein Versuch gescheitert war, die UNFP zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen. Die Bewegung wurde unter Oufkir niedergeschlagen, die Zahl der Todesopfer auf zwischen 300 und 1.000 beziffert.

Am 29. Oktober 1965 wurde Mehdi Ban Barka nach Paris gelockt, von zwei Polizeibeamten angehalten und zur Mitfahrt in einem PKW aufgefordert. In diesem fuhren überdies zwei Angehörige einer Geheimpolizeiorganisation mit sowie ein marokkanisch-französischer Doppelagent mit Verbindungen zum offiziellen französischen Geheimdienst SDECE. Ben Barka wurde in die Villa eines Gangsters und Bordellchefs gebracht, der ebenfalls in Diensten der „barbouzes“ (die Bärtigen) genannten Geheimpolizei de Gaulles stand. Am folgenden Tage trafen Oufkir und der marokkanische Geheimdienstchef Dlimi dort ein. Von da an existieren keine Zeugenaussagen mehr über das Schicksal Ben Barkas. Der einzige, der mehrfach seine Beobachtungen als Teilnehmer äußerte und Oufkir als Mörder Ben Barkas nannte, der Gangster und Geheimdienstvertraute Georges Figon, kam unter mysteriösen Umständen ums Leben, als die Polizei ihn festnehmen wollte. Eine umstrittene Zeugenaussage enthielt den Hinweis, de Gaulles oberster Sicherheitschef und Operationsleiter für afrikanische „Angelegenheiten“, Jacques Foccart, sei eingeweiht gewesen.

In einem Prozeß gegen die in Frankreich inhaftierten Beteiligten – die Hauptbeschuldigten hatten sich absetzen können – wurden 1967 mehrere lebenslange Haftstrafen ausgesprochen, darunter (in Abwesenheit) auch gegen Mohamed Oufkir (der seinerseits nach einem fehlgeschlagenen Rechtsputsch gegen Hassan angeblich Selbstmord beging).

Für die marokkanische Linke war das Verschwinden Mehdi Ben Barkas ein Verlust, von dem sie sich seither nie wieder erholte.

J. Ostrowsky

Beispiel Nicaragua



Ein Jahr nach der Revolution in Nicaragua sind Bücher und Filme zu Problemen der Aufbauphase sowie zur Geschichte des Befreiungskampfes nach wie vor Mangelware. Eine historische Betrachtung der Geschichte Nicaraguas und seines Befreiungskampfes liefert

Harald Jung, Nicaragua: Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand, Verlag Vervuert Frankfurt 1980, 170 S., 15 DM.

H. Jung setzt an bei der spanischen Kolonisation, zeichnet nach wie die USA zunehmend in Nicaragua intervenierten und halfen, den Somoza-Clan fest zu etablieren. In den Kapiteln „Die Bereicherungspolitik des Somoza-Clans und der Nationalgarde“ (S. 35-53) und „Die sozio-ökonomische Entwicklung Nicaraguas unter der Somoza-Diktatur“ (S. 54-71) untersucht Jung die wirtschaftliche Unterwerfung Nicaraguas unter den Somoza-Clan und gibt eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gliederung. Besonders kraß gestaltet sich die Beschreibung des unermeßlichen Reichtums (das Vermögen der Somozas wird auf 500 Mio Dollar geschätzt) vor dem Hintergrund des enormen Elends der Bevölkerung.

Das zweite große Thema ist die Geschichte des Volkswiderstandes. Scheiterten anfangs noch die Oppositionsbemühungen an der vorbehaltlosen Unterstützung Somozas durch die USA infolge des Kalten Krieges, so trat mit Gründung der Demokratischen Union der Befreiung (UDEL), „dem taktischen Bündnis von Bürgern und Kommunisten“ (S. 87) die Opposition in eine neue Phase des Widerstandes ein. Während H. Jung diesem Bündnis die Absicht sozialer Umwälzungen abspricht, charakterisiert er die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) als eine Oppositionskraft, die das Ziel der „sozialistische(n) Revolution in Nicaragua“ habe (S. 103). Ausführlich ist der Teil über den Volkswiderstand nach Ermordung des Präsidenten der UDEL, Petro Joaquin Chamorro im Januar 1978, mit der der bewaffnete Kampf verstärkt wurde und nach der Besetzung des Nationalpalastes im August 1978, dem Septemberaufstand 1978 und sodann der Endoffensive im Juni/Juli 1979 seine Höhepunkte erreichte.

Allerdings benennt H. Jung nicht die Lehren aus der Niederschlagung des Septemberaufstandes, die so bedeutend waren für den Sieg: So die Vereinigung der drei Strömungen innerhalb der FSLN unter einem einheitlichen politischen und militärischen Oberkommando, die verstärkte Einbeziehung der Bevölkerung und die Kritik daran, daß es keinen einheitlichen Aufstandsplan gegeben habe (vgl. H. Ortega in AIB: 5, 1980ff.). Leider gerät das Kapitel über das befreite Nicaragua auf gerade 7 Seiten etwas kurz. Dennoch ist dies ein wertvolles Buch, mit umfangreichem Anmerkungsapparat sowie Quellen- und Literaturverzeichnis.

Sehr aktuell gehalten ist das Buch von **Rose Gauger, Nicaragua im Jahr der Befreiung, Bericht über die ersten Monate der Revolution, Verlag Junius Hamburg, 1980, 120 S., 12 DM**

R. Gaugers Buch stellt ausführlich Reden und Dokumente sowie oft rein zufällig entstandene Interviews der politischen Kräfte in Nicaragua vor; also nicht nur der FSLN, sondern auch der Bourgeoisie, der kommunistischen Parteien, der Arbeiteropposition und der Massenorganisationen. Wenngleich sie oft herbe Kritik an der FSLN formuliert, z.B. daß sie angeblich „statt Diskussionen Bestätigung“ fordere oder das „Volk zur Akklamationsmenge“ degradiere (S. 29), so gesteht sie doch die realistische Anlage der FSLN-Politik ein, und zwar hinsichtlich einer Lösung des Kaderproblems oder hinsichtlich des Vorhabens, die Bourgeoisie in eine gemeinsame Verantwortung für den Aufbau des Landes zu nehmen. Damit unterstellt sie jedoch nicht, daß die FSLN sich der Bourgeoisie unterworfen hätte. R. Gauger formuliert das so: „Der FSLN scheint eine Art Gewaltent-

teilung vorzuschweben, bei der der private Sektor im wirtschaftlichen Bereich relativ ungestört verfahren kann, während die Frente politisch die Oberhand behält“ (S. 26).

Während der ersten Monate nach der Befreiung im Juli 1979 vom Kampf gegen die Konterrevolution bestimmt waren, bestand das Hauptproblem ab November 1979 darin, daß man einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung abwenden mußte. Richtigerweise verwendet R. Gauger viel Platz darauf, den Wirtschaftsplan 1980 ausführlich vorzustellen (S. 75-85), der durch Erhöhung der Gesundheitsausgaben, Steigerung der agrarischen Produktion und Erhöhung des Exportes die größten Schwierigkeiten beheben soll.

Als einen großen Mangel bezeichnet es R. Gauger, daß vor allem die Massenorganisationen an immensen Kaderproblemen leiden und so häufig nicht umfassend ihre Verantwortung besonders in der Bildungs- und Schulungsarbeit und der Einbeziehung der Bevölkerung in den Aufbau wahrnehmen können. Insgesamt liegt hier ein Buch vor, das kritisch nach allen Seiten argumentiert, mehr die Fehler und Schwierigkeiten betont und das so oft Zweifel an der Lösbarkeit der „schier unlösbaren Aufgaben“ (S. 103) aufkommen läßt. Weitgehend werden These und Antithese referiert, damit sich der geneigte Leser selbst ein Bild machen möge. Zugleich ist R. Gaugers Buch ein Aufruf zu „kritischer Solidarität“ mit der FSLN, wobei die Kritik dort einsetzen solle, „wo sie ihr politisches Monopol durchsetzen will“ (S. 110) - womit dem bürgerlichen Pluralismus also Priorität zugemessen wird. Andererseits betont die Autorin, daß man „mit allen Bemühungen der Frente um eine Besserung der Lebensbedingungen der Massen und der unabhängigen Entwicklung des Landes“ Solidarität üben solle (ebenda.) Solidarität mit Nicaragua heißt somit auch, „es der Bundesregierung immer schwerer zu machen, an ihre Kreditangebote politische Bedingungen zu knüpfen.“ (S. 111)

Sehr hilfreich für das Verständnis der Entwicklung des Befreiungskampfes ist der auf der 21. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche in Leipzig 1978 mit dem Hauptpreis, einer Goldenen Taube, ausgezeichnete Film

Nicaragua - im September 1978; Niederlande 1978, Regie: Frank Diamand, Farbe, 16mm, Lichtton, 44 Minuten, Verleih: UNIDOC Film GmbH, Dantestr. 29, 8000 München 19.

Zusammen mit den Exilchilenen O. Cortes und E. Ortiz drehte F. Diamand im September 1978 in Nicaragua, als sich mit bisher nie dagewesener Intensität gleichzeitig in fünf Städten der bewaffnete Aufstand gegen die 40jährige Somoza-Diktatur erhob. Anschaulich berichtet der Dokumentarfilm über die historischen und politischen Hintergründe der damaligen Situation, zeigt die Ursachen und Konsequenzen des Bürgerkriegs auf und macht deutlich, daß die brutale Niederschlagung der Septemberoffensive durch die korrupte Nationalgarde Somozas nur eine kurzfristige Atempause für die Diktatur sein konnte.

Interviews mit Vertretern der nationalen Bourgeoisie und früheren Somoza-Anhängern zeigen, wie isoliert das Regime bereits ist, auf welch tönernen Füßen es steht, denn es hat jegliche soziale Basis und Legitimation verloren, kann sich lediglich noch mit Hilfe der US-Imperialisten halten. Der Erzbischof von Managua stellt sich ausdrücklich auf die Seite der Unterdrückten, die im Kampf gegen die Tyrannei zu den Waffen greifen.

Eindrucksvoll sind die Aufnahmen der - meist sehr jungen - Guerilleros der FSLN, die mit ihren rot-schwarzen Tüchern vor dem Mund und den Waffen in der Hand lebendes Zeugnis für O. Cortes' Aussage sind, daß Somoza zwar Sandino töten konnte, jedoch nicht dessen Ideen. Das belegt vor allem die Entschlossenheit, mit der die Bevölkerung, die nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen hat, den Kampf der FSLN unterstützt. Unter lebensgefährlichen Bedingungen gewährt sie den Guerilleros Versteck, überbringt ihnen Nahrungsmittel und Waffen als „Geschenke des Volkes“. Ohne Rücksicht auf die Gefährlichkeit der von allen Seiten zu hörenden Schüsse stellen sich die Männer und Frauen auch vor die Kamera der Filmemacher, beauftragen sie, der Welt zu berichten, was in ihrem Lande vor sich geht. Parteilich und handwerklich gekonnt hat das Filmteam diesen Auftrag ernst genommen und damit eine Produktion erstellt, deren Bedeutung weit über eine Momentaufnahme hinausgeht.

Es empfiehlt sich, den Film zusammen mit der ebenfalls bei UNIDOC erhältlichen Reportage **Nicaragua - August 1979 (DDR 1979, 16mm, Lichtton, 20 Minuten)** zu zeigen, die die Probleme des Landes kurz nach dem Sieg über die Somoza-Diktatur darstellt.

U. Rupp / J. Weber

Bolivien

Seit dem faschistischen Militärputsch vom 17. Juli d.J. (vgl. AIB 9/1980, S. 8/9) hat die Militärjunta unter General Garcia Meza weitere Schritte unternommen, um ihre Herrschaft zu festigen. Nach dem Verbot der Gewerkschaften, der Einsetzung staatlicher „Koordinatoren“ sowie der Schließung der Hochschulen kündigte Innenminister Luis Arce Gomez an, alle Gegner der Militärjunta kaltstellen zu lassen, falls sie nicht ihre Loyalität zur Junta bekundeten. Ein Erlass der Diktatur, die Todesstrafe bereits bei Anklage wegen „extremistischer Agitation“ verhängen zu können, dient diesem Zweck. Er birgt die Gefahr in sich, daß damit der stattfindende Völkermord legalisiert werden kann, dem z.B. nach einem erst jetzt bekanntgewordenen Blutbad in dem Bergarbeiterort Caraoles Anfang August d.J. 900 verschollene Menschen zum Opfer fielen.

Unterdessen nimmt der Widerstand gegen die Diktatur zu. Innenminister Arce Gomez gab Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Militärs zu, aber auch, daß die Sicherheitsdienste des Regime bereits mit der Säuberung des Militärs beauftragt wurden. In einem ersten Dekret vom Anfang September d.J. wandte sich die Gegenregierung der Nationalen Einheit unter Siles Zuazo mit der Aufforderung zum verstärkten Widerstandskampf an das bolivianische Volk. Das Dekret fordert die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung einschließlich der Aufhebung des Verbotes der politischen Parteien und Gewerkschaften sowie der Wiederherstellung der Pressefreiheit.

Guatemala

Zunehmend beginnt sich in Guatemala der Widerstand gegen das Lucas-Regime auch in den eigenen Reihen der Junta zu entwickeln. So erklärte Vizepräsident F. Villagran Cramer kürzlich in New York seinen Rücktritt und beschloß, nicht in seine Heimat zurückzukehren. Der Politiker hatte diesen Schritt seit längerem angedroht, um gegen die Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen in Guatemala zu protestieren. Auch E. Barahona, ehemaliger Pressechef im Innenministerium, klagte auf einer Pressekonferenz in Panama die guatemaltekeische Regierung des Völkermordes an. Beunruhigt durch die wachsende politische Isolation und angesichts des revolutionären Umfeldes Guatemalas versuchen die USA im Vorfeld ihrer Präsidentschaftswahlen Druck auf General Lucas Garcia auszuüben, „mehr Demokratie zuzulassen“. Doch stieß dieser Schachzug Washingtons bei der Junta, die mit israelischer, chilenischer und argentinischer Unterstützung rechnen kann, auf Ablehnung.

Indes bemüht sich Lucas mit „Massendemonstrationen gegen den Kommunismus und zur Unterstützung der Regierung“ das mörderische Klima im Land auf Auseinandersetzungen extremistischer Gruppen zurückzuführen und sein internationales Prestige aufzupolieren.

Kuba

„Camps der Angst“ nannte das US-Magazin Time am 8. September 1980 die Lager für die kubanischen Emigranten, die in diesem Frühjahr und Sommer in die USA gekommen waren. Spektakuläre Flugzeugentführungen nach Havanna im August d.J., Hungerstreiks auf Kostarika und in New Jersey sowie ständige Unruhen in den Lagern, dies alles deutet daraufhin, daß die Lage der kubanischen Emigranten katastrophal ist.

Dies ist „im Westen nichts Neues“: Menschen werden durch Werbekampagnen der imperialistischen Medien oder – so u.a. im Falle Kubas – auch durch Touristen aus dem „grauen“ Alltag des Sozialismus in die Schlaraffenländer der sog. freien Welt gelockt, wo sie erleben müssen, daß sie einer Illusion aufgesessen sind. Nachdem man sie als „Kronzeugen“ gegen Kuba anfangs hochleben ließ, wurden sie in Lager abgeschoben. Im September 1980 saßen hier noch mindestens 14.000 Emigranten (Time, New York, 8.9.1980) ohne Hoffnung auf Arbeit und Wohnung fest.

Wie der Miami Herald am 16. Juli d.J. berichtete, sind viele der emigrierten Kubaner unzufrieden und möchten in ihr Heimatland zurückkehren, was ihnen jedoch von der kubanischen Regierung verständlicherweise verweigert wird. Die Carter-Administration, die mit ihrem Versprechen, alle Kubaner mit offenen Armen aufzunehmen, die Verantwortung für die Einwanderer übernommen hat, zeigt sich nun nicht in der Lage, die Situation der kubanischen Emigranten zu verbessern. Die US-Behörden reagierten wiederholt mit militärischen Einsätzen auf Protestaktionen unzufriedener Exilkubaner in den Lagern.

Dominika

Bei den Parlamentswahlen am 21.7.1980 gewann die konservative Freiheitspartei 17 der 21 Sitze und stellt nun mit M.E. Charles auch die neue Premierministerin des 1978 unabhängig gewordenen Karibikstaates. Gegenüber der Politik des 1979 gestürzten J. Patrick und des nachfolgenden Interimspräsidenten O. Seraphine wird sich nach ersten Meldungen nur wenig ändern, auch einige der früheren Minister wurden übernommen. M.E. Charles, die aus wohlhabenden Finanzkreisen stammt, bezeichnet sich selbst als liberaldemokratisch und antikommunistisch. Durch die Öffnung Dominikas für weitere Auslandsinvestitionen will sie die Arbeitslosigkeit (1976 ca. 10%) abbauen.

Real dürfte sich die soziale Lage der vorwiegend ländlichen Bevölkerung dadurch allerdings kaum verbessern. Eher verschwommene außenpolitische Absichtserklärungen kündigen andererseits eine Fortsetzung der Unterstützung der Nichtpaktgebundenenbewegung und der Zusammenarbeit mit den anderen karibischen Inselstaaten an (vgl. die 1979 gemeinsam von Grenada, St. Lucia und Dominika verabschiedete Deklaration von St. George's in: AIB 11-12/1979).

Die Demokratische Arbeiterpartei O. Seraphine's und die Arbeiterpartei erhielten bei den Wahlen jeweils 2 Sitze. Erstmals hatte sich auch die progressive Befreiungsbewegungsallianz am Wahlkampf beteiligt und dadurch ihr an der Beseitigung neokolonialer Abhängigkeit orientiertes Programm breiteren Bevölkerungsschichten vertraut gemacht.

Argentinien-BRD-Schweiz

Tiefe Besorgnis äußerte die Argentinien-Koordination im Rahmen der Kinderhilfe Lateinamerika e.V., zu deren Ehrenpräsidium u.a. Heinrich Böll, Martin Niemöller sowie die Professoren Walter Fabian, Helmut Gollwitzer und Dorothee Sölle gehören, in einem Offenen Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher angesichts möglicher Übergriffe des argentinischen Geheimdienstes gegen in der BRD lebende demokratische Exilargentinier und auch Bundesbürger. Unbehelligt von westdeutschen Polizeibehörden konnten Offiziere der argentinischen Kriegsmarine kürzlich in Bremen Teilnehmer einer friedlichen Demonstration gegen die Morde der Videla-Diktatur photographieren. Nach Aussagen des argentinischen Offiziers Cesar Luis Borgogno arbeitet die argentinische Kriegsmarine unmittelbar mit dem Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr zusammen. Der Aufforderung zur Aufklärung dieser Zusammenarbeit war H.D. Genscher bei Redaktionsschluß noch nicht nachgekommen.

Unterdessen wurde bekannt, daß nicht nur die bundesdeutsche Firma Siemens/KWU mit staatlicher Protektion den ersten, seit 1974 produzierten Natururanreaktor an Argentinien lieferte und beim Bonn-Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers de Hoz im Juni d.J. über die Lieferung eines bereits bestellten zweiten Reaktors gleichen Typs verhandelt wurde. Auch die Schweiz ist an der Vervollständigung der technologischen Kette zur Herstellung spaltbaren Materials für die argentinische Junta beteiligt, das beim Bau von Atombomben verwendet werden kann. Der schweizerische Bundesrat gab kürzlich seine Zustimmung zum Export einer Schwerwasserproduktionsanlage im Wert von 1/2 Mrd. Franken durch die schweizerische Firma Sulzer in Winterthur. Wie die Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte in einer Broschüre u.a. nachweist, ist die Schwerwasserreaktortechnologie besonders geeignet, um auf technisch einfachem und direktem Wege zur Atombombe zu gelangen. Die Anlage soll im Jahre 1984 in Betrieb genommen werden.

USA-Mittlerer Osten

Nach dem Abschluß von Militärverträgen der USA mit Kenia, Oman (5.6.1980) und Somalia (21.8.1980) über die Nutzung verschiedener Militäreinrichtungen galt das US-Flotten- und Stützpunktnetz im Raum des Persischen Golfes und des Indischen Ozeans als fertiggestellt. Im Nachhinein wurde jedoch bekannt, daß die USA im Sudan über Stützpunktrechte im Rote-Meer-Hafen Suwakin verhandeln (JANA, Tripoli, 31.8.1980), während sie bereits dabei sind, in Ras Bannas/Ägypten eine Luft- und Flottenbasis aufzubauen.

Daß diese US-Militärbasen namentlich zum Einsatz gegen aufbegehrende Ölländer und Befreiungsbewegungen bestimmt sind, unterstreichen die Enthüllungen des US-Journalisten Jack Anderson Ende August d.J.: Der amtierende Präsident J. Carter hat demnach eine erneute US-Militärinvasion im Iran für Mitte Oktober d.J. ins Auge gefaßt – um Wählerstimmen im Präsidentschaftswahlkampf zu gewinnen.

Libyen

Die Solidarität mit dem libyschen Volk gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion war Thema einer Weltkonferenz, die vom 30.8.-1.9.1980 in Tripolis stattfand. Veranstaltet vom „Ständigen Sekretariat zur Solidarität mit den arabischen Völkern und ihrer zentralen Frage: Palästina“ (siehe AIB 1/1980), verabschiedeten die anwesenden Vertreter von nahezu 200 verschiedenen Organisationen neben einem Solidaritäts- und Schlußkommunique die „Prinzipien von Tripoli“ als „Grundprinzipien zur Verstärkung des Kampfes der Völker für nationale Unabhängigkeit, sozialen Fortschritt und den Weltfrieden“. Neben der Verurteilung der ägyptischen Truppenkonzentration an der libyschen Grenze hob die Konferenz die Unterstützung Syriens als einer Hauptkraft in der Arabischen Front der Standhaftigkeit gegen die israelische Aggression hervor.

Die am 10.9.1980 verkündete „Vereinigung“ Libyens und Syriens soll hierzu beitragen. Sie sieht die Bildung einer Union, den Zusammenschluß der Staatsführungen, der Regierungen und die Vereinheitlichung der Gesetzgebung vor. Real wird dadurch Syrien militärisch und vor allem ökonomisch der Rücken gestärkt, zumal die Öldollars aus Saudi Arabien seit Frühjahr d.J. ausgeblieben sind.



Botswana

Zum Nachfolger des Anfang Juli d.J. verstorbenen Präsidenten Botswanas, Seretse Khama, wurde der bisherige Vizepräsident und Finanzminister Quett Masire gewählt. Da die politischen Parteien des Landes keinen Gegenkandidaten aufstellten und die Partei Masires, die Demokratische Partei von Botswana (BDP), im Parlament über 29 der 32 Sitze verfügt, überraschte der Wahlausgang keinesfalls.

Khama, der erste Präsident der Republik, hatte eine gemäßigte, prowestliche, antirassistische Regierung gebildet (vgl. AIB 11-12/1978, S. 20ff), an die sein enger Mitarbeiter und jetziger Nachfolger anknüpfen will. So kann vermutet werden, daß Botswana als schwächster Frontstaat des Südlichen Afrika auch in Zukunft, vor allem wegen seiner starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Republik Südafrika, keinen größeren Beitrag im Befreiungskampf leisten wird. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, so der Rückgang der Kupfer- und Nickelförderung, Vernachlässigungen in der Landwirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit, die einen großen Teil der aktiven Bevölkerung zur Wanderarbeit nach Südafrika zwingt, stellen die zukünftige Stabilität Botswanas in Frage.

China

Ende August/Anfang September d.J. trat in Peking der V. Nationale Volkskongreß (zu den vorausgegangenen Tagungen vgl. AIB 5/1979 und 1/1980) zu seiner dritten Tagung zusammen. Er steht unter den Vorzeichen einer forcierten Westöffnung, des Abbaus des Mao-Kultes und wichtiger personeller Veränderungen innerhalb der chinesischen Führung.

Jene Kräfte um Deng Xiaoping, welche die weitestgehende Allianz mit den USA favorisieren (im Mai 1980 wurde von J. Carter für die militärisch-technologische Aufrüstung Chinas grünes Licht gegeben), für den aggressivsten Kurs gegenüber Vietnam/Kampuchea (siehe Beitrag von J. Pilger in diesem Heft) oder Afghanistan stehen und ökonomischen Notwendigkeiten mehr Rechnung tragen, konnten dabei offenbar weiteren Boden gut machen. Am 10. September bestätigte der Volkskongreß den Rücktritt von Mao-Nachfolger Hua Kuofeng als Ministerpräsident und wählte in diese Funktion mit Zhao Ziyang einen engen Vertrauten von Deng Xiaoping. Deng und Hua schieden aus ihren Regierungsämtern aus, behielten allerdings ihre Funktionen als Vizevorsitzender und Vorsitzender der KP Chinas.

Angesichts großer Wirtschaftsprobleme (u.a. 20 Mio Arbeitslose) plädierte die Regierung für eine Nichterhöhung der Militärausgaben 1980/81 und die Förderung von Gemischtunternehmen mit Auslandskonzernen. Vorgesehen sind ferner Abänderungen der Verfassung von 1978, voran des Artikels 45, der Rede-, Demonstrations- und Streikfreiheit garantiert. Ob der Mao-Kult auch aus der Verfassung gestrichen werden wird (siehe Wortlaut in AIB 5/1979, S. 10), bleibt abzuwarten.

Kampuchea-Thailand

In einem Memorandum ihres Außenministeriums vom 26. August 1980 hat die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam erneut Vorschläge zur Beilegung des Grenzkonflikts zwischen Kampuchea und Thailand sowie zur Beseitigung der Spannungen in Südostasien insgesamt unterbreitet. Als Schlüssel zur Lösung der sog. Kampucheafrage wird die Beendigung der fortwährenden Einmischung der VR China in die inneren Angelegenheiten der drei indochinesischen Länder bezeichnet.

Das SRV-Außenministerium verweist in seinem Memorandum auf den 4-Punkte-Vorschlag des Revolutionären Volksrates von Kampuchea. Darin schlägt die Regierung Heng Samrin die Errichtung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Grenzen zwischen Kampuchea und Thailand vor, um die fortwährenden Übergriffe der Pol-Pot-Banden und der reaktionären „Weißen Khmer“ zu unterbinden. Die Regierung Heng Samrin ist bereit, unverzügliche Verhandlungen über eine geordnete Rückführung der Flüchtlinge in der Grenzregion ebenso wie über die Lösung des Problems der humanitären Hilfe mit Thailand und anderen interessierten Seiten aufzunehmen. „Die Verhandlungen können direkt oder indirekt vermittels eines Landes, das Kampuchea vertritt, und eines Landes, das Thailand repräsentiert, oder über eine Vermittlungsinstanz, über die beiderseitige Übereinstimmung herrscht, geführt werden,“ heißt es in dem Memorandum. Dabei besteht Kampuchea nicht darauf, die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung mit den Verhandlungen zu verknüpfen, verweist jedoch darauf, daß es eine Bedrohung seiner Souveränität – und zwar durch die Einschleusung von Pol-Pot-Agenten über die Flüchtlingsrückführung – nicht hinnehmen könne (siehe Bericht von J. Pilger in diesem Heft).

Während die Mehrheit der UN-Vollversammlung kürzlich erneut die Repräsentanten des Pol-Pot-Regimes mit der Vertretung Kampuchreas in der Weltorganisation beauftragte, hat ein von den Professoren G. Stuby und E. Wulff sowie von F. Werkmeister initiiert Aufruf zur Anerkennung der Regierung Heng Samrin durch die Bundesregierung inzwischen die Zustimmung mehrerer hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik gefunden. In dem Aufruf wird die Bundesregierung aufgefordert, der mörderischen Pol-Pot-Clique die diplomatische Unterstützung zu entziehen und die Aufnahme der Regierung Heng Samrin in die Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Unterzeichner fordern weiterhin, dem kampucheanischen Volk ohne jede politische Vorbedingung großzügige materielle Wiederaufbauhilfe zu leisten.

Weitere Zustimmungserklärungen werden erbeten an: Dr. Frank Werkmeister, Blücherstr. 61, 4000 Düsseldorf.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion und bei der Post bekanntgeben!

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

XI. UN-Sondertagung zur Entwicklungsstrategie

Mitte September d.J. ging in New York die XI. Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Ende. Sie war der Auftakt zur Dritten UN-Entwicklungsdekade und stellte zugleich Weichen für eine neue, mehrmonatige globale Verhandlungsrunde, in der im nächsten Jahr Kernfragen der Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beraten werden sollen. Die UN-Sondertagung sollte über eine neue internationale Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre beraten.

Zwischen beiden Problemkomplexen, der Frage einer neuen internationalen Entwicklungsstrategie und der Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung besteht ein enger Zusammenhang. 1970 hatte die UNO auf der Grundlage des Pearson-Berichts Zielvorstellungen für die nächsten 10 Jahre verabschiedet. Das wirtschaftliche Wachstum der Dritten Welt sollte z.B. pro Jahr um 6% ansteigen. Die Industrieländer wurden aufgefordert, ihre Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln auf 0,7% ihres Bruttosozialprodukts anzuheben.

Bald schon wurde sichtbar, daß diese Zielvorgaben entweder nicht oder nur für einige wenige Länder zu erreichen waren. Bereits die großen UN-Konferenzen der Jahre 1973/74 richteten ihre Aufmerksamkeit deshalb auf die Notwendigkeit struktureller Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Die zentralen Funktionsmechanismen dieses Systems, die Herrschaft der internationalen Konzerne, bedrohten ständig die ökonomische Souveränität der Dritten Welt; sie perpetuierten deren wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung. So wurde das Verlangen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils immer vehementer. Die UN-Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten des Jahres 1974 (Wortlaut in: AIB 4/1975) fixierte entscheidende ökonomische Souveränitätsrechte der Entwicklungswelt, darunter auch das Recht, die Besitzungen der Multis nach nationalen Bestimmungen zu enteignen.

Von einer neuen internationalen Entwicklungsstrategie erwarten die Entwicklungsländer vor allem verbindliche Festlegungen für die Verwirklichung ihrer Forderung nach Strukturveränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie im Konzept der neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert, von den kapitalistischen Industrieländern jedoch bis heute weitgehend verhindert wurden.

Die Ölländer – schuld am Elend der Dritten Welt?

Die Verhandlungstaktik der imperialistischen Staaten auf den internationalen „Nord-Süd“-Konferenzen wird inzwischen immer deutlicher von zwei Momenten gekennzeichnet. Nach dem Muster des „Teile und Herrsche“ suchen sie einerseits die durch die Ölpreiserhöhungen der letzten Zeit am meisten betroffenen Entwicklungsländer gegen die Ölländer der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) auszuspielen, andererseits die Entwicklungsländer insgesamt von den sozialistischen Staaten abzuspalten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher klagte in seiner New Yorker Rede – ähnlich wie auch US-Außenminister Edmund Muskie – die OPEC als den eigentlichen Verantwortlichen des Elends in der Dritten Welt an. Mit ähnlich vordergründiger Empörung warf er den sozialistischen Staaten vor, daß deren wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Dritten Welt anderen Prioritäten folgt als die westliche Entwicklungshilfe und allein schon deshalb nicht den selben quantitativen Kriterien unterworfen werden kann.



H.D. Genschers Kalkulation konnte schon deshalb nicht aufgehen, weil ihr die in der Dritten Welt durchaus verbreitete Einsicht entgegensteht, daß das ökonomische und politische Gleichgewicht der OPEC-Staaten als Druckmittel zur Durchsetzung der zentralen Forderungen der neuen Weltwirtschaftsordnung ebenso unverzichtbar ist wie das Bündnis mit der sozialistischen Staatenwelt. In der gegenwärtigen zugespitzten Weltlage und angesichts der nicht zu übersehenden Stagnationserscheinungen im „Nord-Süd-Dialog“ muß es bereits als Erfolg gewertet werden, daß sich die imperialistischen Staaten zu der für 1981 geplanten globalen Verhandlungsrunde bereitgefunden haben.

Da auf ihrer Seite ein dringendes Interesse daran besteht, internationale Gespräche über das Thema „Energie“ zu führen, blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als dem gemeinsam von Öl- und nichtöllexportierenden Entwicklungsländern eingebrachten Vorschlag zuzustimmen. Dieser verknüpfte die Bereitschaft zur Diskussion über das Energiethema mit der Bedingung, zugleich über Strukturveränderungen auf den Bereichen Rohstoffe, internationaler Handel, Industrialisierung, Währungsfragen, Technologie und Ressourcentransfer (Entwicklungshilfe) zu verhandeln. So ist es an einem zentralen Punkt gelungen, gemeinsame Interessen der Entwicklungsländer auch angesichts zunehmender Differenzierungsprozesse zu bewahren.

Einer der neuralgischsten Punkte der zukünftigen Verhandlungen dürfte das Währungsproblem werden. Ermutigt auch durch die Empfehlungen des Brandt-Berichts fordern die Entwicklungsländer hier vor allem tiefgreifende Reformen am Internationalen Währungsfonds (IMF), die die imperialistischen Länder mit aller Kraft verhindern wollen. Geändert werden soll vor allem das Stimmrecht im IMF, wo der Westen – entsprechend seiner hohen Kapitalanteile – unangefochtene Mehrheiten besitzt. Darüber hinaus verlangt die Dritte Welt, die Praktiken des Fonds stärker den entwicklungspolitischen Bedürfnissen anzupassen. Die restriktive Auflagenpolitik des IMF – oft als Instrument der „ordnungspolitischen“ Erpressung im Dienst des internationalen Finanzkapitals gegen mißliebige Regierungen eingesetzt – gerät unter immer stärkeren Beschuß der Weltgemeinschaft.